

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Stückpreis 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
alle oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gemischte Verordnungs-
und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Telegraphisch-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Vorsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 23. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Vorsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Etat des Reichskanzlers.

Die zweite Etatberatung nahm am Mittwoch im Reichstag ihren Anfang. An erster Stelle dieser Beratungen steht, abgesehen vom Etat des Reichstags, der nur zu unbedeutenden Erweiterungen führte, der Etat des Reichskanzlers. Nach der kriegsartig herausfordernden Antwort, die Graf Bälou jüngst von der englischen Regierung im Unterhaus erhalten, durfte vielleicht eine Fortsetzung dieser Auseinandersetzungen erwartet werden.

Da der Reichskanzler keine Gelegenheit nahm, neue Vorschläge auf seine auswärtige Politik zu laden, so bemühte er sich um diesen Erfolg für die innere Politik.

Es soll nicht geleugnet werden, daß Graf Bälou irgend welche politische Gesinnungen besitzt, wie deren auch andere Staatsmänner nebenberuflich besitzen. Und es mag auch sein, daß die politischen Gesinnungen des Reichskanzlers keineswegs extrem konservativ und reaktionär sind; Graf Bälou könnte sich über allerlei Fragen der inneren Reichspolitik ganz anders reden als er redet.

Dr. Barth, das neugewählte Mitglied der freisinnigen Vereinigung, eröffnete die Debatte zum Etat des Reichskanzlers durch die Wiederholung der gewöhnlichen Worte, aber um so berechtigteren Beweiz, indem seine Mitglieder sich von der Beratung von Initiativanträgen des Reichstages beharrlich fern halten und indem er bei der Ablehnung von Reichstagsbeschlüssen jede Mitteilung seiner Gründe unterläßt.

In die sich aus diesen Anregungen entspinne Debatte warf der Centrums-Abgeordnete Dasbach noch die Nichtbewilligung von Diäten für die Reichstags-Mitglieder hinein und so wurde dem Grafen Bälou Gelegenheit, sich zu einer Anzahl bedeutsamer Fragen der inneren Reichspolitik auszusprechen. Und in allem bewährte sich Graf Bälou auf der Reaktionshöhe des Budgetarifs: keine Sicherung des Wahlgeheimnisses! keine Entschädigung der Auslagen für die Mitglieder des Reichstages! keine Anerkennung der Forderung auf Anwesenheit des Bundesrats bei Beratung von Initiativanträgen des Reichstages! keine Anerkennung der Forderung auf Mitteilung der Gründe bei Ablehnung der Beschlüsse des Reichstages!

Der innere Bälou will in nichts irgend den geringsten Fortschritt gegen die Reaktion durchsetzen, er will in allem mit den Parteien der Reaktion reaktionär regieren. Graf Bälou zeigte sich so vollkommen als Gesinnungsgegner der konservativen Reaktion, daß außer den Konservativen keine Partei des hinreichend reaktionären Reichstages sich auf seine Seite zu stellen vermochte. Freilich ist es ein etwas absonderlicher Vorgang, wenn Reichstagsparteien über die Rücksichtslosigkeit der Regierung Klage führen, welche durch dankende Nachgiebigkeit diese Rücksichtslosigkeit verschuldet haben, — immerhin aber mag es vielleicht auch diese Parteien ein wenig stutzig machen, daß die Regierung des Grafen Bälou nur noch konservativen Beifall sucht. Sowohl aus dem Centrum wie von den Nationalliberalen wurden die reaktionären Auffassungen des Kanzlers bedauert und zurückgewiesen.

Eine besondere Verschärfung erhielten die Auffassungen des Grafen Bälou durch einige versteckte Andeutungen. Es genügte ihm nicht, die Diätenforderung und die Forderung des gesicherten Wahlrechts zurückzuweisen, er erzielte die stürmische Zustimmung der Konservativen, indem er andeutete, daß bei Auslösung von Wahlfragen auch sehr viele andere geartete Wünsche Berücksichtigung verlangen könnten. Welche Wünsche das sind, das sagte alsbald der Redner der freisinnigen Partei, Herr v. Liedenmann, mit dankenswerter Offenheit: Wenn Sie die Diätenlosigkeit beseitigen wollen, dann müssen Sie auch die geheime Abstimmung beseitigen!

Die konservative Freundschaft ob ihres nun gänzlich jückerlich gefestigten Bälou wurde nur ein wenig dadurch getrübt, daß Graf Bälou die Bekundung seiner politischen Reaktionsbereitschaft noch übertraf durch die Fortführung derselben blamablen Ungeheuerlichkeiten, durch die er bereits im preussischen Abgeordnetenhaus seinen zwar geringwertigen aber letzten Ruhm weltmännischer Diplomatengewandtheit darangab. Hatte Graf Bälou in der preussischen Staatsdebatte, durch die Uebertragung aller Kanak-Verantwortlichkeiten auf den König, diesen sowie sich selbst und die gesamte Regierung unverantwortlich bloßgestellt, so leistete er jetzt im Reichstag eine Preisgabe der Bundesratsvertreter, die dem tölpelhaften Anfänger der Diplomatenlaufbahn nicht verziehen werden würde. Graf Bälou erklärte: Gründe für Ablehnung von Reichstagsbeschlüssen seitens des Bundesrates lassen sich nicht mitteilen, weil die Vertreter der Regierung im Bundesrat nur nach Instruktion ihrer Auftraggeber abstimmen und häufig gar nicht in der Lage sind, zu sagen, weshalb ihre Stimme für und wider einen Antrag abgegeben wird!

Das Lachen und der Spott der linken Parteien ließ den Grafen Bälou den Versuch einer milderen Auslegung dieser ungewollten Satire auf den Bundesrat unternehmen; doch vergeblich alles Deuteln — es war nichts mehr zu retten — die bössartigste Herabwürdigung, die dem Bundesrat je widerfahren konnte, hat ihm der eigne Präsident versetzt. Es ist nicht zu zweifeln, daß Graf Bälou über die Zustände im Bundesrat richtig berichtet hat, doch ein Reichskanzler, der die intimsten Geheimnisse deutscher Regierungskunst verplaudert, anstatt sie sorgsamst zu hüten, kann sich selbst nicht durch reaktionäre Willkürlichkeiten Verzeihung erbitten. Wie lange noch wird man die Last der diplomatischen Befähigung dieses Reichskanzlers ertragen?

Aus dem Hause traten der Politik des Grafen Bälou vom Centrum Abg. Dasbach, von den Nationalliberalen Abg. Wassermann, von den Freisinnigen Abg. Vech und Abg. Lenzmann entgegen. Besonders unser Vortragsgenosse Singer wußte diese Debatte zu wichtigem Angriff auf das Verhalten der Behörden bei Wahlen und zu einer allgemeinen Kritik des Verhaltens der Regierung zum Reichstag aus.

Das Haus wendete sich sodann zum Etat des Reichsamts des Innern. Hier hatte Herr Dike das erste Wort. Er bewährte die Centrums-Socialpolitik, indem er der Regierung für so manches, das sie getan, dankte, aber in einigen Beziehungen milden Fortgang der Socialreform forderte; besonders wünschte er die weitere Durchführung des sanitären Normalarbeitsgesetzes durch den Bundesrat. Darauf besprach Abg. Müller Meinungen von der freisinnigen Volkspartei hauptsächlich die Frage des Frauenstudiums, dessen weitere Erleichterung er dringend befürwortete. Der nationalliberale Prinz Schönath Carolath schloß sich ihm an. Sodann behandelte Graf Posadowsky in längerer Rede die Wünsche und Anregungen der Vordredner. In der Socialpolitik machen ihm viele Fragen, wie er sagt, sehr ernste Sorgen, aber er stößt leider immer auf sehr große Schwierigkeiten; deshalb mußte den dürftigsten Arbeitergehältern eine weitere Frist bis zur Durchführung des dürftigsten Arbeitergesetzes gegeben werden und deshalb wird jedenfalls auch die lange versprochene, jetzt endlich erscheinende Verordnung zum Schutze der Angestellten im Schank- und Gastwirts-gewerbe den — jetztbestehenden sanitären Maximalarbeitsgesetz besprechen; die Kinderbeschäftigungsfrage ist sehr schwierig, aber dem Bundesrat liegt der diese Frage betreffende Gesetzentwurf vor und wird derselbe hoffentlich bald dem Reichstag vorgelegt werden. Freundschaftlich stellt sich Graf Posadowsky zum Frauenstudium. Drängen doch die heutigen Zustände selbst die Töchter von Ministern zum Ergreifen selbständiger Berufstätigkeit! Und so ist es denn kein Wunder, daß selbst Herr v. Kardorff für das Frauenstudium eintritt. Herr v. Kardorff beendete die Sitzung mit großer Belustigung, indem er sich nicht nur zum Frauenstudium bekannte, sondern selbst zur Erteilung des politischen Wahlrechts an die Frauen. Der konservative Don Quixotte verriet sogleich, was ihn zu dieser revolutionären Forderung treibt, er nimmt an, durch das Wahlrecht der Frauen werden die Oppositionsparteien des Reichstages geschwächt werden. Die Socialdemokratie ist überaus freundlich zur Probe bereit! Herr v. Kardorff mag künftig statt der Doppelwährung stets das Frauen-Stimmrecht als Lösung der socialen Frage verstanden!

Die konservativen Freundschaft ob ihres nun gänzlich jückerlich gefestigten Bälou wurde nur ein wenig dadurch getrübt, daß Graf Bälou die Bekundung seiner politischen Reaktionsbereitschaft noch übertraf durch die Fortführung derselben blamablen Ungeheuerlichkeiten, durch die er bereits im preussischen Abgeordnetenhaus seinen zwar geringwertigen aber letzten Ruhm weltmännischer Diplomatengewandtheit darangab. Hatte Graf Bälou in der preussischen Staatsdebatte, durch die Uebertragung aller Kanak-Verantwortlichkeiten auf den König, diesen sowie sich selbst und die gesamte Regierung unverantwortlich bloßgestellt, so leistete er jetzt im Reichstag eine Preisgabe der Bundesratsvertreter, die dem tölpelhaften Anfänger der Diplomatenlaufbahn nicht verziehen werden würde. Graf Bälou erklärte: Gründe für Ablehnung von Reichstagsbeschlüssen seitens des Bundesrates lassen sich nicht mitteilen, weil die Vertreter der Regierung im Bundesrat nur nach Instruktion ihrer Auftraggeber abstimmen und häufig gar nicht in der Lage sind, zu sagen, weshalb ihre Stimme für und wider einen Antrag abgegeben wird!

Das Haus wendete sich sodann zum Etat des Reichsamts des Innern. Hier hatte Herr Dike das erste Wort. Er bewährte die Centrums-Socialpolitik, indem er der Regierung für so manches, das sie getan, dankte, aber in einigen Beziehungen milden Fortgang der Socialreform forderte; besonders wünschte er die weitere Durchführung des sanitären Normalarbeitsgesetzes durch den Bundesrat. Darauf besprach Abg. Müller Meinungen von der freisinnigen Volkspartei hauptsächlich die Frage des Frauenstudiums, dessen weitere Erleichterung er dringend befürwortete. Der nationalliberale Prinz Schönath Carolath schloß sich ihm an. Sodann behandelte Graf Posadowsky in längerer Rede die Wünsche und Anregungen der Vordredner. In der Socialpolitik machen ihm viele Fragen, wie er sagt, sehr ernste Sorgen, aber er stößt leider immer auf sehr große Schwierigkeiten; deshalb mußte den dürftigsten Arbeitergehältern eine weitere Frist bis zur Durchführung des dürftigsten Arbeitergesetzes gegeben werden und deshalb wird jedenfalls auch die lange versprochene, jetzt endlich erscheinende Verordnung zum Schutze der Angestellten im Schank- und Gastwirts-gewerbe den — jetztbestehenden sanitären Maximalarbeitsgesetz besprechen; die Kinderbeschäftigungsfrage ist sehr schwierig, aber dem Bundesrat liegt der diese Frage betreffende Gesetzentwurf vor und wird derselbe hoffentlich bald dem Reichstag vorgelegt werden. Freundschaftlich stellt sich Graf Posadowsky zum Frauenstudium. Drängen doch die heutigen Zustände selbst die Töchter von Ministern zum Ergreifen selbständiger Berufstätigkeit! Und so ist es denn kein Wunder, daß selbst Herr v. Kardorff für das Frauenstudium eintritt. Herr v. Kardorff beendete die Sitzung mit großer Belustigung, indem er sich nicht nur zum Frauenstudium bekannte, sondern selbst zur Erteilung des politischen Wahlrechts an die Frauen. Der konservative Don Quixotte verriet sogleich, was ihn zu dieser revolutionären Forderung treibt, er nimmt an, durch das Wahlrecht der Frauen werden die Oppositionsparteien des Reichstages geschwächt werden. Die Socialdemokratie ist überaus freundlich zur Probe bereit! Herr v. Kardorff mag künftig statt der Doppelwährung stets das Frauen-Stimmrecht als Lösung der socialen Frage verstanden!

Zunächst wird, wie am Dienstag angekündigt, sehr ausführlich über den socialdemokratischen Antrag verhandelt: den Reichskanzler zu erlauben, den Kommissionsmitgliedern die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses zugänglich zu machen. Singer begründet den Antrag und weist darauf hin, daß die Erhebungen des Wirtschaftlichen Ausschusses höchst einseitig gewesen seien. Große ausschlaggebende Gruppen, die Konsumenten und die Arbeiter sind nicht gehört, sogar Handelskammern sind nicht hinzugezogen worden. Man müsse wissen, nach welchen Grundrissen die Erhebungen stattgefunden haben, damit man erkennen kann, nach welchen Richtungen hin Ergänzungen notwendig sind. Staatssekretär Graf Posadowsky würde nichts schnellicher wünschen, als daß er in der Lage wäre, die Protokolle des Wirtschaftlichen Ausschusses vorzulegen, sie würden die glänzendste Rechtfertigung der Zolltarifvorlage werden. Aber die Ausnahmepersonen haben ihre Auslagen nur gegeben, weil ihnen Geheimhaltung aus-

drücklich versprochen wurde. In den Protokollen sind viele Mitteilungen enthalten, die sowohl das Geschäftsgeheimnis einzelner Geschäfte, wie ganzer Branchen darstellen. Am Kopf der Fragebogen wird strengste Geheimhaltung ausdrücklich zugesagt. Die Protokolle können nicht gedruckt werden, weil dann eine Geheimhaltung nicht möglich ist, wie die Verhölterung des Zolltarifs bewiesen hat. Bei den einzelnen Tarifpositionen sollen ausreichende Mitteilungen gemacht werden. Würden jetzt Dinge mitgeteilt, deren Geheimhaltung versprochen sei, dann würden für alle Zukunft ähnliche Erhebungen unmöglich sein. Blankenhorn (natl.) erklärt, gleichfalls vernommen worden zu sein. Auch ihm sei versprochen worden, daß seine Auslagen geheim gehalten werden würden. Erst später habe er erfahren, daß die Auslagen stenographiert worden seien. Manchem sei es passiert, daß er Dinge erzählt habe, die er nicht gesagt hätte, wenn er gewußt hätte, daß seine Auslagen wirklich niedergeschrieben würden. Ueber 2000 Sachverständige seien vernommen worden. Herold (C.) hält es für selbstverständlich, daß das Geheimnis gewahrt bleibe. Brömel (fr. Vg.): Gewiß giebt es Material, das diskret behandelt werden muß. Die Diskretion aber so weit zu treiben, daß selbst die Kommission nichts erfährt, macht das Material wertlos. Auch andre Enquêtes sind schon veröffentlicht worden, die Baumwolle, Zobel- und Wollensauquete. Die Mitteilung der Protokolle ist nötig, weniger um die einzelnen Auslagen als um die Methode kennen zu lernen, durch welche man zu den Resultaten gekommen sei. Verdacht erregt schon die Zusammensetzung des Wirtschaftlichen Ausschusses, bei der man nur notorische Schuzyköllner berückichtigt habe. Der Verdacht wäre nicht aufzusteigen, wenn man neben Graf Kanitz, Graf Schwerin und Freiherrn v. Wangenheim auch Gothein und Singer in den Ausschuss berufen hätte. Bei der Zusammensetzung des Wirtschaftlichen Ausschusses hat man den Reichstag zurückgelassen, wie nie vorher. Erst schlicht man den Reichstag von den Erhebungen aus und dann verlangt man, den Reichstag solle die gewonnenen Endresultate als unabänderliche Wahrheit hinnehmen. Speck (C.) verteidigt die Geheimhaltung der Protokolle. Die Beratung des Wirtschaftlichen Ausschusses sei nicht zu politischen, sondern zu wirtschaftlichen Zwecken erfolgt, also konnte die Beratung der Sachverständigen nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolgen. v. Kardorff (Rp.) behauptet, daß auch eine große Anzahl Freihändler im Ausschuss gewesen hätten. Viele Leute seien zum Eintritt in den Ausschuss aufgefordert worden, hätten es aber abgelehnt. Dr. Beumer (natl.) hält den Staatssekretär für gebunden. Die heimischen Industrien würden durch die Veröffentlichung der Protokolle direkt geschädigt werden. Graf Posadowsky erklärt sich bereit, ein Verzeichnis der vernommenen Personen mitzuteilen. Eine solche Erhebung erhält erst dann einen großen Wert, wenn sie wiederholt wird. Das ist notwendig, um das wirtschaftliche Leben mehr zu erforschen. Wir würden die Möglichkeit der Fortsetzung solcher Erhebungen abschneiden, wenn das gegebene Versprechen der Geheimhaltung gebrochen wird. Gothein (fr. Vg.) giebt zu, daß die Diskretion nicht verletzt werden dürfe. Der ursprüngliche Fehler bestehe eben darin, daß Diskretion zugesagt worden sei. Wie könne man das angeblich so wertvolle Material verwenden, wenn es kein Abgeordneter kenne, es bleibe nichts weiter übrig, als eine öffentliche Enquete von neuem zu veranstalten, bei der alle Richtungen vertreten seien. Handelsminister Müller sagt gleichfalls die Veröffentlichung der Namen der gehörten Sachverständigen zu. Was die Regierung in den Auslagen für begründet gehalten habe, sei in den Motiven veröffentlicht worden. Er beklage schon die Debatten, die bei den einzelnen Positionen kommen würden, weil die anderen Staaten dabei manches erfahren könnten, was bisher Geheimnis geblieben sei. Stadthagen. Die Regierung sagt, sie habe im wirtschaftlichen Ausschuss sehr viel gehört. Das möchten wir auch wissen, um urteilen zu können, ob die Auslagen der Sachverständigen der Wahrheit entsprechen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist doch der Tarif. An der Geheimhaltung ihrer Auslagen haben die das größte Interesse, die wahrheitswidrige Auslagen gemacht haben. Die Gewerkschaften haben gebeten, gehört zu werden, sind aber abgewiesen worden. Geheimrat Wermuth betont, die Handelskammern seien aufgefordert worden, Sachverständige vorzuschlagen. Herr v. Wangenheim (L.) ist voll befriedigt von den Methoden und dem Resultat der Erhebungen. Singer: Was würde Herr v. Wangenheim sagen, wenn keine Mitglieder des Bundes der Landwirtschaft zugezogen wären. Wenn man vom Reichstag verlangt, daß er zu demselben Resultat kommen soll wie die Regierung, dann muß man ihm auch daselbe Material zugänglich machen. Wie oft hat man schon versucht, den Reichstag durch Hinrichtung auf Geheimnisse zu beschließen zu verzeihen. Oft hat man erkannt, daß die zuerst als Geheimnisse behandelten Thatsachen gar nicht die Bedeutung haben, die man ihnen ursprünglich beilegte. Man hat die Arbeiter abgewiesen, um die Erhebungen so einzurichten, daß sie für eine Erhöhung der Zölle sprechen. Darin liegt die Einseitigkeit. Wir wollen die Regierung nicht zum Wortbruch verleiten, aber man will doch nicht etwas behaupten, daß die Auslagen der sämtlichen 2000 Sachverständigen geheim sind. Wenn die Regierung sagt, daß die Kommissionsmitglieder, die sie aus den Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses geschöpft habe, in den Motiven niedergelegt seien, dann sind die Ergebnisse der Enquete sehr dürftig gewesen. Bringt man die Kommission nicht in die Lage, die Verhältnisse klar zu übersehen, dann hat man die unendlichen Debatten im Plenum zu gewährleisten.

Zolltarif-Kommission.

Zunächst wird, wie am Dienstag angekündigt, sehr ausführlich über den socialdemokratischen Antrag verhandelt: den Reichskanzler zu erlauben, den Kommissionsmitgliedern die Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses zugänglich zu machen.

Singer begründet den Antrag und weist darauf hin, daß die Erhebungen des Wirtschaftlichen Ausschusses höchst einseitig gewesen seien. Große ausschlaggebende Gruppen, die Konsumenten und die Arbeiter sind nicht gehört, sogar Handelskammern sind nicht hinzugezogen worden. Man müsse wissen, nach welchen Grundrissen die Erhebungen stattgefunden haben, damit man erkennen kann, nach welchen Richtungen hin Ergänzungen notwendig sind.

Staatssekretär Graf Posadowsky würde nichts schnellicher wünschen, als daß er in der Lage wäre, die Protokolle des Wirtschaftlichen Ausschusses vorzulegen, sie würden die glänzendste Rechtfertigung der Zolltarifvorlage werden. Aber die Ausnahmepersonen haben ihre Auslagen nur gegeben, weil ihnen Geheimhaltung aus-

drücklich versprochen wurde. In den Protokollen sind viele Mitteilungen enthalten, die sowohl das Geschäftsgeheimnis einzelner Geschäfte, wie ganzer Branchen darstellen.

Am Kopf der Fragebogen wird strengste Geheimhaltung ausdrücklich zugesagt. Die Protokolle können nicht gedruckt werden, weil dann eine Geheimhaltung nicht möglich ist, wie die Verhölterung des Zolltarifs bewiesen hat. Bei den einzelnen Tarifpositionen sollen ausreichende Mitteilungen gemacht werden. Würden jetzt Dinge mitgeteilt, deren Geheimhaltung versprochen sei, dann würden für alle Zukunft ähnliche Erhebungen unmöglich sein.

Blankenhorn (natl.) erklärt, gleichfalls vernommen worden zu sein. Auch ihm sei versprochen worden, daß seine Auslagen geheim gehalten werden würden. Erst später habe er erfahren, daß die Auslagen stenographiert worden seien. Manchem sei es passiert, daß er Dinge erzählt habe, die er nicht gesagt hätte, wenn er gewußt hätte, daß seine Auslagen wirklich niedergeschrieben würden. Ueber 2000 Sachverständige seien vernommen worden.

Herold (C.) hält es für selbstverständlich, daß das Geheimnis gewahrt bleibe.

Brömel (fr. Vg.): Gewiß giebt es Material, das diskret behandelt werden muß. Die Diskretion aber so weit zu treiben, daß selbst die Kommission nichts erfährt, macht das Material wertlos. Auch andre Enquêtes sind schon veröffentlicht worden, die Baumwolle, Zobel- und Wollensauquete. Die Mitteilung der Protokolle ist nötig, weniger um die einzelnen Auslagen als um die Methode kennen zu lernen, durch welche man zu den Resultaten gekommen sei. Verdacht erregt schon die Zusammensetzung des Wirtschaftlichen Ausschusses, bei der man nur notorische Schuzyköllner berückichtigt habe. Der Verdacht wäre nicht aufzusteigen, wenn man neben Graf Kanitz, Graf Schwerin und Freiherrn v. Wangenheim auch Gothein und Singer in den Ausschuss berufen hätte. Bei der Zusammensetzung des Wirtschaftlichen Ausschusses hat man den Reichstag zurückgelassen, wie nie vorher. Erst schlicht man den Reichstag von den Erhebungen aus und dann verlangt man, den Reichstag solle die gewonnenen Endresultate als unabänderliche Wahrheit hinnehmen.

Speck (C.) verteidigt die Geheimhaltung der Protokolle. Die Beratung des Wirtschaftlichen Ausschusses sei nicht zu politischen, sondern zu wirtschaftlichen Zwecken erfolgt, also konnte die Beratung der Sachverständigen nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolgen.

v. Kardorff (Rp.) behauptet, daß auch eine große Anzahl Freihändler im Ausschuss gewesen hätten. Viele Leute seien zum Eintritt in den Ausschuss aufgefordert worden, hätten es aber abgelehnt.

Dr. Beumer (natl.) hält den Staatssekretär für gebunden. Die heimischen Industrien würden durch die Veröffentlichung der Protokolle direkt geschädigt werden.

Graf Posadowsky erklärt sich bereit, ein Verzeichnis der vernommenen Personen mitzuteilen. Eine solche Erhebung erhält erst dann einen großen Wert, wenn sie wiederholt wird. Das ist notwendig, um das wirtschaftliche Leben mehr zu erforschen. Wir würden die Möglichkeit der Fortsetzung solcher Erhebungen abschneiden, wenn das gegebene Versprechen der Geheimhaltung gebrochen wird.

Gothein (fr. Vg.) giebt zu, daß die Diskretion nicht verletzt werden dürfe. Der ursprüngliche Fehler bestehe eben darin, daß Diskretion zugesagt worden sei. Wie könne man das angeblich so wertvolle Material verwenden, wenn es kein Abgeordneter kenne, es bleibe nichts weiter übrig, als eine öffentliche Enquete von neuem zu veranstalten, bei der alle Richtungen vertreten seien.

Handelsminister Müller sagt gleichfalls die Veröffentlichung der Namen der gehörten Sachverständigen zu. Was die Regierung in den Auslagen für begründet gehalten habe, sei in den Motiven veröffentlicht worden. Er beklage schon die Debatten, die bei den einzelnen Positionen kommen würden, weil die anderen Staaten dabei manches erfahren könnten, was bisher Geheimnis geblieben sei.

Stadthagen. Die Regierung sagt, sie habe im wirtschaftlichen Ausschuss sehr viel gehört. Das möchten wir auch wissen, um urteilen zu können, ob die Auslagen der Sachverständigen der Wahrheit entsprechen. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist doch der Tarif. An der Geheimhaltung ihrer Auslagen haben die das größte Interesse, die wahrheitswidrige Auslagen gemacht haben. Die Gewerkschaften haben gebeten, gehört zu werden, sind aber abgewiesen worden.

Geheimrat Wermuth betont, die Handelskammern seien aufgefordert worden, Sachverständige vorzuschlagen.

Herr v. Wangenheim (L.) ist voll befriedigt von den Methoden und dem Resultat der Erhebungen.

Singer: Was würde Herr v. Wangenheim sagen, wenn keine Mitglieder des Bundes der Landwirtschaft zugezogen wären. Wenn man vom Reichstag verlangt, daß er zu demselben Resultat kommen soll wie die Regierung, dann muß man ihm auch daselbe Material zugänglich machen. Wie oft hat man schon versucht, den Reichstag durch Hinrichtung auf Geheimnisse zu beschließen zu verzeihen. Oft hat man erkannt, daß die zuerst als Geheimnisse behandelten Thatsachen gar nicht die Bedeutung haben, die man ihnen ursprünglich beilegte. Man hat die Arbeiter abgewiesen, um die Erhebungen so einzurichten, daß sie für eine Erhöhung der Zölle sprechen. Darin liegt die Einseitigkeit. Wir wollen die Regierung nicht zum Wortbruch verleiten, aber man will doch nicht etwas behaupten, daß die Auslagen der sämtlichen 2000 Sachverständigen geheim sind. Wenn die Regierung sagt, daß die Kommissionsmitglieder, die sie aus den Verhandlungen des Wirtschaftlichen Ausschusses geschöpft habe, in den Motiven niedergelegt seien, dann sind die Ergebnisse der Enquete sehr dürftig gewesen. Bringt man die Kommission nicht in die Lage, die Verhältnisse klar zu übersehen, dann hat man die unendlichen Debatten im Plenum zu gewährleisten.

Dr. Helm (C.) gibt zu, daß die Angaben der Landwirtschaft veröffentlicht werden können, die Industrie dagegen hat Geheimnisse. In Süddeutschland hat man auch die Kleinbauern nicht befragt. Sollten die Erhebungen ergänzt werden, so würde man die Verhandlungen auf Jahre hinausziehen.

In der Debatte beteiligten sich weiter die Abg. Schwertius, Löwig (L.) und Klose (C.).

Abg. Gothein (fr. B.): Man hat die Handelskammern aufgefordert, nur solche Personen als Sachverständige vorzuschlagen, die eine leitende Stellung in der Handelskammer einnehmen; dadurch hat man das Kleingewerbe vollständig ausgeschlossen. Er sei kein Freihändler, sondern stehe auf dem Standpunkte Friedrich List's. Er glaube das selbe von Deutschland, was List von England glaubte. Eine große Anzahl Industrien sei in Deutschland schon so weit entwickelt, daß sie der Schutzzölle nicht mehr bedürften.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag Brömel, die Namen der Sachverständigen zu veröffentlichen unter Benennung der Teile des Zolltarifs, über welche sie benommen sind, wird einstimmig angenommen.

Die Beratung wendet sich nun wieder dem § 5 des Zolltarifs-Gesetzes zu. Ziffer 10 läßt sich so fassen: Musterarten und Muster in Abschnitten oder Proben, die nur zum Gebrauch als solche geeignet sind, jedoch mit Ausschluß der Proben von Nahrungs- und Genussmitteln.

Gothein (fr. B.) stellt den Antrag, der Ziffer 10 folgenden Zusatz zu geben: „jedoch einschließlich der Proben und Muster von Getreide und Hülsenfrüchten aller Art, von Malz, Mälzprodukten und Rohabak.“

Unterstaatssekretär v. Fischer bekämpft den Antrag Gothein wegen mangelnden Bedürfnisses, desgleichen Camp (Rp.) und Graf Ranig (L.).

Gothein ändert darauf seinen Antrag dahin, daß diese Muster sendungen nur bis zu einem Gewicht von 350 Gramm zollfrei bleiben sollen.

Mollenhuth (Soc.) hält die Fassung des Ablasses 10 für die denkbar ungünstigste, empfiehlt die Abstimmung anzusehen und nach Durchberatung des Tarifs die betreffenden Positionen hinauszusehen.

Der Antrag Gothein wird mit großer Mehrheit angenommen. Er hat folgenden Wortlaut erhalten: „jedoch einschließlich der mit der Post eingehenden Proben und Muster von Kaffee, Zuder, Kakao, Rohabak und getrockneten Früchten, jedoch nur bis zum Gewicht von 350 Gramm.“

Zu einer Abstimmung über Ziffer 10 des § 5 kommt es noch nicht, die Sitzung wird wegen des Beginns der Plenarsitzung abgebrochen.

Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Januar.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwies am Mittwoch den Gesetzentwurf betreffend die Uebersetzung weiterer Dotationsrenten an die Provinzialverbände einer Kommission von 21 Mitgliedern. Es handelt sich darum, daß den Provinzen jährlich 10 Millionen Mark vom Staate überwiesen werden, und zwar sollen vorweg 2 Millionen den östlichen Provinzen für den Neubau und die Unterhaltung von Kunststraßen, sowie zur Erleichterung der durch den Bau solcher Straßen entstandenen Schuldenlast zufallen. Von den übrigen 8 Millionen, die auf alle Provinzen verteilt werden, ist 1 Million für den Bau von Chanseebestimmte, 7 Millionen zur Erleichterung von Armenlasten und, abgesehen von dem Stadtkreis Berlin, zur Unterstützung von leistungsschwachen Kreisen und Gemeinden auf den Gebieten des Armen- und Pflgewesens, sowie bei dem Bau und der Unterhaltung von Brücken. Die Verteilung erfolgt zu einem Drittel nach dem umgekehrten Verhältnis der Staats-Einkommensteuer, zu einem Drittel nach dem Prozentverhältnis der kommunalen Abgaben zur Staats-Einkommensteuer, zu einem Drittel nach der Zahl der Bevölkerung. Der Verteilungsplan bedarf der Genehmigung des Oberpräsidenten der betreffenden Provinz.

In der Debatte wurde der Entwurf allseitig begrüßt. Abgeordneter Juch (fr. Bp.) erblickt in der Bestimmung, daß der Verteilungsplan der Genehmigung des Oberpräsidenten bedürfe, eine Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts. Im übrigen wurden nennenswerte Einwände nicht erhoben. Wie vorausgesehen, kam es wiederholt zu lebhaften Klagen von Vertretern des Westens über die Bevorzugung des Ostens.

Donnerstag beginnt die zweite Staatsberatung mit dem Fortsetz und dem Etat der Domänenverwaltung.

Die Steuerhosen der Junker.

Zur selben Zeit, da die Junker des Brotwuchers beanspruchen, Millionen über Millionen als schuldigen Tribut von den Kernisten zu erhalten, hat die konservative Fraktion des Herrenhauses — wie die „Konservative Korrespondenz“ nachträglich mitteilt — am 8. Januar folgenden Antrag beschlossen: „Die konservative Fraktion des Herrenhauses hält eine Revision des Ergänzungsteuer-Gesetzes — sofern die königliche Staatsregierung nicht auf die Weitererhebung der Ergänzungsteuer verzichtet — im Interesse der davon besonders schwer betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe — für dringlich geboten.“

Wegen der bevorstehenden Lösung der großen volkswirtschaftlichen Fragen im Reichstage sieht sie bis zu deren Erledigung von der Wiedereinbringung einer Novelle zum Ergänzungsteuer-Gesetz ab.“

Die Herrenhäuser wünschen also eine Aufhebung der Vermögenssteuer, und wenn die nicht erreichbar ist, doch wenigstens eine „Revision“, die darin bestehen würde, daß die Vermögenssteuer nur für die Großgrundbesitzer aufgehoben wird.

In diesem Antrag wird mit edlem Freimuth erklärt, daß die Junker zwar Millionen als Almosen von der Allgemeinheit verlangen, daß sie aber keinen Pfennig an Steuern zu bezahlen gedenken; sie fordern die alte Steuerfreiheit zurück.

Von der Einkommensteuer verstehen sich die Herren vielfach zu brüden, indem sie durch künstliche Steuererleichterungen nachweisen, daß sie überhaupt kein Einkommen haben. So bezahlte z. B. der schweizerische Freiherr v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, jahrelang keine Einkommensteuer.

Immerhin konnten sie ihr Vermögen nicht abschweifen, und so wurden sie zur Vermögenssteuer herangezogen. Damit auch diese Belastung aufhöre, verlangen sie die Aufhebung dieser Steuer.

Dabei ist zu bedenken, daß die Vermögenssteuer sehr gering ist, sie übersteigt nicht 1/2 pro Tausend des Vermögens. Vermögen

bis 6000 Mark bleiben überhaupt steuerfrei, ebenso Vermögen unter 20000 Mark, sofern das Einkommen nicht 900 Mark erreicht. Die Steuer kann ermäßigt werden für Personen bis zu 32000 M. Vermögen, wenn sie für die vier untersten Stufen der Einkommensteuer veranlagt sind. Endlich sind noch aus gewissen Gründen Ermäßigungen für Vermögen bis zu 62000 Mark zulässig. Uebrigens besteht kein Deklarationszwang. Ein Millionär braucht nur eine Vermögenssteuer von 500 M. zu zahlen, während die indirekte Steuer nach dem neuen Posttarif für eine Arbeiterfamilie mit einem Einkommen von 800 M. rund 200 M. erreichen wird.

Man erntet die ganze Unverschämtheit unster Agrarier. Während sie den Klassen zu ihren Gunsten die ungeheuerlichsten Steuern aufbürden, weigern sie sich selbst, einen Pfennig zu zahlen. Die Millionäre wollen Armenunterstützung und Steuerfreiheit, ohne doch auf ihr Wahlrecht verzichten zu wollen. Ein Arbeiter, der sein krankes Kind auf Gemeindelassen verpflegen läßt, verliert das städtische Wahlrecht, selbst wenn er abgesehen von den hohen indirekten auch direkte Steuern zahlt. Ein Junker, der sich vom Posttribut Tausende von den Arbeitern schenken läßt und keine Steuern bezahlen will, wird zum gebornen Befehlshaber.

Graf Wirbach hat recht. Sein Antrag steht in der That im Zusammenhang mit dem Posttarif. Er enthält die wahre Tendenz des Tarifs, der nichts ist als ein unerhörtes Junkerprivileg. Oder will Graf Wirbach behaupten, daß auch dieser Antrag mit Rücksicht auf die kleinen Bauern gestellt sei? —

„Koffhand giebt nicht.“

Aus dem Industriegebiet wird uns geschrieben:

Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfange besteht nicht, so sprach Graf Posadowsky und der Abg. Hilke wußte sogar zu berichten, daß im Industriegebiet die Löhne auf der Höhe bleiben, während die großen Gesellschaften in Dividendennot sich befinden, von Arbeitslosigkeit höre man wenig. Das ist schon richtig, die Arbeitslosen ziehen nicht als halbverhungerte, verzweifelte Menschen in Massentrüppchen durch die Straßen, Läger und Läden plündernd — aber eine der größten ultramontanen Zeitungen im Industriegebiet, die aus ihren unternehmerfreundlichen Bestrebungen keinen Hehl macht und auch energisch für den Hungerlohn eintritt, wußte vor wenigen Tagen zu melden, daß unter dem Einfluß des gegenwärtigen Koffstandes mit seinen Arbeitseinstellungen, Lohnreduktionen, gestiegenen Lebensmittelpreisen usw. Diebstähle und Einbrüche in erschreckender Weise sich häufen!!! — So lange Hungerrevolten nicht in größerem Umfang hervorbekommen, wird der Koffstand ungeeignet, und werden Hungernde rebellisch, werden sie gejagt mit Gummischlauch und Säbelkoff.

Trotz der Posadowsky'schen und andren Schönreden gestaltet im Ruhrrevier die Lage der Arbeiter sich immer trüber. Auf den Gruben werden nicht nur vermehrt wieder Zehntausenden eingelegt und die Löhne reduziert, es kommen jetzt auch Belegschaftsverminderungen nicht unbedeutenden Umfanges vor. Auf Jede Konstantin, Shamrod, Herkules, Deutscher Koffer und andren mehr wurden Arbeiter abgelegt. Heberoll, entweder unter der Hand oder auch durch öffentlich bekannt gegebenen General-Abzug werden die Löhne gekürzt. Der „Allgemeine Knappschaffs-Berein“ hat in seinem Wirtschaftsplen pro 1902 mit einem Winderdurchschnittseinkommen von 100 M. pro Kopf der Belegschaften kalkuliert. Herr Hilke scheint davon nichts zu wissen und redet von Löhnen, die auf der Höhe bleiben.

Die rücksichtslos die Unternehmer wirtschaften, zeigt das Gebahren der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“. Vor dem 15. Januar wurden Leute eingestellt (ca. 150 Mann), am 15. Januar drückte man 70 Bergleute die Kündigungszettel in die Hand. — Verhängnisvoller Prozess und Lohnregulierungs-Apparat! — Am letzten Vorkriegstage wiesen 29 Arbeiter der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ — die insgesamt auf den Gruben und der Halte ca. 12000 Arbeiter beschäftigt — bei dem Verbandsvertrauensmann durch Lohnbücher nach, daß sie mit einem Minus abgeschlossen, noch Geld mitbringen mußten! Der niedrigste Betrag, der noch nachgezahlt werden mußte, bezifferte sich auf 20 Mark. Posadowsky wird den Leuten vielleicht das Meiste geben können, nach welchem sie trotz der Schulden bei der Arbeit doch noch ohne Not leben können.

Auf der Hinkante in Hamborn legten wegen Lohnreduktion 150 Mann die Arbeit nieder. Die Firma antwortete mit weiterem Abzug und ließ den Leuten mitteilen, wer nicht wieder zur Arbeit erscheine, werde aus den Werkwohnungen hinausgeworfen. Vor der Gefahr, arbeits- und obdachlos zu werden, kapitulierten die Leute, sie beugten sich der Unternehmerwillkür — und mußten noch die weitere Bedingung erfüllen, nämlich ihr Einverständnis erklären mit einem Lohnabzug für sechs Tage, wegen — Kontraktbruch. Da kann man sich ein Bild machen, wie die Unternehmer haufen.

Auf der Krupp'schen Fabrik stieg die Zahl der Beamten in der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober 1901 um über 100, trotzdem ging der Gesamtpersonalstand um 2000 zurück. Schloffer und Dreher arbeiten seit Monaten in Schichtlohn von 2,50—2,80 M., in Feuerbetrieben werden Feierschichten eingelegt und von den Arbeitern hört man als ständige Klage: Lohnabzug. Und in den letzten Wochen ging man auch mit umfangreicheren Reduzierungen des Arbeiterbestandes vor. Auf andren Werken ist es teilweise noch schlimmer bestellt.

Aber Rot besteht nicht — bei Posadowsky. Verschiedene Gesellschaften konnten ja die gewohnten Konjunktur-Dividenden verteilen und Krupp erhöhte sein Einkommen um 5 Millionen, auf 20 bis 21 Millionen Mark.

Wer kann bei solchen Resultaten von Rot reden?!

Deutsches Reich.

Alles oder — viel? Die „Kreuzzeitung“ erklärt:

„Wie wir hören, wird von gewisser Seite im Reichstage das Gerücht verbreitet, ein Teil der konservativen und freikonservativen Abgeordneten sei bereit, sich mit den in der Posttarif-Vorlage für Getreide eingestellten Sägen zu begnügen. Davon kann nach unserer Kenntnis durchaus nicht die Rede sein; im Gegenteil ist die konservative Partei einmütig der Ueberzeugung, daß diese Sägen nicht ausreichend sind, der Landwirtschaft den anerkannt notwendigen Schutz zu gewähren.“

Die Konservativen thun mithin immer noch so, als ob ihnen die gewährten Brotwucher-Minimalhöhe nicht genügen. Da nun weitere Konzeptionen die große Mehrzahl der Bundesstaaten nicht machen werden, könnte man den Posttarif bereits für beseitigt halten, da ihn außer den Rationalisten angeblich niemand will.

Mit dieser Ablehnung des Posttarifs steht allerdings im direkten stärksten Widerspruch der nervöse Eifer, mit dem die Agrarier das Gesetz durchzusetzen suchen. Wenn sie kein Interesse an den vorgeschlagenen Posttarif haben, warum denn so viel Mühe, sie durchzubringen?

Die Agrarier beanspruchen stolz alles, damit das Viele als ein Nichts erweisen möchte. Indessen läßt sich durch diese Possen niemand täuschen.

Der Posttarif darf nicht Gesetz werden, weil er auch ohne die agrarischen Erhöhungen ein Tarif des Postwuchers ist.

Noch ein Professor des Kaisers. Der Professor an der technischen Hochschule, Gladu, — nicht zu verwechseln mit dem

ähnlich klingenden Namen des Erfinders der Barbinde — ist auf Grund allerhöchster Ermächtigung zum ordentlichen Honorar-Professor in der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ernannt worden.

Was denkt die Fakultät über diesen neuen Kollegen, der sich u. a. große Verdienste um die Berliner Straßenbahn erworben hat?

Der Denaturierungszwang.

den die Branntweinsteuer-Novelle vorschlägt, ist nun doch fallen gelassen worden. Die Vorbereitungen, die von den Agrariern arrangiert waren, haben nicht das von ihnen erwünschte Resultat ergeben, das Centrum hat sich gegen den Denaturierungszwang erklärt und da unsere Fraktion und die Freisinnigen ihn ebenfalls ablehnten, so ist er trotz des großen Bestehens der Ostelbier nicht durchgedrungen — vorausgesetzt, daß das Centrum fest bleibt. Nur der durch seine tiefgründige Kenntnis des Posttarifs so rasch zu einer parlamentarischen Bekanntheit gelangte Abg. Semler will seinen Anfsichtsbratsgeföhlen, die ihm die Wandbäcker Preßhese- und Spiritfabrik einflößt, freien Lauf lassen und unentwegt für den für jedes Unternehmen sehr gewinnbringenden Denaturierungszwang eintreten.

Am nächsten Mittwoch oder Donnerstag wird die soeben dem Reichstage zugegangene Branntweinsteuer-Novelle zur Verhandlung im Plenum kommen und dabei ein von jener Rumpfkommision ausgearbeiteter Antrag mit zur Beratung gelangen, worauf die Novelle mit allen dazu gestellten Anträgen an die Kommission zurückverwiesen werden wird.

Der Spiritusbringer hat wiederholt erklärt, daß er ohne den Denaturierungszwang sich nicht halten könnte. Was wird er nun sagen?!

Der auf Grund der vertraulichen Besprechungen für die dritte Lesung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz vorbereitete Kompromiß-Entwurf hat gegen 30 Unterschriften erhalten. Er besteht aus 3 Artikeln. Die neue Staffellung ist gleichmäßig für landwirtschaftliche und gewerbliche Brennereien. Die Branntweineexport-Verpflichtung bei der Ausfuhr von Branntwein beträgt 6 M. pro Hektoliter reinen Alkohols. Laut Art. 1 sollen zunächst die §§ 2, 41, 42 des bestehenden Branntweinsteuer-Gesetzes durch neue Bestimmungen ersetzt werden. Wie der vorgeschlagene Art. 3 des § 2 bestimmt, soll von 5 zu 5 Jahren das Kontingent neu bemessen werden. Dem § 41 Ziffer 1 dritter Absatz zufolge soll bei über 10 Hektoliter der je-weilig niedrigste Steuerlohn erhoben werden. § 42 Ziffer 3b bestimmt an Stelle der Branntweinematerial-Steuer: 1. soweit von einem Brenner in einem Jahre unter 50 Liter reinen Alkohols erzeugt werden, 0,07 M.; 2. soweit von einem Brenner mehr als 50, aber nicht über 100 Liter erzeugt werden, 0,08 M.; 3. soweit von einem Brenner über 100 Liter, aber unter 200 Liter erzeugt werden, 0,12 M.; 4. soweit von einem Brenner über 200 Liter erzeugt werden, 0,20 M. Bei 100—300 Hektoliter soll eine Steuer von 2 M. erhoben werden, von da ab steigend um je 200 Hektoliter sind 50 Pf. mehr zu erlegen; von 1500 Hektoliter ab bei je 100 Hektoliter (früher 200 Hektoliter) steigt die neue Skala um weitere 50 Pf. Bei 20000 Hektoliter ist das Maximum von 8 M. erreicht. Bei alten Melassebrennereien wird das Kontingent und noch 1/2 desselben zu den alten Sägen besteuert; die Brennsteuer für jedes weitere Hektoliter an Ueberproduktion wird um 10 M. erhöht. Die neuen Melassebrennereien zahlen für die Gesamt-Erzeugung überhaupt 10 M. Nach dem Art. III soll § 50 dahin ersetzt werden: Art. 1 tritt am 1. Oktober 1902, Art. II am 1. Oktober 1903 in Kraft mit der Einschränkung, daß für diejenigen Branntweingenossen, die bis zum 31. Januar hergestellt sind, die Brennsteuer (§ 43) nicht erhoben wird, und für diejenigen Branntweingenossen, die vor dem 1. Februar 1902 angefahren oder denaturiert worden sind, eine Brennsteuer-Vergütung nicht gewährt wird. Die Vorschriften des Art. II treten am 30. September 1902 außer Kraft.

Der Kampf gegen den Socialwissenschaftlichen Studenten-Verein geht weiter. Die Protestversammlung der Studentenschaft aus Anlaß der Auflösung und des Verbots des Socialwissenschaftlichen Studentenvereins, die Mittwochabend stattfinden sollte, wird zunächst nicht abgehalten. Inzwischen hat der Herr Rektor Kretsch von Strabonitz das Direktorium der Akademischen Lehrhalle vor den Rektor geladen, weil es einen Antrag angenommen hatte, der der Protestversammlung zustimmte und festsetzte, daß ein Mitglied des Direktoriums diesen Standpunkt in der Versammlung darlegen sollte. Den bisher vorgeladenen Mitgliedern des Direktoriums wurde für den Fall der Ausführung dieses Beschlusses die Eröffnung des Disziplinarverfahrens in Aussicht gestellt. Weiterreich wird im Grunde lahen!

Um so höherer Duld erfreuen sich die „Deutschen Studenten“, in deren Kaiserkommer des „Imperator“ gegen die schweibeweihe „Bestie“ des socialistischen aufklärten Proletariats aufgerufen wurde. Graf Bülow hat die Herrscher antelegraphiert und sie zu Mittelpfen gegen die Polen ernannt. Gerade die akademische Jugend ist vornehmlich dazu bestimmt, das schwierigste, aber so dankbare Werk, an welchem wir im Osten arbeiten, auszubauen und zu vollenden.“ So telegraphierte Bülow an die deutschen Studenten, die einander wert sind.

„Sikredakteur“. Man schreibt uns aus Dortmund: „Den für den „Kulturlohn“ Preußen-Deutschland kämpflichen Fall Bredendeb möchten die amtlichen Organe durch allerlei Redensarten peru etwas civilisierter erscheinen lassen. Im Dortmunder Stadtparlament erklärte der Oberbürgermeister den Genossen Bredendeb für suchtvordächtig, weil der arme Teufel nicht Halm und Ar und keinen gefüllten Geldbeutel besitzt. Dabem Herrn sein „Argument“ selbst wohl nicht genügend beweiskräftig erschien, lieber noch eine Unwahrheit folgen. Genosse Bredendeb habe zwei Jahre Gefängnis zu verbüßen — in Wahrheit hatte Bredendeb einschließlich einer noch nicht rechtskräftigen Strafe von drei Monaten insgesamt aber nur 9 1/2 Monate zu verbüßen. Wie wenig suchtvordächtig Bredendeb ist, zeigt die Thatsache, daß er jetzt freigelassen wurde, obwohl er noch sechs Monate Gefängnis vor sich hat.“

Unter Samieding durfte natürlich Minister Hammerstein im Junterparlament nicht zuwiderbleiben. Er operierte mit einer ebenso wahrheitswidrigen Behauptung wie der oberbürgermeisterliche Staatsdresler. Bredendeb war ja nur ein Sigredakteur; das war die Entschuldigung des Ministers Hammerstein für die entwürdigende Fesselung eines Mannes, an dem keine Spur eines Makels klebt. Dem Junterparlament konnte Herr Hammerstein mit solcher, dazu unwohnen Ubrale genügen, im Reichstage wird man aber wohl noch Gelegenheiten finden, den Fall Bredendeb vom kulturellen Standpunkt zu beleuchten. Wie wenig Genosse Bredendeb „Sigredakteur“ ist, dafür nur ein Beweis. Zur Zeit, als die Frage der Verstaatlichung der Kohlengruben im Vordergrund der Diskussion stand, veröffentlichte Genosse Anton Bredendeb in der „Ab-Beit. Arb.-Ztg.“ mehrere Artikel zu der beregten Frage. Die Artikel waren mit seinem Signum A. B. gezeichnet, wurden in der Parteipresse vielfach abgedruckt und als Arbeiten des — Genossen Aug. Bebel kommentiert. — Wenn Herr Hammerstein, seines Zeichens Minister im Junterparlament, mit einer Anzahl so selbständig denkender und produktiver Männer zu rechnen hätte, wie miser, allerdings — zu seiner Ehre sei es gesagt — aus dem Arbeiterstande hervor-gangener Genosse Redakteur Anton Bredendeb, es würde ihm sehr bald die Luft vergehen, als Minister mit Redensarten, wie die ge-lenkezeichneten, kulturhöhnende Polizeihatsen zu beschönigen und zu entzudehnen.

Die Absuhr Bülow's bei dem vom deutschen Reichskanzler unbegreiflicherweise an den Haaren herbeigezogenen Konflikt mit Chamberlain hat längst bei der Mehrheit der bürgerlichen Blätter, die anfangs die Fallsache über die Aufschmar priefen, eine sehr

unbegreiflicherweise an den Haaren herbeigezogenen Konflikt mit Chamberlain hat längst bei der Mehrheit der bürgerlichen Blätter, die anfangs die Fallsache über die Aufschmar priefen, eine sehr

gedrückte Stimmung hervorgerufen. Heute z. B. begegnen wir folgender Ausspruch des „Hamb. Korresp.“:

„Daß nun zunächst überaus bezeichnend, daß die Rede Chamberlains in der französischen Deputiertenkammer keine Rolle gespielt hat, ja annehmend gar nicht erwähnt worden ist. Und doch hatte der englische Kolonialsekretär nicht nur die französische Kriegsführung in Konking fauchdrücklich genannt, sondern mehrere Blätter hatten auch den interessanten Versuch gemacht, die Worte Chamberlains über den deutsch-französischen Krieg auf die Kriegsführung der Franzosen und speziell die Verwendung der Turkos zu deuten, die mit der Bewaffnung der Kaffern eine gewisse Ähnlichkeit hat. . . Die vollständige Ignorierung der Edinburgher Rede seitens des französischen Parlaments ist aber doch geeignet, uns zum Bewußtsein zu bringen, daß unsre Entrüstung etwas künstlich und schließlich sogar krankhaft geäußertes hatte.“

Zu der That, Frankreich, dem man sonst alles, nur keinen Mangel an Nationalgefühl vorwerfen kann, übersteht den prächtigen Protest gegen ein Wort — das zudem nach den Völkern gewordenen Informationen gar nicht einmal gesprochen war — dem deutschen Reichsgesandten. Es konnte das ja auch umsonst, als es sich inzwischen aus Rücksicht auf ein etwaiges mißbilligendes Stimmungsgesetz der englischen Minister nicht hatte abhalten lassen, dem greisen Präsidenten von Transvaal einen imponierenden offiziellen Empfang zu bereiten; während Deutschland dem im Vertrauen auf die vielgepöbelte deutsche Gostfreundschaft nach Köln gekommenen alten Mann die Weiterreise nach Berlin verboten und ihn schleunigst per Schuß über die holländische Grenze schaffen ließ. Eine Regierung, deren Thaten ein so eminentes Unabhängigkeitsgefühl verrieten, hütte ja auch alle Ursache, durch einen ganz unmitteibaren Anfall gegen einen englischen Minister, dessen Stern man im Erblassen glaubte, eine Sensation hervorzurufen, die sich durch den 48 Stunden später erfolgten Notan in eine sehr heitere Sensation verwandelte und nimmere, nach den geharnischtesten Erklärungen der englischen Gesamtregierung, zu einer fatalen Blamage, einem neuen Dima geworden ist. —

Notstandsberatungen und Eisenbahnpolitik.

Aus Hesse wird uns vom 19. Januar geschrieben: Die parlamentarische Arbeit wickelt sich jetzt bei uns in den verschiedenen Ausschüssen der zweiten Kammer ab. Vor allem interessieren zwei Berichte des vierten Ausschusses, die jetzt an das Plenum gelangen. In dem einen wird der 1. Zt. von unserem Genossen eingeschickte Notstandsbauzug näher behandelt und zugedeht, daß wenn auch die in der zweiten Kammer bei der ersten Beratung von der Regierung gegebenen Darlegungen und ihre in Aussicht gestellten Maßnahmen in weiten Kreisen Beruhigung hervorgerufen hätten, doch nicht zu verkennen sei, daß sich inzwischen die Sachlage verschlimmert habe, was sich aus den aus allen Teilen des Reiches vorliegenden Berichten über die sehr gedrückte allgemeine Geschäftslage, die Einschränkungen der Arbeitszeit, sowie die eingetretenen Lohnsenkungen und Arbeiterentlassungen ergebe. Wenn ein größerer Notstand bisher noch nicht so sichtbar geworden sei, so sei dies auf die milde Witterung zurückzuführen, die noch ausreichende Beschäftigung im Freien zugelassen habe. Die derzeitige Arbeitslosigkeit und ihre rationelle Bekämpfung müsse aber bei dem Ernst der Lage und der Wichtigkeit der in Betracht kommenden Gesamtinteressen des Landes den Gegenstand fortgesetzter Aufmerksamkeit der Regierung bilden, die erforderlichenfalls entsprechende Vorlagen machen, aber auch in Erwägung ziehen möge, welche Mittel seitens des Reiches oder des Landes zwecks dauernder wirksamer Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Folgen anzuwenden seien. Insbesondere möge man das Augenmerk auf sachgemäße Ausgestaltung der Arbeiterkassentätigkeit und der kommunalen Arbeitsnachweise sowie auf Einführung einer Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit richten und den Bundesrats-Bevollmächtigten mit entsprechenden Instruktionen versehen. Ja, wenn das Reich für so etwas Geld übrig hätte! Graf Potodowsky hat ja am Freitag ganz deutlich abgewinkt und das Eintreten bei Notständen als Sache der Kommunen und Einzelstaaten erklärt.

Von unsren Genossen war auch in der zweiten Kammer das Ertrinken in die Regierung gerichtet worden, in der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft auf Verbilligung der Tarife, insbesondere auch der Arbeiterfahrkarten, sowie auf Verlängerung der Rückfahrkarten und weiterhin auf Einführung des Jönentarif-Systems hinzuwirken. Dazu konnte sich nun die Regierung, wie aus einer an den vierten Ausschuss gerichteten Zuschrift hervorgeht, nicht entschließen, zumal auch der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten ein Eingehen darauf ablehnte. Die Hälfte des Ausschusses war für Uebergang zur Tagesordnung. Die andre Ausschuhälfte will dem sozialdemokratischen Antrag entsprechen, soweit er die Regierung zu einem Vorgehen in der Verbilligung der Personentarife veranlassen will. —

Ausland.

Schweden.

Das Staatsbudget. Die Regierungsvorlage über das Staatsbudget für das kommende Finanzjahr bilanziert mit 172 986 200 Kr. Das Budget für das laufende Jahr ist auf ca. 156 000 000 Kr. festgelegt worden. Das starke Anwachsen der Ausgaben ist ganz besonders auf die vermehrten Ausgaben für militärische Zwecke zurückzuführen. Für das laufende Jahr werden 52 193 000 Kr. verlangt, gegen 46 322 000 Kr. im laufenden Jahre. Dazu kommen 20 155 000 Kr. für die Marine, so daß also über 72 Millionen direkt für militärische Zwecke verwendet werden sollen. Unter Einnahmen werden neben ca. 37 000 000, die nicht durch Steuern aufgebracht werden, wie Eisenbahn mit 7 000 000, die Reichspost mit 13 340 000 ufw., die Zölle mit 49 000 000, der Branntwein mit 20 500 000, Zuckerrüben mit 11 000 000, Einkommensteuer mit 10 500 000 Kr. aufgeführt, dazu eine Zuschlagsteuer für Einkommen über 1200 Kr., die 7 050 000 Kr. einbringen soll. —

Frankreich.

Eine schwere Niederlage der Sozialisten in Doubaix. Bei den am letzten Sonntag stattgehabten Kommunalwahlen erlitten die Sozialisten (Guesdisten) eine schwere Niederlage. Seit dem Jahre 1892 sind in dieser Stadt die Sozialisten am Aender; sie hatten die Mehrheit im Gemeinderat, und die Verwaltung (Magistrat) war demgemäß in ihren Händen; der Bürgermeister Carette war einer der Ihren. Vor kurzem hatten die 23 sozialistischen Gemeinderäte und der Bürgermeister ihre Ämter niedergelegt, weil das von ihnen der Kammer vorgelegte Projekt, betreffend die Reformen des städtischen Octroi, von dieser nicht angenommen wurde. Bei der Wahl am letzten Sonntag wurden von den 23 nur sieben wiedergewählt, die 16 übrigen Sitze wurden von den Reaktionsären erobert. Damit haben die Reaktionsären mit 29 Sitzen die überwältigende Majorität gegenüber den sieben Sozialisten erlangt. — In der bürgerlichen Presse ist großer Jubel über den Sieg der Liberalen über die Sozialisten. „Le Temps“ glaubt dies als ein Zeichen deuten zu dürfen für den Rückgang des Sozialismus in Nordfrankreich. Doubaix habe das „revolutionäre Joch“ kennen gelernt und habe es abgeschüttelt. —

Italien.

Crispi's hinterlassene Papiere. Einem Blatte wird aus Rom gemeldet: Wie aus Neapel gemeldet wird, befinden sich unter Crispi's Papiere Dokumente über die Bemühungen des Ministerpräsidenten, in den von dem Radikalismus bedrohten Wahlkreisen eine Wohltheiligung der Liberalen zu Gunsten der Regierung zu erreichen. Obgleich ein einflussreicher Kardinal Crispi unterstützte, scheiterte die Angelegenheit an dem Widerstand der Intriganten im Vatikan. Die Geheimberichte, die Crispi allwöchentlich aus der nächsten

Umgebung des Papstes erhielt, sind so umfangreich, daß sie gedruckt fünf Bände füllen würden. Die betreffenden Prälaten wandten sich an den Testamentvollstrecker Senator Damiani, um die Veröffentlichung, die sie ungeheuer kompromittieren würde, zu verhindern.

Dies Duhlen um die Gunst des Vatikans zum Zwecke der gemeinsamen Bekämpfung der Radikalen entspricht ganz dem Charakter des ehemaligen Arbeiter- und Revolutionärs. —

England.

Der Antrag Cawleys abgelehnt.

Im Unterhaus bekämpfte in der Dienstagssitzung Balfour den Antrag Cawley, dessen gegen die Haltung der Regierung gerichtete Kritik unzutreffend sei.

Die Regierung habe nicht nur das gethan, worum Ritchener sie gebeten habe, sondern noch viel mehr; sie habe während des letzten Jahres 81 000 Mann und 129 000 Pferde nach Südafrika geschickt. Die Leistungen des Kriegsamts seien ohne gleichen in der Geschichte des Reiches. Zum Schluß forderte der Redner Campbell-Bannerman auf, den Antrag zurückzuziehen, schon im Hinblick darauf, daß die Erstellung einer Censur an die Regierung wegen Südafrikas noch mehr die Ueberzeugung in den Herzen der Voreen befestigen würde, daß ihre Hoffnungen auf Erfolg sich nicht stützen auf die Möglichkeit einer Niederlage der britischen Truppen, sondern auf eine Verlängerung des Krieges, bis die Opposition wieder zur Macht gelangt sei. Campbell-Bannerman erklärte, er müsse aus patriotischen Gründen für den Antrag stimmen, weil er glaube, daß die Haltung und die Politik der Regierung wohl nicht zu einem dauernden Frieden führen würden.

Schließlich wurde der Antrag Cawley, der bekanntlich erklärt, alle Regierungsforderungen zur Beendigung des Boerenkrieges bewilligen zu wollen und nur gewisse Maßnahmen der Regierung verurteilt, mit 333 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Bei der Abstimmung enthielten sich außer den Iren, für die der erste Teil des Antrags nur Jammern war, noch der äußerste Flügel der Radikalen ebenso wie eine große Anzahl der liberalen Imperialisten, unter ihnen Grey und Asquith, der Stimmabgabe. —

Krieg ist Krieg.

Der Abgeordnete Gen. Debel wies kürzlich in seiner Statede den Entschuldigungsgrund der Südafrikaner gegen Chamberlain u. a. mit dem Hinweis zurück, daß die Deutschen, überhaupt jede Armee, unter den gleichen Umständen wohl kaum viel anders handeln würde, als die englische in Südafrika. Der Krieg ist eben der Krieg, und man muß, wenn man alle diese Gräueltaten nicht will, gegen den Krieg überhaupt sich wenden. Dieser Tage ist nun in England ein Flugblatt von Dr. Conan Doyle erschienen, in welchem der Versuch unternommen wird, die Gräueltaten und völlerrechtswidrigen Handlungen der englischen Truppen aus den besonderen Umständen heraus zu erklären:

So lange der Krieg ein regulärer war, ist auch das Auftreten der englischen Truppen regulär und ehrenvoll gewesen. Sowie jedoch der Krieg von Seiten der Voreen irregulär geführt wurde, ihre Armeen sich in kleine Vanden auflösten, welche die Verbindungen abbrachen und der Guerillakrieg begann, da machte sich auch eine Aenderung auf Seiten der englischen Truppen bemerkbar. Gewisse Distrikte und Ortschaften, welche den Voreen als Sammelpunkte dienten, wurden zerstört. Solche Distrikte waren Kroonstad, Heilbronn, Ventersburg und Windburg; in diesen vier Distrikten wurden gegen 170 Häuser vernichtet. Das Dorf Vothaville, welches ein Depot des Feindes war, wurde ebenfalls vollkommen zerstört; es bestand aus 48 Häusern. Auf diese Weise wurden nach den englischen Berichten aus strategischen Gründen gegen 250 Häuser und Bauernhöfe (in Wirklichkeit dürfte es wohl mehr sein) zerstört.

Herr Dr. Doyle verurteilt das Verhalten der englischen Truppen im ganzen zu entschuldigen. Er teilt mit, daß seine Entschuldigungschrift, in alle europäischen Sprachen überetzt, allen Zeitungen des Kontinents und Amerikas angehängt werden soll. Man braucht nicht alles zu unterschreiben, was er sagt, seine Entschuldigungsgründe sind nicht alle anzuerkennen, aber man kann doch zugeben, daß sich manche Handlungen der englischen Offiziere und Truppen aus den besonderen Umständen, unter denen der Krieg in Südafrika geführt wird, erklären. Der Krieg dauert bereits das dritte Jahr; er ist zu einem Guerillakrieg geworden. Die englischen Truppen sind erschöpft; der lange Krieg lockert die Disziplin. Die Offiziere sind ausgebrannt über die Mißerfolge usw. Sicher ist, daß unter den gleichen Verhältnissen auch andre Armeen nicht humaner auftreten würden als die englischen, und daß die kontinentalen Soldaten und Kriegskrämer am allerwenigsten ein Recht haben, sich über die Engländer zu erheben. —

Parlamentarisches.

Aus der Petitionskommission des Reichstags. Der ehemalige Kaiser J. A. in St. in Sauerbarm ist eines Augenleidens wegen im Jahre 1898 als dienstuntauglich vom Militär entlassen worden. Erst 6 Jahre nach seiner Dienstentlassung erhob er unter der Angabe, sein Augenleiden sei die Folge einer Dienstbeschädigung, Anträge auf Invalidenunterstützung. Sein Gesuch wurde von der Militärbehörde, soweit eine laufende Unterstützung in Frage kam, abgewiesen. Er erhielt jedoch mehrmals einmalige Unterstützungen von je 90 M. Petent ist seit 26 Jahren völlig erblindet und petitioniert jetzt um Gewährung einer laufenden Invaliden-Unterstützung. — Ein sozialdemokratischer Antrag, die Petition dem Reichstagsrat zur Verhinderung zu überweisen, wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt und beschloffen, die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären.

Derselbe Beschluß wurde gefaßt bezüglich einer Petition des Schuhmachers Heilig in Kottorf. Derselbe hat bei Orleans einen Streifschuss am linken Daumen erlitten und stellte leider erst im Jahre 1899 den Antrag auf Gewährung einer Invalidenunterstützung, da ihn die erstere Verwundung bei zunehmendem Alter in seiner Erwerbsfähigkeit sehr behindere. Die Militärverwaltung hatte, gestützt auf ärztliche Atteste, sein Unterstützungsgeuch abgelehnt.

Der Wärtler Lode in Weimar wurde 1888 bei einem Artillerieregiment in Mainz eingestellt, nach 10monatlicher Dienstzeit eines rheumatischen Leidens wegen im Lazarett behandelt und 3 Wochen darauf als dienstunbrauchbar entlassen. Er behauptet, sich das Leiden infolge mehrer Tage Tragens durchnähter Kleider während seiner Dienstzeit angezogen zu haben, was der anwesende Regierungskommissar bestritt. Petent, dessen Leiden sich in den letzten Jahren bedeutend verschlimmerte, wurde aus dem Postdienst, welchen er interimistisch vertrat, entlassen. Seine Petition um Gewährung einer Invalidenunterstützung wurde auf Antrag Ledebour (Soe.) dem Reichstagsrat aus Billigkeitsrücksichten zur Erwägung überwiefen.

Der Boeren-Krieg.

Die Erschießung Scheepers'

läßt sich, was auch Chamberlain indirekt zugegeben hat, nicht dadurch rechtfertigen, daß Scheepers als „Rebell“ dem Standrecht zum Opfer gefallen sei. Scheepers war zwar von Geburt Kapkolonist, hatte sich jedoch vor Ausbruch des Krieges im Orange-Freistaat angelassen und daselbst Bürgerrecht erworben. Chamberlain hat ja auch in seinen letzten Parlarmentserklärungen behauptet, daß Scheepers nicht als Rebell, sondern wegen ihm zur Last gelegter „Morde“ erschossen worden sei. Man weiß, wie derartige Verbrechen von dem Standgericht konstruiert werden: die Erschießung Scheepers' ist und bleibt ein tufamer Mord.

Das Schicksal Scheepers' bedroht nun auch Kruijinger, dem man ebenfalls wegen „Mordes“ den Prozeß machen wird. Der

verweogene Boerenkommandant hat sich durch seine Länge glückliche Verteidigung in der Kapkolonie und die vielen Schloppen, die er während seiner ständigen Streifzüge den Verfolgern beigebracht hat, bei den Engländern so verkauft gemacht, daß er schwerlich gefaßt werden wird. Die englische Taktik ist ja jetzt die, die noch im Felde stehenden durch blutigen Terrorismus von der Fortsetzung des Widerstandes abzuführen. Man will den Boeren-Offizieren zeigen, welches Los auch ihnen zu teil wird, wenn sie in englische Gefangenschaft geraten. Und Kruijinger ist nicht einmal mit den Waffen in der Hand von den Engländern ergriffen, er ist gefangen genommen worden, als er zu Tode erkrankt auf einer Farm sein Ende erwartete.

Die Mächte werden nicht mit der Bimper zuden, wenn auch dieser Wadere den Tod durch das englische Stauderstabell findet. Sie machen sich durch ihre absolute Teilnahmslosigkeit zu Mitschuldigen der englischen Infamien, lediglich darauf bedacht, durch heuchlerische Deklamationen die eigne Humanität ins heilige Licht zu setzen. Jede Nation hält die andre für barbarisch, nur sich selbst nicht.

Diese Heuchelei läßt sich freilich nur dadurch aufrecht erhalten, daß man gegenseitig die weitgehendste Toleranz übt. Nicht ohne Grund lehnten es die Regierungen der verschiedenen Mächte bei dem China-Krieg ab, den Kulläger der andren Mächte zu spielen. Das internationale Todschweige-System der Mächte kommt jeder einzelnen Macht zu gute. Wollte die eine Regierung als Kulläger der andren auftreten, so würde es an einer gepfefferten Antwort nicht fehlen.

Das Verweigen der eignen Schuld ist es denn auch, und nicht das vorgezeichnete Interesse an der Vermeidung politischer Konflikte, das die Mächte der englischen Schandthaten ruhig mitansieht. Beseelte die Regierungen wirklich der Wunsch, der Humanität und Zivilisation zu dienen, so würde es ihnen ebenso leicht fallen, Englands barbarischen Einhalt zu thun, wie es einer Anzahl anständiger Individuen leicht fallen würde, einen Rowdy von der Mißhandlung eines Schwächeren abzuhalten. Wenn man freilich selbst bei jeder Gelegenheit die Rolle des imperialistischen, den Schwächeren brutal vergewaltigenden Kaufbolde spielt, so verachtet man selber in eignen Interesse darauf, den Zustand des internationalen Hausrechts zu beseitigen.

Die Boeren-Schnack besteht deshalb nicht nur England sondern sämtliche Mächte.

Ein Telegramm Ritcheners berichtet über die Einnahme des Boerenlagers durch Truppen Methuens, die bereits von Reuters Bureau gemeldet wurde. Die Einnahme erfolgte 8 Meilen von Sofshport. — Bruce Hamilton machte in der Nacht des 18. d. M. einen Marsch auf Witbank gegen Voiba, der inzwischen abgezogen war; doch gelang es, 27 Gefangene zu machen.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratische Redacteure im Gefängnis.

Genosse Bredendek ergriff jetzt selbst das Wort, um in einem Artikel unseres Dortmunder Parteiblattes seine Erlebnisse als Gefangener zu schildern. Wir erfahren daraus noch manches, was bisher noch nicht bekannt war und was geeignet ist, das Verfahren gegen ihn noch viel verurteilenswerter erscheinen zu lassen. Am 7. Februar wurde er während einer Gerichtsverhandlung wegen Plutverdacht auf Gerichtsbeschuß in Untersuchungshaft genommen und bei dieser Gelegenheit mit einem Verurteilten zusammengeführt in Jellenwagen transportiert.

Man fragt sich vergeblich, welchen Zweck die Fesselung hat, wenn doch ein Jellenwagen zum Transport genügt wird.

Wie verhält es sich überdies mit den bestehenden Vorschriften, den in Untersuchungshaft Genommenen mit einem Verurteilten zusammenzuführen?

Auf Beschwerde beim Oberlandesgericht wurde dann die Untersuchungshaft gegen eine Kaution von 1000 M. aufgehoben. Die Plutverdachtsgründe dürften demnach sehr geringfügig gewesen sein.

Bredendek richtete dann eine Erklärung an die Staatsanwaltschaft, daß er eine bereits rechtskräftige Strafe von 3 Monaten sofort antreten wolle. Und während Verurteilung dieser Strafe, zu der er sich gestellt, ehe er dazu aufgefordert worden war, wurde er abermals am 22. Februar gefesselt aus einem Gefängnis ins andre transportiert. Dort hatte er dann aber in (Münster) auf wiederholte Vorstellung, und nachdem ein Beamter der Regierung zur Unternehmung dagesewen, Selbstbeschäftigung und eigne Kleider und Wäsche. In der Folge ist er auch nochmals zu einer Gerichtsverhandlung transportiert worden und zwar diesmal unangefesselt. Troy alledem wurde er dann, als er abermals eine Strafe im Gefängnis zu Herford zu verbüßen hatte und wieder zu einer Gerichtsverhandlung transportiert wurde, wiederum gefesselt. Das war der dritte Fall von Fesseltransport, durch den dann die Sache in die Öffentlichkeit kam. Nach einem berechtigten Grunde fragt man sich nach dem Vorgehengegangen der gegen!

Zu Herford wurde ihm dann auch die Selbstbeschäftigung verweigert, die er in Münster erlangt hatte. Als er einmal das vorgezeichnete Quantum Älten nicht geleistet hatte, wurde er vor den Direktor citiert und ihm für den Wiederholungsfall Disziplinarstrafe angedroht. Diese Strafe besteht in Entziehung des warmen Mittagessens, dann folgt Dunkelzelle.

Zur Verurteilung der Sigredacteure auf den preussischen Ministerseffen sei übrigens mitgeteilt, daß dieser sozialdemokratische „Sigredacteur“ von dem Lehrer der Kunst in Münster einer halbseitigen Blindheit auf seine Schulbildung unterzogen wurde, die zur völligen Zufriedenheit des Herrn Examinators ausfiel.

Mit der Angelegenheit der „Erfurter Tribune“ beschäftigten sich die Vereiner in Weimar und in Lobeda (S. W.). In beiden Vereinen wurden Resolutionen angenommen, die sich auf Braunwalds Seite stellten und die Rücknahme der Kündigung wünschten.

Kreisversammlung Arnswalde-Friedeberg. Sonntag, den 19. d. M. fand in Vordamm (Priesen) die Kreisversammlung des Wahlfreies Friedeberg-Arnswalde statt, welche sehr zahlreich besucht war. Die Agitationskommission war durch Genossen Höfel vertreten. Als ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse Obst-Schöneberg einen Vortrag über: Die Parteien des deutschen Reichstages. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Danach gab der Vertrauensmann Liebrandt den Bericht: Die Einnahme betrug im Kreise 156,62 M., der eine Ausgabe von 114,70 M. gegenübersteht. Die beiden Flugblätter über den Zollwucher wurden in je 5000 Exemplaren im Kreise verbreitet, ebenso auch der „Wärsche Landbote“. Hierauf wurde Liebrandt einstimmig als Vertrauensmann wiedergewählt. Ebenso blieben die Bezirkstruantsleute wieder auf ihrem Posten. Ein Antrag: Mitgliedslisten für den Kreis anzuschaffen, wurde angenommen und der Beitrag vorläufig monatlich auf 10 Pf. festgesetzt.

Im sozialdemokratischen Verein Magdeburg wurde beschlossen, von jetzt an wieder monatliche Beiträge an die Hauptkassette in Berlin abzuführen. Die Höhe derselben soll der Vorstand von Monat zu Monat bestimmen. Für Januar wurde indess besonders beschloffen, 500 M. abzuführen.

Ueber die Parteiverhältnisse des 13. Wahlkreises umfassenden niederrheinischen Agitationsbezirkles giebt der jetzt fertiggestellte Jahresbericht für 1901 Aufschluß. Der zersiehende Einfluß der wirtschaftlichen Depression tritt besonders an dem Rückgang der gewerkschaftlichen Organisationen zu Tage. Im Jahre 1900 wurden 37 757 gewerkschaftlich und in modernem Sinne organisierte Arbeiter gezählt. Ende 1901 wurden nur noch 32 442 in Gewerkschaften vereinigte Arbeiter festgestellt und ist hauptsächlich der Rückgang aus größer, wenn man sechs Orte mit zusammen 2005 Mitgliedern abrechnet, die 1900 nicht mitgezählt wurden. Es ergibt sich dann ein Verlust von 7410 Mitgliedern

oder einem Fünftel der Gesamtzahl. Die Zahl der politisch organisierten Genossen stieg von 3883 im Jahre 1900 auf 4010 im Jahre 1901. Die Partei-Einnahmen betragen 1900: 12 000 M. und 1901: 17 000 M. — Ein gegen den Lebensmittelpreis gerichteter, vom Agitationskomitee in Elberfeld herausgegebenes Flugblatt wurde in einer Auflage von 1/4 Million, der Agitationskalender „Volkstreu“ in 69 000 Exemplaren in den einzelnen Wahlkreisen verbreitet. Auf den vom Parteivorstand herausgegebenen Petitionslisten gegen den Brotwucher wurden circa 100 000 Unterschriften gesammelt. —

Mit Ausnahme der Wahlkreise Elberfeld-Varnen, Solingen und Remscheid-Vennep-Wettmann spielt die Centrumpartei in diesem Bezirk eine dominierende Rolle. Der katholische Kerns benutzte seinen gewaltigen Einfluss nicht nur zur religiösen und politischen Verhinderung der katholischen Arbeiter, sondern auch zur Vorkotierung derjenigen Wirte, welche ihre Lokale zu socialdemokratischen Versammlungen hergeben. Die Polizei ist in diesen Fällen ein gefügiges Werkzeug der „christlichen“ Gewaltthäter. Aus diesen Gründen giebt es Wahlkreise, in denen wegen Lokalmangel noch nicht einmal die Abhaltung einer Gewerkschaftsversammlung möglich ist. Aus St. Louis wird die interessante, aber wenig erfreuliche Thatsache berichtet, daß sich außer der Geistlichkeit auch Mitglieder des niederrheinischen Weberverbandes damit befassen, unsren Genossen die Säle abzuziehen.

Ein äußerst wertvolles und vorzügliches Agitationsmittel bildete für uns die Brotwucher-Schwärmerie des Centrums. In allen Protestversammlungen wurde die verätherische Haltung des Centrums unter dem Vorwand der auch zahlreich erschienenen katholischen Arbeiter festgenagelt und die von uns eingebrachten Protestresolutionen meistens einstimmig angenommen.

Von den polizeilichen Verfolgungen ist außer der Saalabtreiber und Verhängung der Schanksperr während der socialdemokratischen Versammlungen noch die Verhängung von Strafmandaten über Flugschriften-Verteiler wegen „Störung der Sonntagstruhe“ zu erwähnen. In Düsseldorf, Varnen und Elberfeld wurden eine größere Anzahl Genossen, die in der Umgegend Flugchriften verbreiteten, jenseits der Polizei mit Geldstrafen bedacht und die Strafe auch vom Schöffengericht bestätigt. In zweiter Instanz wurden aber sämtliche Verurtheilte freigesprochen. Ob die nunmehr eines Besseren belehrte Polizei ihre sozialretterische Thätigkeit auf diesem Gebiete aufzieht, muß abgewartet werden. In M. Glabbach wurde der Textilarbeiterverband für einen politischen Verein erklärt und polizeilicherseits die Streichung der weiblichen Mitglieder gefordert. Das Schöffengericht erklärte das kuriose Verlangen für ungesetzlich.

Große Fortschritte waren bei den Stadtverordneten-Wahlen zu verzeichnen. In Remscheid wurden zum ersten Male vier Genossen gleich im ersten Wahlgang in den Stadtrat gewählt. In Varnen wurde ein Genosse in der Stichwahl gewählt, den andern drei fehlte nur eine geringe Stimmenzahl an der Majorität. In Elberfeld fehlte nur eine Stimme an dem Siege zweier Genossen. In Elberfeld stieg die Stimmenzahl von 400 auf 1000. —

Totenliste der Partei. In Frankfurt a. M. starb im Alter von 65 Jahren der Schuhmachermeister Adolf Ludwig Schneider, der schon seit dem Wirken Ferdinand Lassalles dem Allgemeinen Arbeiterverein bis zu dessen Auflösung und sodann den späteren Organisationen angehörte. In den 1860er und 70er Jahren wirkte Adolph Schneider sehr oft als Redner und auch noch unter dem Socialiengeiz war er für die Agitation thätig. In den beiden letzten Jahrzehnten trat er jedoch nicht mehr öffentlich auf, infolge dessen war er unter den jüngeren Genossen nur wenig bekannt. Aber er hielt unentwegt zu unsrer Sache und förderte sie im stillen. Unsrer Parteigenossen werden dem treuen Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren.

Bei den Wahlen zur Steuererschätzung in Wien wurden in drei Bezirken die socialdemokratischen Kandidaten gewählt. Gewählt wurde in 22 Bezirken.

Socialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In Biel, der bedeutenden Uhrenindustrie-Stadt im Kanton Bern, hat unsere Partei am Sonntag zwei sehr erfreuliche Wahlerfolge erzielt. Im zweiten Wahlgang wurden Genosse Rudolf Albrecht mit 1652 gegen 1489 Stimmen, welche der radikale Gegenkandidat, Notar Ruser erhielt, in den Kantonsrat (Landtag) gewählt und mit 1617 gegen 1581 der Uhrenarbeiter Böhler als Amtsgerichtsupplément. Da die bürgerlichen Parteien gemeinschaftlich vorgingen, unsere Genossen allein, so ist das weitere Ergebnis dieser Wahl die Feststellung, daß die Socialdemokraten in Biel die stärkste Partei sind und die Mehrheit haben. Es wäre nur zu wünschen, daß die Genossen immer dieselbe kräftige Parteidisziplin beibehalten, wie gestern.

Aus Industrie und Handel.

Die Börse stand in der vorigen Woche unter einer starken Hauffsbewegung. In der Eisenindustrie traten in den Aktien der maßgebenden Gesellschaften Kursrückgänge bis zu 18 Prozent ein, auch die Kohlenbergwerke machten eine verhältnismäßig lebhaftere Steigerung mit. Eine Erklärung im Hinblick auf die Geschäftslage konnte in der Kurzbewegung nicht gefunden werden, denn obwohl nach übereinstimmenden Meldungen in der Eisenindustrie größere Aufträge eingelaufen sind, fehlt demnach zu so optimistischen Aufwärtsbewegungen jede reale Unterlage. Die Gesamtlage des Marktes ist immer noch eine gedrückte, darüber können auch die mit großem Selbstbewußtsein vorgenommenen Preiserhöhungen für Halbfabrikate in der Eisenindustrie nicht hinwegtäuschen. Noch ungünstiger gestaltet sich die Lage des Kohlenmarktes. Die Einschränkung der Coalherzeugung um 43 Prozent, die milde Witterung die dem Abfall von Hausbrandkohle sehr ungünstig ist und das Anwachsen der Kohlenbestände sollten allein schon eine Verdrückung zu höherer Einschätzung der Werte ausschließen.

Man sprach schon von einem Zurückgehen des verloren gegangenen Vertrauens zu Industriewerten und hielt die schlimmste Zeit der Krise für überstanden. Die ganze Bewegung an der Börse war nur eine künstlich erzeugte, die Umkehr ist bereits eingetreten, die Kurse weichen wieder. Solche Vorgänge sind ein Zeichen der Unsicherheit in der Beurteilung der Lage. Daneben trat das Bemühen, das Kapital wieder zur Anlage in Industriewerten anzuregen, deutlich hervor, aber auf die Dauer läßt sich die Manipulation nicht aufrecht erhalten, die Spekulation brach kraftlos zusammen.

Wendet sich das Interesse vom Industriemarkt ab, so kehrt es jetzt mit größerem Eifer zu festen Anlagewerten, den Staatsanleihen zurück. Wie berichtet wird, ist die 300 Millionen-Anleihe gleich am ersten Tag stark gezeichnet, so daß man mit einer ganz beträchtlichen Ueberzeichnung rechnet. Was solche Ueberzeichnungen belegen wollen, weiß jeder, meist werden so große Beträge gezeichnet, um bei der Zuteilung einen größeren Betrag zu erlangen.

Die dreiprozentige Anleihe stieg gestern bis auf 90 1/2 auf, gelegentlich eine neue Emission zum Kurse von 89,80.

Eine Annäherung der Kohleisen-Syndikate. Zwischen den Düsseldorfer Kohleisen-Verbänden und dem ober-sächsischen Kohleisen-Syndikat scheint sich eine Verständigung anzubahnen, die auf eine Vereinbarung für gemeinsame Abgabegebiete hinführt. An maßgebender Stelle ist eine entsprechende Korrespondenz bereits ausgetauscht.

Die ober-sächsische Kohlenkonvention beschäftigt, am 1. April für Kohlenlohn nur den üblichen Sommerabschlag von 2 1/2 Pf. pro Centner einzutreten zu lassen. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit, den Preis für Industriekohlen unverändert zu lassen, wird voraussichtlich der Preisabschlag von 2 1/2 Pf. pro Centner, also von 5 M. pro Tonne, auch auf Industriekohlen ausgedehnt werden.

Das Ödhnische Brauhaus weist in seinem Geschäftsbericht für das Jahr 1901 gegen das Vorjahr einen Rückgang des Absatzes von 6000 Tonnen auf bei einem Gesamtabsatz von 161 880 Tonnen. Die Dividende wurde auf 10 Prozent in Vorschlag gebracht gegen 11 1/2 Prozent im Vorjahre. Der Rückgang in der Produktion hat bisher zu keiner Arbeiterentlassung geführt, auch will die Direktion dies noch Möglichkeit vermeiden.

schlich das in Arbeiterkreisen konsumierte Lagerbier, die teureren nach Münchener und Pfälzer Art gebrauten Biere wurden hiervon weniger berührt. Gewiß auch ein Zeichen, daß der Arbeiter bei der schlechten Geschäftslage genötigt ist, den Konsum von Bier einzuschränken.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Neuplättlerinnen! Die Lohnunterschiede bei der Firma Paul J. Saal, Jüdenstr. 63, sind bis vergangenen Sonntagabend nicht beigelegt worden. Sämtliche Plättlerinnen bis auf zwei, die gekündigt hatten, haben die Arbeit niedergelegt und sind diesmal fast alle anderweitig in Stellung getreten. Man annouciert jetzt im „Lokal-Anzeiger“ nach Plättlerinnen in und außer dem Hause. Wahrscheinlich beabsichtigt man damit die Heimarbeiterinnen ganz besonders heranzuziehen, um sie als Preisrücker der Fabrikarbeiterinnen gegenüber zu benutzen.

In ganzen sind sechs Plättlerinnen stehen geblieben, in der Meinung, dort eine dauernde Stellung zu haben. — Zugug ist noch fernzuhalten.

Deutsches Reich.

Die Arbeiterfrage für die Germania-Werke in Kiel erscheint in einem immer sonderbareren Lichte, wenn man erfährt, daß am Freitag voriger Woche auf der Germania-Werke 2000 z. B. Plagarbeiter entlassen worden sind. Sämtliche Leute sind verheiratet. Einer von ihnen war bereits 11 Jahre auf der Werk thätig. — Ferner liegt unsern Läden Parteiblatt ein Schreiben eines Meisters der Werk vom 10. Januar vor, in welchem derselbe einem Rieter auf Anfrage mitteilt, daß er keine Rieter gebrauchen könne.

Der Dank des Unternehmertums. Die Werk von Casar Wollheim in Breslau hat am letzten Sonntagabend 23 Mann entlassen, weitere Entlassungen sollen folgen. Unter den Entlassenen befinden sich eine Anzahl der Arbeitswilligen, die bei der Aussperrung der Verbandsmitglieder der Schiffbauer für die Firma in die Verdrückung sprangen.

Die Unterhandlungen der Glasarbeiter mit der Direktion in Birges sind völlig resultatlos verlaufen. Eine Einigung ist in keiner Weise zu erzielen gewesen. Die Verwahrung beharrt auf ihrem Standpunkt und will dasselbe Arbeitsverhältnis schaffen wie in Dresden. In Dresden sind aber die Löhne so niedrig, daß die Leute kaum existieren können. Für die am Sonntag stattgefundene Versammlung soll in Diez eine Compagnie Infanterie bereit gestanden haben. Der Exorzog war bereits in Birges gemeldet.

Die Düsseldorfer Steinarbeiter und Politure können auf einen hübschen Sieg zurückblicken. Sie waren mit der Groß-Rauvorsteiferei wegen Lohnunterschieden aneinandergeraten, die Arbeiter traten in den Ausstand und die Firma mußte der guten Organisation der Streikenden nachgeben. Die Forderungen der Arbeiter sind glatt bewilligt worden.

In der Gerbstoff-Fabrik von Lütgens in Bergedorf stellten die Säger und Raspler, sowie die Einfader die Arbeit ein, weil sie mit dem verdienten Lohn nicht im Stande sind, ihre Familie ernähren zu können. Verdient haben die Raspler und Säger in 60 Stunden 16,58 M., die Einfader in derselben Zeit 12,59 M. Die Kundstündigen verlangen, entweder in Tagelohn zu arbeiten, oder die Accordfäge sollen erhöht werden.

Mit den Differenzen im Steinehewerke zu Leipzig beschäftigte sich dieser Tage das dortige Gewerbergericht. Die Arbeitgeber beabsichtigten nach Ablauf der bisherigen Vereinbarung den Lohn von 60 auf 55 Pfennig pro Stunde herabzusetzen und die Arbeitszeit Sonntagabends um eine Stunde zu verlängern. Das Einigungsamt schlug einen Mindestlohn von 57 Pfennig vor und Verbeibehaltung des Jahrlohnabschlusses am Sonntagabend unter Verrechnung der wöchentlichen Arbeitszeit. Das Schiedsgericht soll bis Ende 1903 Gültigkeit haben. Die Arbeitgeber nahmen diesen Vorschlag an und versprachen in diesem Sinne in der Jänner wirken zu wollen, während seitens der Arbeiter erst eine demnächst stattfindende Steinehewer-Versammlung Stellung zu diesem Vorschlag nehmen wird.

Die Wurfabrikanten in Eisenberg i. Th. wüthen in jüngster Zeit wieder einmal mit ganz besonderer Heftigkeit gegen die Gesellen-Organisation, den Centralverband. Sie haben ausgemacht, keine Mitglieder des Centralverbandes mehr beschäftigen zu wollen. An der Durchführung dieses Beschlusses hat es bis jetzt auch nicht gefehlt, denn die in den Werkstätten dieser „arbeiterfreundlichen“ Unternehmer Beschäftigten haben sich feierlich vom Verband losgerissen und hierüber eine schriftliche Erklärung abgegeben oder die Arbeit verlassen müssen. „Hädelstücker“ sind überhaupt nicht mehr in Beschäftigung behalten worden. Neueintretende werden einem hochnotpeinlichen Verdrück unterzogen und müssen den Verband gleichfalls abschweifen. Gelegentlich einer vor kurzem abgehaltenen Gesellenversammlung wurde den Gesellen sogar bedeutet, dieselbe zu meiden, widrigenfalls sie entlassen würden. In dieser Art und Weise wird also hier die junge Organisation der Fleißer-Gesellen von solchen Arbeitgebern bekämpft, die ihre Abgabegebiete hauptsächlich in Arbeiterkreisen haben. Leider ist der Gesellenverband noch nicht so widerstandsfähig, um hiergegen energisch anzukämpfen zu können, früher oder später werden diese Herren Fabrikanten aber ernten, was sie jetzt säen haben, denn die Organisation der Schläger-Gesellen macht allenthalben täglich Fortschritte, so daß die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt.

Ausland.

Der Schweizerische Metallarbeiter-Verband hält am 28. und 29. März in Bern seine Delegierten-Versammlung ab, die sich in der Hauptsache mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung nach dem Vorbild des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und mit der Herausgabe eines eignen Verbandsorganes zu beschäftigen haben wird. Die Arbeitslosen-Unterstützung soll in folgender Weise geregelt werden: 1. Jahr Karenzzeit und dann eine tägliche Unterstützung von 1 Fr. für die Dauer von 42 Tagen, nach 2-jähriger Mitgliedschaft eine tägliche Unterstützung von 1,20 Fr., nach 3-jähriger von 1,40 Fr., nach 4-jähriger von 1,50 Fr. und nach 5-jähriger von 1,80 Fr. In Bezug auf die projektirte Herausgabe eines eignen Verbandsorganes ist der in Bern domizillierte Centralvorstand ebenso läßt wie ursprünglich vorgegangen, indem er einfach eine Probe Nummer unter dem Titel „Schweizer Metallarbeiter-Zeitung“ herausgab und sie zur Veröffentlichung der für den Verbandstag bestimmten Vorlagen benutzte. Es wird vorgeschlagen, das Blatt alle vierzehn Tage erscheinen zu lassen und allen Verbandsmitgliedern zuzustellen. Dafür sowie zur Deckung der Kosten der Arbeitslosen-Unterstützung soll der jetzige Monatsbeitrag von 60 Cts. auf 1,20 Fr. erhöht bzw. ein Wochenbeitrag von 30 Cts. eingeführt werden.

Wieder etwas von der „katholischen Sociologie“ in der Schweiz. Die christliche Vereinsbuchhandlung in Zürich beschäftigt in ihrer Druckerei 5 Gehilfen und 3 Lehrlinge und weigert sich, den Tarif der Typographie anzuerkennen. Wahrscheinlich wird die Differenz zwischen den hier gezahlten Löhnen und den Tariflöhnen später im Himmel ausgeglichen, was für die christlich-sociologische Druckerei ein lächerlicher Vorteil ist.

Der Streik der Weber in Enschede (Holland). Die Fabrikanten haben am Sonntagabend durch Anschlag bekannt gegeben, daß, falls die Dedamweber der Firma Van Heel die Arbeit nicht bis zum 1. Februar wieder aufgenommen haben, sämtliche Fabriken geschlossen werden sollen. Der Streik, der jetzt 160 Arbeiter umfaßt, würde dadurch auf 2600 ausgedehnt werden. —

Der Streik der dänischen Dampfschiffgeizer. Die Generalversammlung des Gesamtverbandes der Gewerkschaften, die sich aus den Vorständen der Centralverbände und je einem Vertreter der lokalen Vereine zusammensetzt, hat am Sonntag die Haltung des Ausschusses hinsichtlich des Geizerstreiks gutgeheißen und dem Ausschuss die Befugnis erteilt, alle die Schritte zu unternehmen, die zur Erzielung eines annehmbaren Uebereinkommens der Geizer mit den Reedern notwendig erscheinen. — Als am Freitag der Dampfer

„Biona“ von Göteborg nach Kopenhagen mit 20 schwedischen Streikbrechern an Bord abgehen sollte, hatten sich ca. 600 Menschen am Hafen versammelt, um gegen die Streikbrecher zu demonstrieren. — Am Sonntag kam der Dampfer „Ricaria“ mit 74 englischen Geizern, die dazu ausereichen waren, Streikbrecherdienste zu leisten, in Kopenhagen an. Man hatte ihnen nicht mitgeteilt, daß in Dänemark gestreikt wird. Als sie das aber unterwegs erfuhren, hielten sie im großen Lastrum des Schiffes eine Versammlung ab und beschloßen, ihren Dienst nicht anzutreten, sondern in Kopenhagen aus Land zu gehen. Das Schiff legte jedoch nicht am Vortwerk, sondern in der unruhigen Rede an und der größte Teil der Engländer wurde nach den beiden zu Streikbrecher-Gebergen eingerichteten Schiffen gebracht; 10 von ihnen erklärten jedoch, daß sie lieber ins Gefängnis gehen, als Streikbrecher werden wollten, so daß sie schließlich aus Land gebracht wurden. Die übrigen sind meistens Leute, die noch keine Seefahrt mitgemacht hatten. Thomas Conley, derjenige unter den Engländern, der die Agitation auf dem Schiffe leitete, hat sich an den englischen Konsul in Kopenhagen um Schutz für die unter falschen Vorspiegelungen angeworbenen Landsleute, von denen bereits vier verhaftet wurden, gewandt. Der Konsul hat versprochen, für die Geizer zu thun, was er vermöge. — Conley versuchte dann später mittels Ruderboots an die Streikbrecher-Schiffe heranzukommen, um mit seinen Landsleuten nochmal zu reden. Diese waren aber so gut verwahrt, daß er ihrer nicht habhaft werden konnte, und da von einem der Schiffe die Hafenspolizei herbeigerufen wurde, mußte er sein Vorhaben aufgeben. — Der Vorstand des Dänischen Schiffsgeizer-Verbandes will bei dem Justizminister Alberti Beschwerde über die Behandlung der ausländischen Geizer durch die Reeder einreichen und den Minister auffordern, einzuschreiten, wenn es erwiesen wird, daß die Reeder Ausländer unter falschen Vorspiegelungen einstellen. —

Der Streik der Eisengießer von Florenz nimmt an Umfang zu; es haben sich ihm die Dreher, Schloffer usw. angeschlossen. Diefelben gehören alle dem italienischen Metallarbeiterverband an. Die Kommunalbehörden von Florenz hatten versucht, eine Einigung herbeizuführen; die Unternehmer hatten jedoch die Vermittlung des Bürgermeisters zurückgewiesen.

Die Gefahr eines Ausstandes der italienischen Eisenbahnbediensteten ist nach einem Telegramm des „Bureau Herald“ aus Rom nunmehr beseitigt.

Sociales.

Die Steigerung der städtischen Grundrente.

In der Uebersicht über die Ergebnisse der preussischen Einkommenssteuer-Veranlagung wird für die Einkommen über 3000 M. das Einkommen nachgewiesen. Danach stammte in diesen Klassen aus städtischem Grundbesitz ein Gesamt-Einkommen von:

| Jahr | 3000 bis 4000 M. | 4000 bis 5000 M. | 5000 bis 6000 M. | 6000 bis 7000 M. | 7000 bis 8000 M. | 8000 bis 9000 M. | 9000 bis 10000 M. |
|------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|
| 1892 | 380 | 380 | 380 | 380 | 380 | 380 | 380 |
| 1893 | 389 | 389 | 389 | 389 | 389 | 389 | 389 |
| 1894 | 393 | 393 | 393 | 393 | 393 | 393 | 393 |
| 1895 | 409 | 409 | 409 | 409 | 409 | 409 | 409 |
| 1896 | 426 | 426 | 426 | 426 | 426 | 426 | 426 |
| 1897 | 448 | 448 | 448 | 448 | 448 | 448 | 448 |
| 1898 | 471 | 471 | 471 | 471 | 471 | 471 | 471 |
| 1899 | 505 | 505 | 505 | 505 | 505 | 505 | 505 |
| 1900 | 546 | 546 | 546 | 546 | 546 | 546 | 546 |
| 1901 | 576 | 576 | 576 | 576 | 576 | 576 | 576 |

Die Steigerung beträgt in den 10 Jahren 187 Millionen Mark, das sind 48 Prozent. In den Zahlen ist nicht das ganze Einkommen aus städtischem Grundbesitz nachgewiesen, da es solche Einkommen auch unter 3000 M. giebt; andererseits ist darin auch Grundbesitz enthalten, der nicht Wohnzwecken dient. Man wird also aus den Zahlen weder auf die Gesamthöhe des Einkommens aus städtischem Grundbesitz, noch auf die Gesamthöhe des Hausungstrübns einen zutreffenden Schluß ziehen können. Immerhin wird man aus der Steigerung der angegebenen Einkommenssummen den Schluß ziehen können, daß sie umänder der Steigerung des Tributs entspricht, den die Wohnungsmieter in den Städten an die städtischen Hausagrarier zahlen müssen.

In der Zeit ist auch die Bevölkerung der Städte gewachsen, es ist also mehr städtischer Boden zu Wohnzwecken verwendet worden. Wie groß dieses Wachstum ist, läßt sich noch nicht genau angeben, weil für die Jählung von 1900 die Scheidung nach Stadt und Land noch nicht vorliegt. Doch ist z. B. die Bevölkerung Berlins von 1890 zu 1900 um noch nicht ganz 20 Prozent gewachsen und stärker wie das Wachstum Berlins ist das Wachstum der gesamten städtischen Bevölkerung Preussens keinesfalls, eher geringer.

Die Differenz zwischen der Steigerung der städtischen Bevölkerung und der Steigerung des mitgeteilten Einkommens aus städtischem Grundbesitz giebt einen angenehmeren Begriff von der Steigerung, den die Wohnungsmieter im ganzen Staate in dieser Zeit erfahren haben und von dem Profit, der den Besitzern des städtischen Grund und Bodens in 10 Jahren mühelos in den Schoß gefallen ist.

Zur Regelung der Kinderarbeit. Die Nordd. Allg. Itg.“ erklärt, daß die kürzlich als offiziös veröffentlichten Angaben über den Inhalt des dem Bundesrat zugegangenen Gesetzentwurfs nicht weiter als ein Auszug aus einigen früher veröffentlichten Artikeln dieses Blattes seien. Diese Artikel enthielten nur die Vorschläge, die das Reichsamt des Innern unter Zugiehung preussischer Ministerien seiner Zeit für die gesetzliche Regelung der Materie gemacht habe. Man wird sich also noch einige Zeit gedulden müssen, ehe man den Inhalt des endgültigen Gesetzentwurfs erfährt. Daß er wesentlich von den Vorschlägen des Reichsamts des Innern abweichen werde, ist indes nicht anzunehmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wesentliches, 22. Januar. (W. Z. B.) Auf dem hiesigen Bahnhof entgleiten heute früh eine Lokomotive und mehrere Wagen eines Kohlenzuges. Hierbei wurde ein Bahnbeamter getötet und ein anderer leicht verletzt.

Münster, 22. Januar. (W. Z. B.) (Amtliche Meldung.) Die Gleisverengung der Weidenern war durch Engleisung dreier Güterwagen des Güterzuges Nr. 9527 infolge Bandagenbruchs entstanden. Die Schnellzüge 91 und 96 hatten hierdurch 106 bzw. 68 Minuten Verspätung.

Frankfurt a. M., 22. Januar. (W. Z. B.) Der Frankfurter Zeitung wird aus Kassel gemeldet, daß der Konkursverwalter im Konkurs der Treber- und Zuckergewerkschaft, Justizrat Trier, sowie der gesamte Gläubiger-Ausschuß ihre Kempter niedergelegt haben.

Stuttgart, 22. Januar. (W. Z. B.) Zur Frage des Briefmarken-Abkommens zwischen Württemberg und dem Reichs-Postverwaltung wurde seitens des Ministers des Reichs-Postverwaltung, Freiherrn von Soden, in der Finanzkommission heute die Mitteilung gemacht, daß die Reichs-Postverwaltung keine Einwendungen gegen den Anspruch der Städte, an diesem Abkommen mitzuwirken, zu machen habe. Hierauf wurde der Antrag, das Abkommen anzunehmen, gegen die Stimmen des Centrums angenommen.

Rom, 22. Januar. (W. Z. B.) In Albanien ist die Lage sehr ernst. Der Sultan ließ, wie hierher gemeldet wird, Osman Bey und elf albanische Führer, die verdächtig sind, Beziehungen zu Jungtürken unterhalten zu haben, ins Gefängnis werfen.

Hongkong, 22. Januar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Auf einem Passagierboote, welches am 19. d. M. von einem englischen Schlepddampfer auf dem Westflusse zwischen Dossing und Sainam geschleppt wurde, hatten sich zwölf Räuber eingeschmuggelt, die während der Fahrt begannen, die Passagiere auszuplündern. Ein Boot, welches zu Hilfe eilte, nahm sechs Räuber gefangen, die andern sechs gelangten an Bord des Schlepddampfers, überwältigten dessen Mannschaft, verließen dann den Schlepddampfer wieder und nahmen zwei Leute der Besatzung des Bootes mit sich; dem zurückbleibenden Teile der Besatzung sagten die Räuber, die Behandlung der von ihnen fortgeführten Geiseln werde von der Befreiung abhängen, welche den gefangenen Räubern werde zu Teil werden.

Reichstag.

124. Sitzung vom Mittwoch, 22. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Reichskanzler Graf v. Bülow. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Etats. Die Beratung beginnt mit dem Etat des Reichstags. Abg. Gamp (Sp.) bringt die Wegeverhältnisse in der Umgegend des Reichstags zur Sprache. Besonders der Weg vom Tiergarten zum Reichstag sei bei Schneefall unpassierbar. Sollten es die Finanzen des preussischen Staates nicht gestatten, für die Anlage von Trottoirs auf dieser Strecke zu sorgen (Heiterkeit), so übernimmt vielleicht der Reichstag diese Ausgabe. (Oho! links.) Durch Nichtbewilligung von Däten für die Abgeordneten wird ja eine große Summe erspart. (Heiterkeit.) Redner bittet ferner den Präsidenten, dafür zu sorgen, daß die Abgeordneten bessere Plätze in den Theatern erhalten als bisher.

Präsident Graf v. Ballestrem: Ich habe von den Anregungen Notiz genommen und werde das Entsprechende zu veranlassen suchen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beklagt sich über das häufig ungenießbare und nicht verdauliche Essen in der Restauration des Reichstags.

Abg. Paus (Ober-Varnim, L.) erklärt im Gegenzug zum Vordredner, mit dem Essen durchaus zufrieden zu sein. (Heiterkeit.)

Präsident Graf v. Ballestrem verweist den Abg. Müller-Sagan auf den Beschwerdebrief, der im Restaurant des Reichstags anliegt. Der Etat des Reichstags wird hierauf bewilligt. Es folgt der Etat des Reichskanzlers.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.):

Der Herr Reichskanzler hat im Abgeordnetenhaus erklärt, daß er die Verfassung als Vadamecum mit sich führe. Ich nehme an, daß diese verfassungsrechtlichen Studien des Reichskanzlers sich nicht nur auf die preussische, sondern auch auf die Reichsverfassung beziehen. In dieser Verfassung ist von der Gleichberechtigung des Reichstags und des Bundesrats die Rede und von der Berechtigung des Reichstags, Initiativ-Anträge zu stellen. Es besteht nun aber seit langer Zeit eine Anomalie im Verhältnis zwischen Reichstag und Bundesrat, durch die die Parität zwischen Bundesrat und Reichstag aufs gründlichste verletzt wird. So oft nämlich der Reichstag, was verhältnismäßig selten der Fall gewesen ist, von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, Initiativanträge zu stellen, ist er vom Bundesrat fast stets in einer Weise behandelt worden, die der Gleichberechtigung dieser beiden Faktoren nicht entspricht. Bei den Schwerksteinen ist fast nie ein Vertreter des Bundesrats anwesend, wird ein Initiativantrag in die Kommission geschickt, so ist auch dort nie ein Beauftragter des Bundesrats zu sehen, und findet schließlich der Initiativantrag Annahme, so wird er fast regelmäßig abgelehnt und zwar stets ohne Angabe von Gründen. Wöhm dieser Mißhandlung führt, geht daraus hervor, daß vor kurzem die Nachricht durch die Presse ging, das Centrum wolle im Reichstag eine besondere Interpellation einbringen, um die Stellung der Regierung zur Aufhebung des Jesuiten-Gesetzes zu erfahren. Ebenso hat der Reichstag wiederholt einstimmig den Beschluß gefaßt auf Bewilligung von Däten, und selbst die beschiedene Forderung auf Ausdehnung des Rechtes der freien Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten ist vom Bundesrat abgelehnt worden. Schließlich möchte ich mich auch noch direkt an den Herrn Reichskanzler als Hüter und Wächter der Verfassung wenden. Das Wahlgeheimnis ist einer der wesentlichsten Grundsätze unserer Verfassung. Wie dasselbe aber durchbrochen wird dadurch, daß eigenartige Stimmzettel, vor allem von den konservativen Wahlkomitees, hergestellt werden, darüber haben wir gestern eingehend debattiert.

Wir haben bereits vor langer Zeit einen Initiativantrag eingebracht, der auch vom Reichstag nahezu einstimmig angenommen wurde und amtliche Couverts für die Wahlzettel sowie Isolierräume zur Vornahme der Wahl im Wahllokal verlangt. Diesen Antrag brachte der Bundesrat nur anzunehmen. Bisher hat er ihn aber stets verworfen, und wir haben den Antrag von neuem einbringen müssen. Ich erwarte, daß der Herr Reichskanzler als Leiter der Geschäfte des Bundesrats seinen Einfluß dahin geltend macht, daß dieser Antrag nunmehr angenommen wird. In Amerika, Norwegen und andern Ländern bestehen seit langem derartige Einrichtungen zum Schutze des Wahlgeheimnisses.

Ferner möchte ich den Herrn Reichskanzler ersuchen, dahin zu wirken, daß alles vermieden werde, was unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika trüben könnte.

Angesichts des Umstandes, daß man vielfach mit einem Zollkrieg mit Amerika isoliert, wird es nicht immer leicht gewesen sein, diese freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Nicht nur für die Interessen Deutschlands, sondern für seine ganze internationale Stellung ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß bei der Ausübung der Reife des Bräutigams Heinrich nach Amerika sich so außerordentliche Sympathie für Deutschland dort zeigen; die wirtschaftliche Bedeutung Amerika und seine Arbeit für die Kultur sollte nicht unterschätzt werden. Ich hoffe, daß diese guten Beziehungen stets mit Eifer werden gepflegt werden. (Bravo! links.)

Reichskanzler Graf v. Bülow:

Gegenüber den Ausführungen des Herrn Vordredners muß ich betonen, daß ich mir meiner Pflicht voll bewußt bin, daß bei den Wahlhandlungen die bestehenden Gesetze auf das schärfste beobachtet werden. Wenn bei den Wahlvorgängen, die der Abg. Barth erwähnte, die bestehenden Gesetze irgendwie verletzt sind, so wird selbstverständlich Remedur eintreten. Einer Abänderung der Wahlvorschriften im Sinne des Herrn Barth bin ich allerdings nicht in der Lage zuzustimmen. (Murmur links. Zustimmung rechts.)

Herr Dr. Barth hat dann weiter berührt die Stellung der Regierung gegenüber Initiativanträgen aus diesem hohen Hause. Gegenüber diesen Ausführungen muß ich für die verbündeten Regierungen das Recht wahren, nach eigenem Ermessen zu entscheiden, ob und in welcher Weise sie sich vertreten lassen wollen bei den Verhandlungen über Initiativanträge in diesem hohen Hause. (Murmur links. Zustimmung rechts.) Dieser Grundtag ist vom Kaiserlichen Reichstag aufgestellt worden, dem Schöpfer der Reichsverfassung und ich als Reichskanzler habe die Pflicht, die Rechte der verbündeten Regierungen in dieser Beziehung nicht beschneiden zu lassen. Wenn ich gewiß auch durchdringen bin von der Ueberzeugung, daß die Parität zwischen Reichstag und Reichsregierung erhalten bleiben muß, so wird Herr Dr. Barth doch nicht bestritten können, daß schon manche Vorlage der verbündeten Regierungen nicht angenommen worden ist von diesem hohen Hause (Heiterkeit) und daß daher auch die verbündeten Regierungen in der Lage sein müssen, einem Initiativantrage aus dem Hause gegenüber zu entscheiden, ob sie ihm nicht oder doch nicht zustimmen wollen.

Ich danke dem Herrn Vordredner für die Art und Weise, wie er unsere Beziehungen zu Amerika hier behandelt hat, doch bitte ich ihn, die Schwierigkeiten nicht zu überschätzen, die durch die Art, wie wir unsere Wirtschaftspolitik betreiben, hervorgerufen werden können. (Sehr richtig! rechts.) Vor 5 Jahren habe ich bereits grundsätzlich angesprochen und zwar unter der Zustimmung des hohen Hauses, daß wir von dem Wunsche erfüllt sind, auf der Basis voller Gegenseitigkeit und gegenseitiger Achtung die traditionellen guten Beziehungen aufrecht zu erhalten, die uns mit

Amerika verbinden. Ein Ausdruck dieser Beziehungen ist die Reife des Bräutigams unseres Kaisers und ich bin überzeugt, daß der Empfang, den er finden wird, den Gefühlen zweier großen Nationen entsprechen wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Dabach (C.):

Der Reichskanzler ist verpflichtet, dem Reichstag zu Hilfe zu kommen, wenn die Wahlen unter Uebelständen leiden, die ihre Ursache haben im Wahlgesetz und im Wahlreglement. Bei Gründung des Deutschen Reiches war man einig, daß man eine geheime Wahl den Wählern garantieren wollte. Alle Wahlsprüche aber zeigen uns, daß die geheime Wahl nicht garantiert ist. Der Reichskanzler ist mit großer Vorsicht an allen Umständen vorbeigegangen, die Abgeordneter Barth genannt hat. Das Wahlgeheimnis muß nach den Vorschlägen des Reichstages geschützt werden. Wenn der Bundesrat das nicht thun will, so bedaure ich sein mangelhaftes Verständnis. (Große Heiterkeit.) Vielleicht treibt die Neugier einige Mitglieder des Bundesrates an, wenigstens Kenntnis von den statistischen Berichten zu nehmen (Heiterkeit), die über die Verhandlungen berichten, die wir über den Schutz der Wahlfreiheit geführt haben. Der Reichstag hat noch keine Silber erfahren über die Gründe, weshalb der Bundesrat das Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit abgelehnt hat. Ebenso wenig hat der Herr Reichskanzler nichts über die Däten gesagt. Will man denn durch die Nichtgewährung von Däten erklären, daß der Reichstag minderwertig sei gegenüber den Herren vom Bundesrat, die recht hohe Gehälter erhalten, daß er nicht einmal den ortsüblichen Tagelohn verdient? (Große Heiterkeit.) Wir wollen gewiß nicht die Obstruktion, aber wenn die Regierung die Obstruktion gegen den Zolltarif verhindern will, dann ist die Nichtgewährung von Däten das aller schlechteste Mittel dazu. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Singer (Soz.):

Der Herr Reichskanzler sagte, er müsse für den Bundesrat das Recht in Anspruch nehmen, selbst zu entscheiden, ob er sich bei den Beratungen des Reichstages vertreten lassen wolle oder nicht. Der Herr Reichskanzler vertritt doch aber die Ansicht, daß der Reichstag verpflichtet sei, auf den Bundesrat Rücksicht zu nehmen. Dann wird er auch zugeben müssen, daß der Bundesrat seinerseits verpflichtet ist, auf den Reichstag nicht nur Rücksicht zu nehmen, sondern zum wenigsten den Geboten der einfachen Höflichkeit nachzukommen. (Sehr richtig!) Hätte man gewagt, daß der Reichstag derartig als quantitativ nehmigable vom Bundesrat behandelt würde, hätte man sicher seiner Zeit eine Bestimmung getroffen, die den Bundesrat verpflichtet, auch bei Verhandlungen über Initiativanträge zugegen zu sein. Aber die ganze Behandlung des Reichstages charakterisiert sehr deutlich, welche Stellung die Volkvertretung in den Augen der Regierung einnimmt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) daß sie und auch der jetzige Herr Reichskanzler den Reichstag nur als notgedrungene Erscheinung im öffentlichen Leben betrachten und es am liebsten sehen würde, wenn er gar nicht da wäre. Es war charakteristisch, daß, als Herr Dabach behauptete, daß der Reichstag das Wahlrecht nicht allein abändern könne, von der Rechten „Sehr richtig!“ gerufen wurde. Wie Sie (nach rechts) das Wahlrecht ändern würden, wissen wir ja genau. Sie würden das allgemeine geheime Wahlrecht überhaupt abschaffen, oder wenn Sie gar ein Wahlrecht, wie das, auf Grund dessen das preussische Abgeordnetenhaus gewählt ist, belassen, dann würde Ihr und wohl auch der Regierung Widerstand gegen die Däten sofort gebrochen sein. Ich meine also, der Herr Reichskanzler hatte durchaus kein Recht, sich einfach hinter die formalen Einwände zu verschließen. Wenn er dafür sorgen will, daß den Gesetzen nachgekommen wird, dann muß er auch dahin kommen, Gesetze, die sich als zur Wahrung des Wahlgeheimnisses unzulänglich erweisen haben, entsprechend abzuändern. Was nützt es, wenn, wie er sagte, bei Gesetzesbretterungen Remedur geschaffen wird. Wenn auch das Gesetz in gräßlicher Weise verletzt wird, so gibt doch der gewählte Abgeordnete drei oder vier Jahre hier und läßt alle Rechte eines Volksvertreters aus, noch drei oder vier Jahren bekommt dann ein Landrat einen kleinen Häffel, beim nächsten Ordensfest aber erhält er einen Orden und wird so bald wie möglich in eine höhere Stelle versetzt. Die Verhandlung der Wahlprüfungs-Kommission zeigen, daß in den großen Industriezentren, und vor allem im königlichen Sachsen, das in solchen Dingen immer an der Spitze marschiert (Heiterkeit), kein Parteilager gegenüber der Wahlfreiheit so verletzt wird, wie der Sozialdemokratie gegenüber. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und das geschieht, davon bin ich überzeugt, unter dem allerdings nicht ausgesprochenen Veisfall der maßgebenden Regierungsstellen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf v. Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, daß Verletzungen der Gesetze sich des Veisfalls der maßgebenden Regierungsstellen erfreuen. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Abg. Singer (fortfahrend):

Es ist eine Tatsache, daß die Arbeiter, die die Wahlfreiheit besonders gebrauchen, darin außerordentlich verletzigt werden. Die Unternehmer in den Industriezentren treffen Einrichtungen, die die Wahlfreiheit vollständig aufheben. Kolonnenweise müssen die Arbeiter mit dem Stimmzettel antreten. Strenge Aufsicht wird geübt, daß der Stimmzettel nicht noch heimlich vertauscht werden kann. Das ist geradezu ein Hohn auf die Wahlfreiheit. Da sollte man nicht davon sprechen, daß der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommt. Man sollte meinen, daß man diese Frage nicht zu einer Parteisache zu machen braucht. Alle Parteien haben ein Interesse an der Wahlfreiheit. Wie aber die Dinge sich in Deutschland angebahnt haben, sind es gerade die Oppositionsparteien, die unter dem geltenden Wahlreglement zu leiden haben. Die Wahlbeeinflussungen der Beamten richten sich ausschließlich gegen sie. Gegen das Centrum spielt der Verwaltungsdapparat nur noch in seltenen Fällen, gegen die Freikämpfer und besonders in ländlichen Wahlkreisen alles aufgeboden, vom Minister bis zum Nachtwächter brav. (Heiterkeit.) Am schwersten aber wird die Sozialdemokratie in der Ausübung des Wahlrechts geschädigt. Wenn in meiner Partei nicht glücklicherweise so gewaltige Opferwilligkeit und Energie vorhanden wäre, so würden wir bei den Anstrengungen der Beamten und der Unternehmer lange nicht in so großer Zahl hier sitzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Schutz der Wahlfreiheit, wie er vom Reichstag beschlossen worden ist, ist ja gar nichts Neues. In den Ländern, die Wert darauf legen, nicht nur Kulturländer zu heißen, sondern auch Kulturländer zu sein, sind solche Einrichtungen bereits getroffen. Auch die Einzelstaaten, wie Baden und Württemberg haben sie eingeführt, während ja eigentlich das Reich Vorbildlich sein sollte für die Erweiterung der nötigen Rechte. Ich will noch nicht ganz verzweifeln an der Willfährigkeit des Reichstages, die Verhältnisse des Reichstages doch etwas mehr zu besorgen als bisher. Der Reichskanzler hat wiederholt die Notwendigkeit des Einverständnisses des Reichstages mit der Reichsregierung betont. In vielen wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Fragen wird eine solche Uebereinstimmung sehr schwer zu erzielen sein, es sei denn eine andere als die gegenwärtige Regierung und beschließen. In einer Frage aber, in der der ganze Reichstag, wenigstens in seiner großen Mehrheit, einig ist, in der Wahlrechtsfrage, sollte der Reichskanzler sich aufpassen, dafür zu sorgen, daß der Wille des Volkes durch die Gesetzgebung zur Wahrheit

werde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben die Zeit, die wir auf die Diskussion dieser Frage heute hier verwandt haben, nicht zu bedauern. Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, dem Reichskanzler Auge in Auge zu sagen, was den Reichstag zu wiederholten Malen bei Abwesenheit eines Vertreters des Bundesrats beschäftigt hat.

Reichskanzler Graf v. Bülow:

Dem Herrn Vordredner gegenüber möchte ich kurz noch einen Gesichtspunkt hervorheben. Wenn die verbündeten Regierungen auf eine Abänderung des Wahlgesetzes eingingen, dann würden in dieser Richtung doch sehr viele anders gartete Wünsche vorliegen, die dem gleichfalls zur Erledigung kommen müßten. Sie werden es begreiflich finden, wenn die verbündeten Regierungen es sich dreimal überlegen, bevor sie eine so schwierige und kritische Materie ansprechen (Gört! hört!), während sie sich bisher von dem Grundtag leiten ließen: quiesca non movere. (Zustimmung rechts. Murmur links.) Das bestehende Wahlgesetz und Wahlverfahren ist doch nicht so traurig, wie die beiden Vordredner es hingestellt haben, da es doch einen so ausgezeichneten und stattlichen Reichstag hervorgebracht hat. (Heiterkeit und Murmur links.) Was die Frage der Gewährung von Däten anlangt, so weise ich darauf hin, daß die bestehende Dätenlosigkeit der verfassungsmäßige Zustand ist. Fürst Bismarck hat die Dätenlosigkeit in die Verfassung eingeführt als Voraussetzung, als Korrelat für die Einführung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts. (Sehr richtig! rechts.) Es mag eine offene Frage bleiben, ob es politisch oder unpolitisch, ob es zweckmäßig oder nicht zweckmäßig ist, die bestehende Dätenlosigkeit aufrecht zu erhalten. Daraus aber, daß die verbündeten Regierungen diesen verfassungsmäßigen Zustand erhalten, kann ihnen doch billigerweise ein Vorwurf nicht gemacht werden. (Beifall rechts.)

Abg. Waffermann (natl.):

Wir müssen verlangen, daß bei Verhandlungen von Initiativanträgen der Bundesrat durch Kommissare vertreten ist. In dem bisherigen Verfahren haben auch meine Freunde eine gewisse Nichtachtung der Thätigkeit des Reichstages erblickt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Gleichfalls können wir es nicht billigen, daß die Antwort auf von uns mit großer Mehrheit angenommene Anträge oft jahrelang auf sich warten läßt und schließlich noch ohne Angabe von Gründen erfolgt. — Die Gründe des Herrn Reichskanzlers zur Nichtgewährung von Däten waren nicht stichhaltig. Es ist bedauerlich, daß man diese Frage nicht vor der Beratung des Zolltarifs erledigt hat. — Für eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses treten auch wir entschieden ein, der Wunsch nach besseren Bestimmungen auf diesem Gebiete ist im Reichstag fast allgemein.

Abg. Dertel (L.):

Auch wir stehen vollkommen auf dem Boden der Verfassung, wir können aber in der Stellung, die der Herr Reichskanzler eingenommen hat, keine Verletzung der Verfassung oder auch nur eine Schmäde gegen den Geist der Verfassung erblicken. Der Bundesrat hat das unbestrittene Recht, Initiativanträge des Reichstages abzulehnen. Wünschener wäre es ja, wenn der Bundesrat uns die Gründe für seine Ablehnung mitteile. Der Reichstag hat ja aber das verfassungsmäßige Recht, Aufklärung im Wege einer Interpellation zu verlangen. — Als der Bundesrat übrigens unseren Antrag auf Aufhebung der gemischten Transitlager ablehnte, hat die Presse der Linken die Regierung wegen ihrer Einsicht gelobt. (Gört! hört! rechts.) — Wenn man von Unhöflichkeit des Bundesrats gesprochen hat, so erinnere ich nur daran, daß der Reichstag das Beispiel des Arbeitswilligen-Gesetz auf eine Weise verabschiedet hat, die von der Linken als Verschönerung, als Begründung letzter Güte bezeichnet wurde. (Sehr richtig! rechts.) Das Wahlgesetz, das noch heute den Belangen des Letztgesetzten führt (Murmur links), halte ich mit der Würde des Reichstages für nicht vereinbar. (Große Murmur links.) Die Ansichten über Würde sind eben verschieden. (Sehr richtig! links.) Was übrigens die Klagen über die Stimmzettel betrifft, so ist es doch klar, daß je mehr verschiedene Formate von Stimmzetteln es gibt, desto schwerer die Kontrolle der Wähler wird. (Stürmische Heiterkeit links.) Die Anwesenheitsgelder würden ja auch von positiven Parteien zu gute kommen, ich sehe sie aber nicht wie Herr Dabach als Entlohnung der Abgeordneten für ihre Thätigkeit an. Unsere Arbeit ist, wenn auch nicht unbezahlbar, so doch so wichtig, daß sie nicht hoch genug bezahlt werden kann. (Stürmische Heiterkeit und Zustimmung links.) — Für Anwesenheitsgelder als Entschädigung für die Mehrkosten des Aufenthaltes in Berlin sind auch meine Freunde. Ich weiß aber nicht, woraus man schließlich, daß meine politischen Freunde geneigt wären, gegen das Einkommen der Däten das Erstgebührenrecht des allgemeinen, freien Wahlrechts hinzugeben. Die Weisheit meiner politischen Freunde ist nicht gewillt, das freie, gleiche Wahlrecht irgendwie preiszugeben; von dem jetzt dem Reichstag angehörenden Konservativen hat sich meines Wissens niemand gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht ausgesprochen. Nur darauf ist Bezug zu nehmen, nicht auf irgendwelche Meinungen in der Presse.

Auf die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu Amerika legen wir Agrarier vielleicht denselben Wert wie Abg. Dr. Barth. Diese guten Beziehungen dürfen aber nicht erlaxiert werden durch unberechtigte wirtschaftspolitische Zugeständnisse; diese Beziehungen werden um so besser sein, je entschiedener wir unsere Rechte wahren. (Sehr gut! rechts.) Deshalb begrüße ich die Erklärung des Reichskanzlers mit Freuden. Ich hoffe, daß diese Verhältnisse durch die Reife des Kaiserlichen Bräutigams gefördert werden; ich hoffe dies umso mehr, weil dadurch gewisse Hoffnungen von anderer Stelle vielleicht durchkreuzt werden. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf v. Bülow:

Wenn ich gesagt habe, daß unser Verhältnis zu Amerika auf der Basis voller gegenseitiger Achtung beruhe, so ist dies auch die selbstverständliche Voraussetzung für unser Verhalten zu allen andern Staaten sowohl Europas, wie an irgend einem Punkt der Erde. Ich bin dem Vordredner dankbar für seine Zustimmung zu mancher meiner Ausführungen. Er hat allerdings auch gesagt, es wäre ihm lieber, wenn die Regierung im Falle der Ablehnung von Initiativanträgen die Gründe der Ablehnung diesem hohen Hause angeben wollte. Das ist aber den verbündeten Regierungen nicht immer möglich, denn die Vertreter der verbündeten Regierungen im Bundesrat stimmen ab auf Grund der Instruktionen, die sie von ihren Regierungen erhalten haben. Sie stimmen ab per majora (nach der Mehrheit) und sie sind häufig gar nicht in der Lage, zu sagen, weshalb ihre Stimme pro oder contra einen Antrag abgegeben wird. (Aufhaltendes Gelächter und Murmur links.) Die Vertreter der verbündeten Regierungen im Bundesrat können sehr häufig nicht genügend werden, zu sagen, weshalb ihre Regierungen für oder gegen einen Antrag stimmen. Das liegt im Wesen des Reiches, das ein Bündnis darstellt zwischen den Staaten, die das Deutsche Reich gebildet haben. Das liegt auch im Wesen des Bundesrats, der nicht eine Vollversammlung ist, sondern eine Versammlung der Vertreter der einzelnen Staaten und Fürsten. Ich bestreite als Reichskanzler gar nicht die Möglichkeit, sie zu zwingen, die Gründe anzugeben, aus denen sie diesem oder jenem Antrag zugestimmt oder ihn abgelehnt haben. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß auch der Reichstag, wenn er sich gegenüber einem Antrag der verbündeten Regierungen ablehnend verhält,

nicht immer alle Gründe angeht und daß diese Gründe oft sehr widersprechender Natur sind. Das haben wir beim Zolltarif gesehen, der von beiden Seiten mit sehr verschiedenen Gründen bekämpft worden ist.

Abg. Dabach (C.):

Den Wortlaut des Abg. Singer, als ob das Centrum nur aus Liebdeinerlei gegen die Regierung einer Vorlage zustimme, muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. Wir treiben eine rein sachliche Politik auf Grund der ausgleichenden Gerechtigkeit. Ich bedauere, daß der Reichslangler sich nicht in anderer Weise über den Gehalt der Geheimhaltung des Wahlrechtes geäußert hat. Art. 20 der Verfassung garantiert den deutschen Wählern eine geheime Abstimmung. Damit aber stehen manche Gepflogenheiten der jetzigen Praxis in direktem Widerspruch. Das haben wir ja bei der gestrigen Wahlprüfung des Abg. Volk gesehen. Die Maßnahmen der Nationalliberalen mit der fortwährenden Veränderung der Wahlzettel, um eine Gleichheit derselben mit den Centrums-Wahlzetteln zu vermeiden, sind ganz entschieden ungesetzlich. Ich zweifle daran, daß der Abgeordnete Dr. Certeil nach meinen Darlegungen noch die Kühnheit haben wird, zu behaupten, daß die Geheimhaltung der Wahl garantiert sei. Auch vom Bundesrat aus wird niemand dies behaupten können. Anwesenheitsgelder sind nicht eine Bezahlung unserer Tätigkeit, sondern lediglich ein Ersatz für die uns durch unsere parlamentarische Tätigkeit erschwerten Ausgaben. Warum sträubt sich die Regierung, diese Forderungen zu erfüllen? Sie hat sich doch schon oft dazu herbeigelassen, in großen Gesetzeswerken einzelne Teile abzuändern, und kann sich somit nicht auf prinzipielle Gründe stützen, wenn sie dieser Verfassungsänderung dauernd widerstrebt.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.):

Es kann nicht bestritten werden, daß das Verhalten des Bundesrats bei Beratung von Initiativvorschlägen des Reichstags zum mindesten nicht löblich ist. Um den erhabenen Posten der Bundesratsmitglieder, wie sie ihn nach den Ausführungen des Herrn Reichslanglers haben, beneide ich die Herren wirklich nicht. (Sehr richtig! links.) Doch ihm dürfen sie selbst im Bundesrat keine Gründe angeben, sondern haben einfach den Mund aufzumachen, um die Stellung ihrer Regierung zu verkünden. Keine Gründe anzugeben, ist ja besonders bequem, wenn man keine Gründe hat oder wenn man mit Angabe der wirklichen Gründe an gewissen Stellen Aufschuß erregen würde. (Sehr gut! links.) Die Herren der Rechten, die sich als Hüter der Verfassung aufstellen, haben doch leichtes Herzens eine so wichtige Verfassungsänderung wie die Verlängerung der Legislaturperiode durchgesetzt. (Sehr richtig! links.) Es ist ja bekannt, daß Graf Bülow selbst für die Gewährung von Diäten ist, und daß die Ausnahme unseres Antrages nur an dem Widerspruch einer gewissen Stelle scheitert, die nicht will, daß diese Leute — Männer — diese Herren (Heiterkeit) Diäten erhalten. — Was die Frage des Wahlgeheimnisses betrifft, so verlangen wir nicht wenig ein Stimmzettel, sondern Einförmigkeit in der Gestalt der Zettel. Nur so kann das Wahlgeheimnis gewahrt werden.

Reichslangler Graf Bülow:

Herr Dabach hat gemeint, die Gewährung von Diäten bedeute keine Verfassungsänderung. Artikel 32 der Verfassung bestimmt aber ausdrücklich: die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Befoldung oder Entschädigung beziehen. — Gegenüber Herrn Lenzmann bemerke ich, daß, wenn die verbündeten Regierungen sich bei Beratung von Initiativ-Anträgen im Reichstag nicht vertreten lassen, darin nicht eine Unhöflichkeit liegt, eine solche Beteiligung würde aber praktisch in den meisten Fällen nicht von großer Bedeutung sein, weil die Kommissare des Bundesrats hier ja doch keine irgend wie bindende Erklärung abgeben können, bevor sich die verbündeten Regierungen schlüssig gemacht haben. Dazu bedürfen die Regierungen oft langwieriger Erwägungen. Initiativvorschläge des Reichstags verfolgen übrigens sehr oft den Zweck, eine Anregung zu sein für das legislativische Vorgehen der Regierung und in der That sind zahlreiche Gesetzesentwürfe der verbündeten Regierungen aus solchen Anregungen hervorgegangen.

Abg. v. Levetzow (kons.):

Ich möchte mir betonen, daß die Forderung des Reichstags auf Gewährung freier Eisenbahnfahrt durch das ganze Reich eine wirklich sehr bedeutsame ist. Ich möchte den Wunsch nach Gewährung dieser Forderung heute wiederholen (Bravo!) und hoffe, daß ihre Erfüllung das einzig praktische Ergebnis dieser Debatte sein wird. (Lebhaftes Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Beth-Coburg (fr. Sp.):

Bei dem heutigen Wahlrecht kann das Wahlgeheimnis unmöglich gewahrt werden. Einzelne Regierungen haben sich für meinen Antrag auf Änderung des Wahlgesetzes ausgesprochen. Der Widerstand wird natürlich wieder bei der preussischen Regierung liegen. Wir wollen ein freies Wahlrecht, das nicht nur auf dem Papier steht, sondern dem Geiste der Verfassung wirklich entspricht. (Bravo! links.)

Abg. v. Tiedemann (Rp.):

Die Diätenlosigkeit ist in der Verfassung festgelegt und bildet ein Korrelat für die geheime Abstimmung. Fürst Bismarck schloß damit ein Kompromiß mit den entgegengesetzten Anschauungen. Wenn Sie die Diätenlosigkeit beseitigen wollen, müssen Sie auch die geheime Abstimmung beseitigen. Darüber läßt sich nicht reden. (Lachen links.) Ich wundere mich darüber, daß Abg. Lenzmann über die Geschäftsabführung im Bundesrat so wenig unterrichtet ist. Die 17 preussischen Stimmen werden dort einheitlich abgegeben nach den Beschlüssen der preussischen Regierung. Die Initiativvorschläge der Linken sind geeignet, an den Grundlagen der Verfassung zu rütteln.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Certeil (L.): Das Privatstimmum, das mir Abg. Lenzmann über die Stimmzettel gehalten hat, war unnötig. Ich wäre so hell, zu verstehen, was er meint, auch wenn ich nicht Sachse wäre. (Heiterkeit.)

Das Gehalt des Reichslanglers wird bewilligt, ebenso der Etat des Reichslanglers.

Es folgt der Etat des Reichsamtes des Innern. Die Beratung beginnt bei den fortwährenden Ausgaben mit dem Titel: „Gehalt des Staatssekretärs und Unterstaatssekretärs“ in Verbindung mit folgender Resolution Wassermann (natl.)-Dr. Hige (C.)-Rißke-Defau (wüldlib.):

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichslangler zu erlauben, ihm alljährlich eine Uebersicht vorzulegen über die Arbeiterverhältnisse in den Betrieben des Reiches und in den Verwaltungen der Herrensverwaltung, insbesondere über die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die von ihnen bezogenen Löhne, die Arbeitsdauer und die zu ihnen getroffenen Einrichtungen.“

Abg. Hige (C.):

Graf Posadowsky hat davon gesprochen, daß uns sehr bald ein Gesetzesentwurf zum Schutze der Kinderarbeit vorgelegt werden würde. Ueber den Inhalt desselben hat ja der „Berliner Lokal-Anzeiger“ einige Mitteilungen gemacht. Ich bedauere, daß im „Reichs-Anzeiger“ nichts darüber gestanden hat. Da der „Lokal-Anzeiger“ kein offizielles Blatt ist, muß ich darauf verzichten, auf seine Mitteilungen einzugehen.

Ich begrüße die Erweiterung der arbeitsstatistischen Kommission zu einer besonderen Abteilung des statistischen Amtes, die Tätigkeit dieser neuen Behörde wird eine sehr ausgedehnte sein.

Ueber die Verhältnisse der Cigarrenindustrie, die sich in letzter Zeit statt befesselt, verschlechtert haben, ist uns seitens der Regierung keinerlei Mitteilung gemacht worden. Vielleicht ist der Staatssekretär heute in der Lage, mitzutheilen, wie weit hier die Arbeiten der Regierung gediehen sind. In der Cigarrenindustrie konzentrieren sich alle Mißstände der Hausindustrie; zu ihrer

Beseitigung wird der Weg der Verordnung beschritten werden müssen, da der Weg der Gesetzgebung nicht gangbar ist. Weiter ist ein Ausbau im Betriebsstättenkunde erforderlich. Hier hat es einen sehr schlechten Eindruck gemacht, daß die Ausföhrung der die Zinkhütten betreffenden Verordnung bis zum Jahre 1903 hinausgeschoben worden ist. Die neuere Literatur hat einen erschreckenden Aufschluß gebracht über den Umfang und die Intensität der Zerkümmertkrankheiten. Hier ist den Verordnungen des Bundesrats noch ein weites Feld gegeben. Es ist uns ein Nachtrag über die Verordnungen des Bundesrats zum Betriebsstättenkunde zugegangen. Aber abgesehen von den Verordnungen betreffend die Wäuderei, die Bauhandwerker und die Logierhäuser ist wenig geschehen. Für einen sanitären Maximal-Arbeitstag habe ich mich schon in den 80er Jahren ausgesprochen. Weßhalb sollte die Einführung eines solchen unter Mitwirkung des Reichs-Gesundheitsamtes nicht möglich sein? Für jede Kategorie von Arbeitern müßten gewisse Normativbestimmungen getroffen werden, bei der die weiblichen und jugendlichen Arbeiter besonders zu berücksichtigen sind. Auch die Schaffung von Schiedsgerichten für Handlungsgeschäften im Anschluß an die Gewerbegerichte ist immer noch nicht erfolgt. Besonders bedauere ich, daß die Krankenkassen-Novelle auch in diesem Jahre noch nicht kommt. Die Erhebungen sind, so viel ich weiß, schon im vorigen Jahre zum Abschluß gekommen. Es wird schmerzlich empfunden, daß die Krankenkassen nur 13 Wochen unterliegen, während die Invalidenversicherung erst nach 26 Wochen eintritt, daß also die Versicherten in der Zwischenzeit keine Unterstützung genießen. Auch zur Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker ist nichts geschehen. Die Zahl der Gewerbe-Inspektoren hat sich zwar vermehrt, aber nicht in genügendem Maße. Besonders weibliche Gewerbe-Inspektoren müssen in größerem Maßstabe herangezogen werden. Ferner ist zu erwägen, ob nicht Arbeiter als Hilfsorgane des Gewerbe-Inspektionsdienstes, als Beamte zweiter Kategorie für die reguläre Revision der Fabriken usw. anzustellen sind. Auch die vermehrte Hinzuziehung technisch geschullter Beamten zur Fabrikinspektion würde sich empfehlen.

Ich werde auf einzelne Fragen im Laufe der Debatte noch zurückkommen. Ich erkenne an, daß auf sozialpolitischem Gebiete manches geschehen ist, ich bedauere aber auch, daß vieles Notwendige nicht geschehen ist. (Weißal im Centrum.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.):

Ich möchte den Staatssekretär fragen, in welchem Stadium sich die Reform des künstlerischen und photographischen Urheberrechts befindet. Auf dem Gebiete der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes hat meine Partei wiederholt neue Anregungen gegeben. Wie steht es mit der Anwendung des § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes? Weiter komme ich auf die für viele Kreise sehr wichtige Frage des Verbots der Phosphorstreichhölzer. Die Verurteilung, die sich vieler Leute in dieser Hinsicht bemächtigt hat, ist aber ganz ungerichtet. Man hat sogar der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie die Leute des Rheinlands, die Phosphorstreichhölzer fabrizieren, an den Hungertod bringen wolle. Nichts kann weniger begründet sein. Die Bevölkerung des Thüringer Waldes könnte uns nur dankbar sein, wenn wir zur Beseitigung der schrecklichen Krankheit der Phosphornekrose durch Verbot der Phosphorstreichhölzer beitragen. Von diesen brennbaren Dingen den Streichhölzern komme ich zu einer andren brennenden Frage (Heiterkeit), der Frauenfrage. Es wäre sehr wünschenswert, wenn Graf Posadowsky dafür sorgen wollte, daß die Behandlung der studierenden Frauen an allen Universitäten des Reiches eine gleichmäßige werde. Die heutigen Verhältnisse sind ganz unbillig. An der Universität Königsberg z. B. lassen drei Professoren der Anatomie Frauen überhaupt nicht zu, während an derselben Universität die Frauen das medizinische Examen ablegen dürfen. Das ist doch ein Widerspruch. — Ebenso müßte das Recht der Frauen, an politischen Vereinen und Versammlungen teilzunehmen, anerkannt und über das ganze Reich gleichmäßig geregelt werden. In Preußen werden aber heute die Frauen in Bezug auf das Vereins- und Versammlungrecht so behandelt wie Lehrlinge, Vauteure und Karren. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Man scheint sich in der Regierung vor den Frauen recht zu fürchten, als selbst vor den Sozialdemokraten. In jüngster Zeit ist sogar den Frauen verboten worden, an einem Tanz-Kränzchen einer Zehntelstelle des Metallarbeiter-Verbandes teilzunehmen. (Hört! hört! links.) Ein besonderer Feind der Frauenbeteiligung an Vereinen ist ja der jetzige Rektor der Berliner Universität. Neuerdings hat er sich sogar veranlaßt gesehen, den Sozialwissenschaftlichen Studentenverein aufzulösen, bloß deshalb, weil in einer Privatnotiz in der „Welt am Montag“ gefanden hatte, an einem Vortrag über das Problem der Frauenfrage, den dieser Verein veranstaltete, dürften auch Damen in der Diskussion das Wort nehmen. Als Grund der Auflösung wurde Gefährdung der Disziplin angegeben, der Rektor hat wohl die deutschen Universitäten mit Kasernen verwechselt? Selbst der konservative Professor Wagner hat gegen das Vorgehen protestiert. Wenn man sagt, die Frau gehört ins Haus, dann müssen Sie auch dafür sorgen, daß jede Frau von Reichswegen ihren Namen bekommt. (Große Heiterkeit.) Heute nimmt die Ehelosigkeit immer mehr zu, und auch der neue Zolltarif ist ein Kahrwater dieser Ehelosigkeit (Lachen rechts, sehr richtig links), indem er die Haushaltung verteuert. Die Frauen müssen also auf eigene Füße gestellt werden und dazu muß ihnen Freiheit der Ausbildung und das Vereins- und Versammlungsrecht gewährt werden, sie müssen als vollwertige Menschen auch im öffentlichen Leben anerkannt werden. (Bravo! links.)

Abg. Prinz Schniald-Carolath:

Im Laufe der letzten zehn, besonders der letzten fünf Jahre sind erhebliche Verbesserungen auf dem Gebiete des Frauenstudiums geschaffen worden; ich kann nicht umhin, dem Herrn Staatssekretär meinen Dank auszusprechen. Herr Dr. Müller-Reinigen scheint mir zu viel auf einmal zu verlangen. Man darf nicht mit der Thüre ins Haus fallen und die bisherigen Fortschritte können uns nur hoffnungsfroh stimmen. Daß einzelne Professoren Frauen noch nicht zum Studium zulassen, ist ja sehr bedauerlich, ich glaube, das wird auch der Herr Staatssekretär bedauern. — Mit großer Freude habe ich die Anstellung von weiblichen Fabrik-Inspektoren begrüßt und hoffe, daß wir auch auf diesem Gebiete bald weitere Fortschritte zu verzeichnen haben werden. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Frage des Schutzes der Kinderarbeit ist sehr schwierig. Einerseits sollen die Kinder gegen gewerbliche Ausbeutung auch in der Familie geschützt werden und andererseits darf nicht zu tief in das Familienleben eingegriffen werden. Die Nachrichten über den Gesandtenwurf in dem von Herrn Hige erwähnten Blatte sind irrig und werden sehr bald in der „Nordd. Allg. Ztg.“ berichtigt werden. Ich hoffe, daß die Vorelegung dieses Gesandtenwurfes noch in dieser Session wird erfolgen können. — Die Verordnung, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Angestellten in Ost- und Schanwirtschaften, wird morgen oder Freitag veröffentlicht werden. — Bei der Hinausschiebung der Frist zum Inkrafttreten der Verordnung, betreffend die Zinkhütten, bestand sich der Bundesrat in einer Kollage. Ich gestehe zu, daß es sehr wenig erwünscht war, die Frist bis 1903 zu verlängern. Die preussische Regierung wies aber nach, daß es den Zinkhütten nicht möglich sei, alle geforderten Umbauten in der gegebenen Frist zu vollenden, wenn nicht eine ganze Anzahl von Zinkhütten ihren Betrieb überhaupt schließen. Von einer nochmaligen Verlängerung der Frist kann aber selbstverständlich auf keinen Fall die Rede sein. — Was die Beschränkung der Frauen- und Kinder-

arbeit in Fabriken betrifft, so ist seitens des Reichsamtes des Innern eine Zusammenstellung der Fabriken, in denen eine Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit aus hygienischen oder sittlichen Gründen stattgefunden hat, den Bundesregierungen zur Keufierung vorgelegt worden, um demnach daraufhin eine Bundesratsverordnung zu erlassen. — Ueber die Regelung der Verhältnisse der Schiffe in Reichs-anwalts-bureau schweben noch Verhandlungen. — Das Bedürfnis nach einem gerichtlichen Specialverfahren für die Streitigkeiten der Handlungshilfen mit ihren Chefs erachte ich an. Ein diesbezüglicher Entwurf ist im Reichsamte des Innern ausgearbeitet und liegt gegenwärtig dem Herrn Staatssekretär des Reichs-Justizamts zur Prüfung vor. — Ueber die Frage des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe ist eine Umfrage an die Handwerkskammern gegangen. Auf Grund des von hier eingehenden Materials werden wir uns über die Richtung schlüssig machen, in der wir vorgehen haben. — Die Anstellung der Gewerbe-Inspektoren ist Sache der Einzelstaaten. — Ueber die Frage, ob Arbeiter zur Baukontrolle zuzuziehen sind, sind die Ansichten geteilt. — Die von Herrn Abg. Müller-Reinigen wegen der Gebrauchsmuster vorgebrachten Wünsche halte ich nicht für so schwerwiegend, daß schon jetzt eine Änderung des Gebrauchsmuster-Gesetzes notwendig wäre. Wegen seines zweiten Wunsches, das Kunstgewerbe den Werken der bildenden Kunst gleich zu stellen, also auch den Gebrauchsmustern eine 30jährige Schutzfrist zu gewähren, habe ich die allerhöchsten Bedenken. Denken Sie sich nur, jeder Hühnergriff, jeder Leuchter wäre dann so lange geschützt. Das würde unsere Industrie nur lähmen und den Behörden eine solche Summe von Arbeit aufbürden, daß gar nicht daran gedacht werden kann. Jetzt haben die Gebrauchsmuster eine dreijährige Frist, die auf Antrag bis zu 15 Jahren verlängert werden kann. Unser Patentamt ist jetzt schon überlastet, es wird ein neues Patentamt gebaut. Was den Verkehr mit Brennmaterialien und Steinkohlen betrifft, so bietet das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb keine Handhabe, den Verkauf nach Gewicht anzunordnen. Die Frage liegt dem Reichslangler vor, bietet aber viele Schwierigkeiten, namentlich weil das Brennmaterial sehr hygroscopisch ist (Wasser anzieht). Auch die Befreiung des Phosphors bei der Herstellung von Zündhölzchen bietet viele Schwierigkeiten. Wenn Fabrikanten und Arbeiter entschädigt werden sollen, so würde das ungeheure Summen verschlingen. Die Fabrikanten verlangen allein 10 Millionen, ich rate Ihnen also, solche Wünsche zurückzustellen. Der Abg. Müller hat dann noch das Universitätsstudium der Damen behandelt. Meinen persönlichen Bemühungen ist es gelungen, den Damen die Ermöglichung des medizinischen Studiums außerordentlich zu erleichtern. Damen, die im Ausland ihre Vorbildung genossen haben, dürfen sogar ihre Prüfung hier ablegen. Die größten Gegner der Erweiterung der Frauenbeteiligung sind ja die Männer. (Heiterkeit.) Das ist eben das Unglück und da die Männer bei weitem nicht alle vorhandenen Frauen heiraten (Große Heiterkeit), so werden die Frauen immer mehr auf selbständigen Erwerb angewiesen. Eine große Anzahl von Professoren stellt sich auch der Zulassung von Frauen zu ihren Vorlesungen noch feindlich gegenüber. Es sind darunter Männer ersten Ranges, Leuchten der Wissenschaft, die die Zulassung aus wissenschaftlichen und ethischen Gründen ablehnen. Ich sprach erst kürzlich einen sehr berühmten Mann, der der Linken sehr nahe steht, und der sagte mir, daß er der Frage sehr skeptisch gegenüberstehe, ob Frauen zur Ausbildung der medizinischen, besonders der chirurgischen Wissenschaft gleich befähigt sind, wie die Männer. Er sagte, wenn z. B. der innere Befund der Diagnose nicht ganz entspricht, welche der äußere Befund annehmen läßt, so fehlt den Frauen meist die Nervenstärke und die rasche Entschlußfähigkeit zu einem sofortigen operativen Eingriff auf veränderter Grundlage, obwohl das Leben des Patienten dabei von Minuten abhängen kann. Die chirurgische Befähigung der Damen, so resumiere er, sei ihm zweifelhaft. Freilich, so fügte er hinzu, so viel, wie die große Menge der gewöhnlichen Ärzte leistet, werden die Frauen auch noch leisten können. (Heiterkeit.) Ich gebe zu, wir müssen den Frauen mehr Gelegenheit geben, sich selbständig ihr Brot zu verdienen. Herr Abg. Hige hat dann noch nach der Krankenkassen-Novelle gefragt. Es mußten sich an die Krankenkassen-Novelle viel mehr Streitpunkte, als ich selbst vorausgesehen habe. Mein Bestreben geht dahin, die Novelle so einfach als möglich gestaltet an das Haus zu bringen. Herr Hige weist, wie schmerzlich ich die bestehende Lücke zwischen Krankenloosen und Unfallversicherungs-Gesetz empfinde. Aber heute kann ich keinen bestimmten Zeitpunkt angeben, an dem die Novelle dem Hause vorgelegt werden wird. Ich glaube, alle in der Diskussion aufgestellten Fragen hiermit beantwortet zu haben. (Heiterkeit.)

Abg. von Kardorff (Rp.):

Herr Müller-Reinigen hat recht, wenn er sagt, wir seien noch etwas rückständig, soweit die Frauenrechte in Frage kommen. Ich bin ein Freund der Erweiterung dieser Rechte. Ich stehe sogar dem Gedanken nicht ablehnend gegenüber, den Frauen das Wahlrecht einzuräumen. Bei dem heutigen Wahlrecht könnten die Resultate nur gewinnen, wenn die Frauen mitwählen würden. (Auf links: Wir sind einverstanden!) Ich glaube aber, eine Anzahl von Herren da drüben würden nicht hier sitzen, wenn die Frauen mitwählen dürften. (Heiterkeit.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 6 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags begann Mittwoch mit der Beratung des Marine-Etats.

Die fortwährenden Ausgaben des Etats belaufen sich auf 86 913 539 M., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf 70 422 550 M., die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats auf 51 746 000 M.

Die Beratungen beginnen mit dem Kapitel der „Indiensthaltungen“. — Der „Materialienfonds“ enthält eine Mehrforderung im Betrage von 2 705 700 M. Staatssekretär v. Tirpitz weist nach, daß die Mehrforderung zu einem Viertel durch Bedarfsermehrung, zu drei Vierteln durch Preissteigerung verursacht werde. Die Indiensthaltung der Auslandskräfte entfällt zumeist mit 60 Monaten, auf Kanonenboote und Fluchtdampfer in Ostasien, wo dauernd eine solche Flotte unterhalten werden müsse.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) wünscht den Nachweis, daß dauernd drei Fluchtdampfer für China nötig seien.

Staatssekretär v. Tirpitz betont, daß das Auswärtige Amt diese Forderung aufgestellt habe.

Abg. Prinz Arnberg (L.) erklärt, der Angelegenheit beim Etat des Auswärtigen Amtes näher treten zu wollen.

Abg. Frese (fr. Sp.) weist darauf hin, daß die Beherrschung der Flüsse das wichtigste für die Ausschließung Chinas sei.

Darauf wird der Materialienfonds mit allen gegen die vier Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats „Schiffsbauten und Armerung“ läßt Abg. Müller-Sagan (L.) seine Absicht an, nicht dringliche Forderungen für Schiffsbauten mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage zu streichen.

Abg. Graf Crisla (natl.) meint, es werde in England einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn auf die diesen großen Worte jetzt solche Thaten folgten. Durch das Flottengesetz seien ja aber glücklicherweise alle Schiffsbauten festgelegt.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) meint, nur der Hofen des Flottengesetzes sei gesetzlich fixiert, der Reichstag habe die Freiheit, im einzelnen die Ausführung je nach der Finanzlage zu beschleunigen oder zu verlangsamen.

Abg. Müller-Julda (C.) schneidet die Panzerplattenfrage an. Die Profite der Plattenfabrikanten seien auch jetzt nach dem Preisnachlass noch immer ganz ungeheuerlich. Die Marineverwaltung möge doch alle neuen Erfindungen eifrig prüfen, die geeignet erscheinen, sie von den Panzerplatten-Monopolisten zu befreien.

Staatssekretär v. Tirpitz entgegnet, die Plattenpreise seien jetzt sicher niedriger, als sie sich bei staatlicher Fabrikation der Platten stellen würden. Alle Neuerungen würden sorgfältig ausprobiert.

Die ersten 24 Forderungen für Schiffsbauten werden angenommen.

Bei der nächsten Forderung: Eine Million zum Einbau besonderer Kühlanlagen für die Munitionsräume der Schiffe zur Konservierung der rauchlosen Pulvermunition — beantragen der Referent Abg. v. Thünefeld (C.) und Abg. Müller-Julda (C.) die Streichung.

Die Forderung wird aber, nachdem sie Staatssekretär v. Tirpitz eingehend vertraulich begründet, angenommen.

Alle übrigen Titel werden unverändert bewilligt, nur werden mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage gestrichen:

1 Million von 2 Millionen als zweite Rate zur Beschaffung von Munition.

300 000 M. von 1 200 000 M. für artilleristische Ausrüstung zweier 300 000 M. von 1 200 000 M. Linienfahrzeuge und eines großen Kreuzers.

je 100 000 M. von drei weiteren Forderungen a 400 000 M. für die artilleristische Ausrüstung dreier kleiner Kreuzer.

150 000 M. von 780 000 M. für die Torpedo-Ausrüstung dreier Linienfahrzeuge.

40 000 M. von 100 000 M. als Schlussrate zur Torpedo-Ausrüstung der kleinen Kreuzer Medusa und Amazone.

Von den sonstigen einmaligen Ausgaben werden weiter noch die Forderungen für Bedürfnisse der Wertverwaltungen erledigt.

Dabei wird die für die Umänderung einer Kessel-Schmelze in der Kieler Werft verlangte erste Rate von 150 000 M. gegen die 10 Stimmen des Centrums und der Sozialdemokraten mit 14 Stimmen bewilligt.

In Einrichtungen für Funkentelegraphie werden 300 000 M. als erste Rate verlangt. Nachdem Versuche mit der Telegraphie ohne Draht die Kriegsbrauchbarkeit derselben erwiesen haben, sollen die neueren Schiffe und einige wichtige Küstenstationen mit den erforderlichen Einrichtungen versehen werden. Die Gesamtkosten sind auf 600 000 M. veranschlagt.

Auf eine Anfrage erklärt Staatssekretär v. Tirpitz: Das Marconische System habe noch nicht erprobt werden können, da die Gesellschaft sich auf eine Anfrage noch nicht bereit dazu erklärt habe. Das System von Siemens u. Holke stehe noch mit dem von Sclag u. Arco im Wettbewerbe. Der Staatssekretär erklärt sich bereit, die Einrichtungen für Funkentelegraphie in Kiel den Mitgliedern der Budgetkommission vorzuführen.

Die Forderung wird unverändert bewilligt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag um 10 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen der Rest des Marine-Etats und der Etat für Kiautschou.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Die Dichterin Clara Müller wird Montag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkassen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal) einen Vortrag von Fragmenten aus dem Roman „Konfessionen“ sowie eigener Gedichte halten. Gäste sehr willkommen. Unser Stiftungsfest, zu welchem August Bebel die Rede hält, findet am 9. März in den Arminkassen statt. Billets sind im Verein und an folgenden Joststellen zu haben: Frau Panzeram, Boppelt-Allee 128, I; Frau Klotz, Koppentstr. 81, S. I.; Frau Steinkopf, Schwedterstr. 84; Frau Pausche, Rosfelderstr. 46; Frau Seeger, Kolbergerstr. 26.

Vereinskalender.

Vese- und Distriktsklub. Donnerstag: Vese- und Distriktsklub „Südbot“, Falksdorf, Götterstr. 58. Arbeiter-Zängerbund Berlin und der Umgegend. 2 Vorträge: H. Götter, Wilhelmstr. 134. 1. Koffierer: Seifert, Fildischstr. 16. Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fred. Kottum, Kaufmännischer Verein. Donnerstag, abends 9-11 Uhr: Übungshunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Männerchor „St. Urban“, Bruner, Kunitzstr. 9. — „Gedächtnis II“, Reumann, Brunnenstr. 150. — „Gesangverein Berliner Künstler“, Feind, Weinstra. 11. — „Einigkeit I“, Gr. Lichterfelde, Pögel, Chausseest. 104. — „Vorgarten II“, Köpenick, Stippelstr. 5. — „Fröhlich“, Nimmelsburg, Schürer, Hojarstr. 7. — „Amica“, Schmidt, Zwinemündlerstr. 65. — „Was auf II“, (Mit. Maria bei Fienmang) Abt bei Hülsenfeld, Bergstr. 60. — „Deutsche Eiche II“, Brandenburg a. S., Wuldenow, Wredowstr. — „Freiheit III“, Bernau, Götsum, Beutnerstr. — „Voreis“, Schumann, Hechtstr. 32a. — „Kornblume“, Gold, Gr. Frankfurterstr. 133. — „Sorgenfrei“, Möhring, Abtstr. 18a. — „Vorgarten (Bäder)“, Reumann, Brunnenstr. 150 (nachmittags 4-6 Uhr). — „Mittelvorteil“, Langestr. 65. — „Oranienburger Vorstadt“, Humboldtstr. 40. — „Steinmetz“, Müllerstr. 7. — „Hoffnung III“, Friedrichsdorf, Böder, Friedrichstr. 34. — „Eneides II“, Brandenburg a. S., Zur Glöck, M. Gartenstr. 1a. — „Pfeifenburg“, Schulz, Blumenstr. 38. — „Hilff“, Friedenau, Wende, Stenhammstr. und Rader-Allee 66. — „Freiheit I“, Gohmann, Kreuzbergstr. 48. — „Sängerkreis I“, Mühlh. Kunitzstr. 30. — „Verein Wilhelmshagen-Hohen-Schönhausen“, Hohen-Schönhausen, Krause, Berlinerstr. 12. — „Lupo-graphie“, Arminkassen, Kommandantenstr. 20. — „Liberio“, Grünauerstr. 14. — „Männer-Ges. Berlin“, Wilmersdorf, Wille, Berlinerstr. 40. — „Männer-Ges. Süd-Ost I“, Stephan, Bismarckstr. 31. — „Aria“, Charlottenburg, Paroch. Seelheimstr. 11. — „Vereinsverein“, Brandenburg a. S., Wengert, Pollogenerstr. Bergstr. — „Ges. Alt. des Arb.-Vld.-Bereins“ in Berlin, Grünau, Wilhelmstr. 19. — „Jugend III“, Rieder-Schönhausen, Zetterhorn, Lindenstr. 1. — „Vereinsverein“, Kreuzberg, Schulze, Berlinerstr. 21. — „Freie Stunde“, Klein, Kaufm. Platz 8. — „Freie Arbeiter“,

Rüdigstraße, Neue Königstr. 26. — „Kleiner“, Kunge, Forsterstr. 36. — „Süd-Ost II“, Duf. Köpenickerstr. 86. — „Einigkeit III“, Bismarckstr. 31. — „Gedächtnis II“, Diefel, Weidenweg 23. — „Gesang des Bundes deutscher Gewerkschaften“, Morlich, Fildischstr. 26 (3-5 Uhr). — „Kron II“, Nimmelsburg, Schumann, Neue Prinz Albrechtstr. 70. — „Vereinsverein“, Fildischstr. 26. — „Sängerkreis“, Werder, Schwarzer Adler, Fildischstr. — „Treibin“, Trebbin, Wolf, Bahnhofsstr. Arbeiter-Kameraden Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Dieckmann, Putzenerstr. 44, IV. Donnerstag: „Reiter“, Wilmersdorf, Sörger, Straß-Feldstr. 66. — „Alter Berliner“, Reichbergerstr. 146. — „Kamerad“, Mühl, Fildischstr. 48. — „Gedächtnis I“, Neu-Weichensee, Streunerstr. 3. — „Vergangenheit“, Koppentstr. 17. — „Sorgenfrei“, Jäger, Zimmerstr. 69. — „Freie Arbeiter“, Fildischstr. 26. — „Virginia“, Schmeider, Kommandantenstr. 21. — „Alter Duff“, Matthies, Bernauerstr. 120. — „Eiserne Pfeife“, Vogan, Schulstr. 113. — „Du ahnst es nicht“, Schmidt, Fildischstr. 32. — „Reigenblatt“, Wam, Koppentstr. 5. — „Wahl“, Fildischstr. 10. — „Colorado“, Klinge, Reichbergerstr. 66. — „Fidelio“, Stephan, Kaufm. Platz 12. — „Einigkeit II“, Wöhner, Gubenstr. 57. — „Apfelblüte“, Weiserstr. 29a. — „Fidèle Bräder II“, Grünauerstr. 2. — „Freie Stunde“, Wilmersdorf, Fildischstr. 49. — „Kriegswolke“, Fildischstr. 11. — „Grüne Quaste“, Moh, Fildischstr. 46. — „Reu“, Fildischstr. 11. — „Lichtenberg“, Wilmersdorf, Fildischstr. 20. — „Freie Arbeiter“, Wilmersdorf, Fildischstr. 16. — „Kamerad“, Wilmersdorf, Fildischstr. 165. — „Obersee“, Ober-Schönhausen, John, Wilmersdorf, Fildischstr. 18. Gesang. Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag, Fildischstr. 66. — „Vereinsverein“, Fildischstr. 66. — „Theaterverein“, Wilmersdorf, Fildischstr. 19. — „Stattklub“, Wilmersdorf, Fildischstr. 66. Berliner Kameraden „Vorwärts“. Sitzung 9 Uhr abends im Bootshaus, Strauß, Fildischstr. 17. Arbeiter-Steuergewerkschaft „Stolze“ (Einigungsstelle). Donnerstag: Bezirk Süden, Wilmersdorf, Fildischstr. 82. Bei 8 Uhr abends 8 1/2 Uhr. — Bezirk Nord-Ost, Wilmersdorf, Fildischstr. 8. Bei 8 Uhr abends 8 1/2 Uhr. Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“, Fildischstr. 5, Vereinsabend alle 14 Tage je Donnerstag abends 8 1/2 Uhr. Junglose Zusammenkunft mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Donnerstag: Metallarbeiter. Arbeiter-Kameraden „Solidarität“. Son 9 (Prom. Brandenburg). Alle Briefe und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Vorstandsmitgliedern Karl Fischer, Berlin, Fildischstr. 8. Donnerstag: Arb.-Kad.-Bereins „Berlin“, jeden Donnerstag nach dem 1. bei Reichsdorf, Fildischstr. 26, jeden Donnerstag nach dem 15. bei Wilmersdorf, Fildischstr. 26. — Arb.-Kad.-Bereins „Jei“, Wilmersdorf, jeden 2. und 4. Donnerstag bei Wilmersdorf, Fildischstr. 1. — Arb.-Kad.-Bereins „Frei Weg“, Fildischstr. 21. — Arb.-Kad.-Bereins „Frei Weg“, Fildischstr. 21. — Arb.-Kad.-Bereins „Frei Weg“, Fildischstr. 21. — Arb.-Kad.-Bereins „Frei Weg“, Fildischstr. 21. Central-Kameraden. Briefe sind an Reichsdorf, Fildischstr. 26, zu richten. Donnerstag: „Blau“, Fildischstr. 4. — „Friedensfeier“, Fildischstr. 18. — „Weichenblatt“, Fildischstr. 41. — „Alte Liebe“, Fildischstr. 34. — „Eisenwerk“, Fildischstr. 34. — „Vereinsverein“, Fildischstr. 34. — „Vereinsverein“, Fildischstr. 34. — „Vereinsverein“, Fildischstr. 34. Verein abhänger Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin. Donnerstag, den 23. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, bei Volkshof, Gubenstr. 5: Außerordentliche Generalversammlung.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 23. Januar. Opernhaus, Lantier und der Sängerkreis auf Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielsaal. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). Schiller. Der Jongleur. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Lebendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr. Felling. Das schwarze Schaflein. Anfang 7 1/2 Uhr. Neudens. Die japanische Waise. Vorher: Chasse-Croisier. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Der Madenball. Anfang 7 1/2 Uhr. Sereffensbühne. Delfes Affen-cronz Buntst. Anfang 8 Uhr. E. v. Wolzogens Bunter Theater (Ueberricht). Anfang 8 Uhr. Schall und Rauch. Vorstellung vor Sereffensbühne. Anf. 8 1/2 Uhr. Trianon. Lebendige Lieber. Kleine Spiele. Anfang 8 Uhr. Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr. Luffen. Dorf und Stadt. Anfang 8 Uhr. Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmsbühne. Der rote Kasal. Anfang 7 1/2 Uhr. Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hieraus: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr. Cyphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Charivari-Brett. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Metropol. 'ne feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Casino-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Carl Weiss-Theater. Große Franzosenstr. 132. Anfang 8 Uhr. Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Guinot. Musik von Jean Albert. Comtesse Marie. — Emma Richetti als Gast. Morgen: Das Jungfernstift.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr. Zum erstenmal: Der Jongleur. Pöfel mit Gesang in vier Abteilungen von Emil Pöfel. Freitagabend 8 Uhr: Der Jongleur. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Revisor.

Central-Theater.

Heute Donnerstagabend 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel. Operette in 3 Akten von G. Reinhardt. Morgen: Das süße Mädel. — Sonnabendnachmittag 4 Uhr. halbe Preise: Hermann und Dorothea. Zum Schluss: Die Liane des Verliebten.

E. von Wolzogens Bunter Theater

(Ueberricht) Köpnickstr. 68. Donnerstag, den 23. Januar 1902: Lina Abarbanell. Bozema Bradsky u. Oskar Strauss. U. a.: „Moiestanz“, Musik von Schindler. „Stoppe“, von Jon Lehmann. — Anfang 8 Uhr.

Schall und Rauch

(Kleines Theater) Unter den Linden 44. Donnerstag, den 23. Januar 1902: Um 7 1/2 Uhr: Soltes das Gedankenlosere Ninoff. Um 8 1/2 Uhr: Vorstellung vor Sereffensbühne. Erlösung. Familiendyll etc. Preise für den ganzen Abend: Parkett 6.—, 4.50, 3.— und 2.— M.

Thalia-Theater.

Treddeuerstraße 72/73. Morgen und folgende Tage mit vollständig neuer Ausstattung: Seine Kleine. Große Berliner Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 3 Akten. Paula Worm a. G., Guido Thielcher, Heimerding, Junfermann, Paul Müller, Gerda Bolde, Bojé, Wanno, Jantzer-Schay. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater.

Große Franzosenstr. 132. Anfang 8 Uhr: Das Jungfernstift. Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Guinot. Musik von Jean Albert. Comtesse Marie. — Emma Richetti als Gast. Morgen: Das Jungfernstift.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3. Größt. Vergnügungsort Berlin Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung Ausschank: Berliner Bock-Brauerei. Bürgerl. Diner, 5 Gänge. Tägl. Matinee von 12-2 Uhr. Oekonom: Gustav Prellppor.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalldenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticum Friedrich-Strasse 165. Neu!! Der bedeutendste Kraftturner der Welt, der Berliner Alex Meyer. Phänomenale Muskulatur!

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Passage-Theater.

Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11. Damen-Luftkampf ausgeführt von 12 jungen Damen. Neu! Der Gesangs-Amon Humorist in seinen Zwischenspielen erschütternden Bauertypen. Neu! Schindler, der phänomenale Mundharmonika-Virtuose. Michel Mayer, der stärkste Mann der Welt, der schreit 1000 Mk. dem, der seine Handeln nachhebt. 16 erstkl. Nummern.

Palast-Theater

(früher Regen-Palast) Burgstr. 22. Direction: Winkler u. Fröbel. Das effektivste wunderbare Januar-Programm. Um 8 1/2 Uhr: Noch kurze Zeit die humorvolle freud neue Ausstattungs-Gesellschaft Großstadtzauber. Hugo Lustig: Dir. R. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Freitag, den 31. Januar: Sommerfeld-Benefiz. Die süßen Mädel. Operette. Auftreten des Dir. W. Fröbel.

Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville. Schöner in Gesang u. Tanz 3 Akten. Emil Sondermann. Fred. Worms. Rigi. Vierter. Nola Marton. Parisier Lebensbild in einem Aufzuge. Tilla Dehon. Darius Gaster. Sonntagnachmittag 3 Uhr. zu kleinen Preisen: Die Grille.

Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi. Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung: 'ne feine Nummer! Barleake Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund. Im 4. Bilde: Frauchens Weihnachtstisch. Anfang 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Cirkus Busch

Donnerstag, 23. Jan., abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung. Klondike. Ocl. Pantomime des Cirkus Busch. Die rätselhafte Comtesse X.

Cirkus A. Schumann.

Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm. U. a. Bel. Dora Schumann. Madame Reus Herr Ernst Reus. Dr. Joe Bobbin. Rani u. Mad. Marquis. Mlle. Eugenie. Mlle. Mada. Mabel O'Brien. Mlle. Antoinette. Ferner: Die großartigen Januars-Spezialitäten. U. a.: Sensationelle Reiterei, zum erstenmal in Deutschland. Troupe Mirza Golem. Rent! Tandem-Wettfahrten auf der kleinsten Rennbahn der Welt mit 65° Steigung der Original-Bicycle-Truppe. Rent! Die vorzügliche, unübertreffliche, Glomds-Bim-Bom. Die neuen Original-Dezerturen des Direktor Alb. Schumann. — Zum Schluss zum 110. Male, abendlich zum Besten, mit glänzender neuer Ausstattung: Quer durch Paris. Größtes und glänzendes Panoramenschaustück in 8 Akten.

Charivari-Brett

Alte Jakobstr. 37. Pepi Weiss Helena Dyas Stella Ruth Albert Kühne Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Casino-Theater.

Volkringerstr. 37. Debüt der reizenden Schwedinnen Geschw. Livée. Nur noch kurze Zeit „Weihnachten“, Gauthier u. Grosse. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.

Indische Menagerie

im Exerzierhaus (am Brenzlauer Thor) Sebringstraße 1-7. Täglich 3 Akte: Hochschlingen. A. 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Schlangen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I Platz 1 M., II Pl. 50 Pf., III Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Gänge zahlen auf 1 u. 2 Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf. Die Direction: Froese.

W. Noacks Theater.

Heinrichstraße 16. Unser Liebling oder: Mensch ärgere Dich nicht. Folle mit Gesang in 4 Akten von Leon Trentow. Musik von G. Steffens. Heute: Tanzkränzen. Freitag: Liebestraum und Erwachen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse. Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hütt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Max Kliems Festsäle

Gartenstraße 13-15. Ausfände halber sind meine Festsäle (auch der große Festsaal) einige Sonnabende im März und der Palmsonntag frei geworden. 23032

Chronisch Kranke

besonders Haut-, Harn-, Nieren-, Geschlechts-, Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Leber-, Darm-, Blut-, Nerven- u. Frauenleiden, Blutarzt, Blutsucht, Gicht u. Rheumatismus werden mit gutem Erfolge behandelt in 3118L. Remeles Naturheilanstalt „Drachenkopf“ Eberswalde b. Berlin. Während der Wintermonate: sehr billige Preise. Centralheizung. Aerztl. Leitung. Prospekt u. Heilberichte gratis durch die Direktion.

Wichtig bei Capitalsanlagen ist die Berliner Finanz- und Handelszeitung

XIII. Jahrgang Berlin SW., Hasenplatz 4. XIII. Jahrgang best informiert, dreimal wöchentlich erscheinendes Finanzblatt. Anfragen der Abonnenten über in- u. ausländische Wertpapiere werden im „Briefkasten“ eingehend beantwortet. Abonnementpreis Mark 5.00 pro Quartal. Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf Verlangen gratis und franco zugesandt.

Trianon-Theater

Georgenstr., am Bahnhof Friedrichstr. Lebende Lieder. Anfang abends 8 Uhr.

Sanssouci

Kottbenerstr. 4a. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Säger. Neu! Die Zillerthaler. Neu! Die Volksfächchen. Nach jeder Vorf. TANZ. Entree 50 u. 75 Pf. Wochent. Anfang 8 Uhr. Entree 30 u. 50 Pf. Wochent. Bereinsbillets gültig und Tanz frei.

Dr. med. Schaper

homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten. Königsrüterstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

Dr. Simmel, Prizonstr. 59.

Spezialarzt für 3/18 Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4. Blumengeschäft, alte gute Brotheide, auch für Nicht-Ischente, ist wegen Todesfall sofort bei halber Abzahlung zu verkaufen. Näheres Briefeurgeschäft Gartenstr. 26.

Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1.50 M. Reparatur. sofort. Umrarbeit. schlechteste Gebiss Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130. (Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Schöneberger Parteigenossen und Wähler des neunten Bezirks erinnern wir nochmals an die heute, Donnerstag von 11-7 Uhr abends im Restaurant „Wilhelmshof“, Ebersstraße 80, stattfindende Stadtverordnetenwahl. Lieber jeder sein Wahlrecht aus und gebe seine Stimme ab für unsere Kandidaten Ernst Obß und Karl Volkermann. Es kommt auf jede Stimme an! Geben wir den Herren im Stadthaus die richtige Antwort auf die am letzten Montag erfolgte Unzulänglichkeits-Erklärung des Mandats eines unserer Genossen! Wer bis um 7 Uhr im Wahllokal erscheint, kann sein Wahlrecht ausüben.

In Johannisthal sind folgende Parteigenossen bereit, für solche Wähler, die keine Zeit haben, die Gemeinde-Wähler-Liste nachzusehen: Hermann Banselew, Bismarckstraße, Hermann Mertins, Moonstr. 2, Paul Mann, Friedrichstr. 30.

Lokales.

Salpeter als Himmelsgabe. Zur Frage der Milchpantfäheren wird uns geschrieben: Im Oktober vorigen Jahres hatte sich, wie seiner Zeit mitgeteilt wurde, der Milchhändler Karl Wille vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten, weil er nach dem Besuche der Berliner Marktpolizei gewässerte Milch feilgebotten hatte. Der Angeklagte versicherte, daß er selbst eine Fälschung der Milch nicht vorgenommen, sondern sie in dem gefälschten Zustande selbst erhalten hätte. Unterstützt wurde seine Behauptung durch das Vorhandensein von Spuren Salpeter in der Milch, welcher in Berliner Leitungswasser überhaupt nicht, dagegen in den ländlichen Brunnen meistens vorhanden zu sein pflegt. Außerdem war auf Veranlassung des W. in Melchow, woher die fragliche Milch kam, eine Kontrolle angeführt worden, in dem von der Milch eines jeden der acht bäuerlichen Lieferanten je eine Probe entnommen und unter amtlichem Verschluss dem Gerichtschreiber Edgar Reich zur Untersuchung überwiesen wurde. Nach dessen Feststellung erwies sich die Milch des Milchbauern Springer als gewässert. Auch in dieser Milch wurde Salpeter nachgewiesen. Er hatte sich nun am 20. Januar er. vor dem Schöffengericht in Eberswalde wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz zu verantworten. Er entschuldigte sich zwar damit, daß es an dem fraglichen Tage stark geregnet hätte, wodurch das Wasser in die Milch gekommen sein müsse. Nachdem aber festgestellt war, daß die Milch in zugedeckten Kannen geliefert worden war, und der Sachverständige erklärt hatte, daß es aus den Wollen nicht Salpeter regnen könnte, diese Himmelsgabe vielmehr nur aus der Erde in das Brunnenwasser und mit diesem dann in die Milch hinein gelangen könnte, wurde der Angeklagte für überführt erachtet und zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Interessant ist es, daß die Milchbauern in Melchow der Centrale für Milchverwertung angeschlossen sind. Jedenfalls wird durch jenen Fall ein eigenartliches Streiflicht geworfen auf die bekannten famosen Inzerate der Milchcentrale bezüglich der angeblichen Milchfälschungen hier in Berlin.

So die Zukunft. Wir wollen in diesem Falle immerhin dem Spruch „Securitas in tra et extra“ sein Recht antworten lassen. Aber die intransigenten Versicherungen, welche die Milchagrarien von ihrer feilen Unschuld abgegeben haben, lassen den vom Himmel gefallenen Salpeter nur um so interessanter erscheinen.

Die neue Polizeiverordnung, betreffend den Verkauf von Kuhmilch und Sahne, ist das Ergebnis mehrerer Ministerial-Konferenzen und soll den Milchhandel generell im ganzen Landespolizei-Berlin unter Aufhebung aller früheren, entgegenstehenden Bestimmungen regeln. § 1 lautet dahin: Wer gewerbmäßig Kuhmilch einführen, feilhalten oder verkaufen, oder wer Milchläden zum Zwecke des Erwerbs halten will, hat dies in Berlin der Abteilung IIa des königlichen Polizeipräsidiums, in Charlottenburg, Schöneberg und Nizdorf der zuständigen Polizeidirektion unter Angabe der regelmäßigen Bezugsquelle oder der Zahl der selbstgekauften Milchläden anzuzeigen; ebenso hat er jede vorläufige Verlegung des Geschäfts oder Stalles, die Eröffnung eines Zweiggeschäfts, die Fabrication von Milchorten, besonders Zubereitung für die Ernährung von Säuglingen usw. der zuständigen Polizeibehörde anzuzeigen. Eine einschneidende Neuerung bringt, wie schon kurz angedeutet, der § 2 der Verordnung, welcher vorschreibt, daß für alle eingeführte, feilgehaltene usw. Milch die Gefäße mit genauer Bezeichnung der in ihnen enthaltenen Milchsorten versehen sein müssen. Die Standgefäße sollen in die Augen fallende, nicht abnehmbare Aufschriften: „Malkmilch“, „Magermilch“ usw. in schwarzer Schrift auf weißem oder helldemem Untergrund tragen, die „Magermilch“ muß außerdem durch einen marinedblauen Ring, der sich um die Mitte des Gefäßes zieht, gekennzeichnet sein. Und in ähnlicher Weise sollen an den Ausfluß-Oeffnungen der geschlossenen Milchwagen die einzelnen Sorten mit der Preisangabe ersichtlich sein; auch hier ist die Magermilch durch einen blauen Ring besonders kenntlich zu machen. Auf den Flaschen, in welchen der festen Substanz die Milch zugeführt wird, dürfen die Aufschriften (Etiquettes) abnehmbar sein. In den Räumen, in denen Milch feilgehalten wird, sollen die Verkaufsgefäße so aufgestellt werden, daß jene Bezeichnungen dem Publikum stets ohne weiteres sichtbar sind. Die Verwendung der Milchgefäße zu andern Zwecken ist verboten (§ 3). Der Fettgehalt der Markmilch soll (nach § 4) mindestens 2,7 Proz. betragen, das spezifische Gewicht 1,028, entsprechend 14 Grad des polizeilichen Milchprobens bei 15 Grad Celsius; die Magermilch soll mindestens 1,032 Fettgehalt haben (= 16 Grad des Milchprobens). Für die Kinder- oder Säuglings-Milch, Aummilch zc., die nach der Wahl ihrer Bezeichnung besonders hervorragende Eigenschaften haben soll, beträgt das Mindestmaß 2,7 Proz. Fettgehalt, Koffein- und saure Sahne soll mindestens 10 Proz., Schlagfahne mindestens 25 Proz. Fett enthalten. Auch die gekochte, abgekochte und sterilisierte Milch, ferner die künstlichen Milchpräparate müssen als solche deutlich bezeichnet werden, die letzteren sogar unter Angabe ihrer Zusammensetzung und Herstellungsart. (§ 6) Die weiteren Vorschriften beziehen sich auf die vom Verkehr ausgeschlossene Milch (§ 7), auf die Sauberkeit, Unschädlichkeit und Reinigung der Milchgefäße und Flaschen, wobei zu bemerken ist, daß Gefäße von mehr als zwei Litern Inhalt eine „handweite“ Oeffnung haben müssen (§ 8/9), auf die Behandlung der Milch während des Transports (§ 10), auf die Aufbewahrungsräume, Ställe, Ränge und deren tierärztliche Untersuchung zc. (§§ 11/13). Wissenschaftliche Zweifelsbehandlungen sind im § 15 mit Geldstrafe bis zu 50 Mark, event. verhältnismäßiger Haftstrafe bedroht.

Der von dem Barbierlehrling Emil Während begangene Selbstmord hat unsere Parteigenossen in der Stadtverordneten-Versammlung veranlaßt, den folgenden schleunigen Antrag einzubringen:

In der Annahme, daß der Magistrat mit der Ermittlung und Feststellung der Ursachen beschäftigt ist, aus denen der von der städtischen Wasserverwaltung im Jahre 1900 zu dem Barbier und Heilgehilfen Heinrich Wagner, Willibald Alexist. 5, in die Lehre gegebene Barbierlehrling Emil Während sich das Leben genommen hat, ersucht die Versammlung den Magistrat, ihr baldmöglichst Kenntnis von den vorgenommenen Ermittlungen zu geben.

Die Frage der unentgeltlichen Krankenhaus-Verpflegung wird noch nicht von der Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung verschwinden. Der Stadtverordnete Dr. Kathan hat den Antrag eingebracht, den von ansehnlichen Anstalten befallenen Personen auf ihren Antrag, (bei Kindern auf Antrag des Vaters, der Mutter oder des Vormundes) die Kur und Verpflegung in den städtischen Krankenhäusern unentgeltlich zu gewähren. Die Unentgeltlichkeit der Kur und Verpflegung soll nicht Platz greifen, insofern für den betreffenden Kranken eine Krankenkasse, die Dienstverpflichtung oder eine private Versicherungs-Gesellschaft eingetreten verpflichtet ist. Dieser Antrag ist von der Fraktion der „Neuen Linken“ unterstützt.

Unfug in einer Schulaula. Mit dem Unfug des Gesundheitsrats, der jetzt in der „alten“ Gesellschaft Berlins grassiert, wird sich die Stadtverordneten-Versammlung demnächst beschäftigen. Im Fall-Realgymnasium, in der Segnerstraße, versammelten sich nämlich allwöchentlich die Anhänger der „Christian science“. Hierauf bezieht sich eine Interpellation, die Stadtv. Kreiting, unterstützt von der neuen Fraktion der Linken, in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht hat und die dahin geht, ob es dem Magistrat bekannt ist, daß in der Aula des Fall-Realgymnasiums regelmäßige Versammlungen stattfinden, in denen für die sogenannte „metaphysische Heilmethode“ nach dem System der Amerikanerin Eddy Propaganda gemacht wird.

Wir sind dafür, daß die städtischen Schulräume öffentlichen Zwecken dienlich gemacht werden. Aber Karrensposten darf man nicht in ihnen treiben.

Die städtische Subvention für das Aquarium, die heute 8000 M. beträgt, soll nach einer der Stadtverordneten-Versammlung zugehenden Magistratsvorlage auf 15 000 M. erhöht werden. Die mitbestimmenden Einnahmen des Aquariums erheischen, wie gewiß zutreffend berichtet wird, einen beträchtlichen Zuschuß. Ein hiesiges Blatt erwägt sogar die Eventualität, daß das Aquarium seine Pforten schließen und das wertvolle Grundstück „Edle Linder den Linden“ und „Schadowstraße“ verkauft werde. In diesem Falle würde meines Erachtens der Direktion des Zoologischen Gartens die Aufgabe zufallen, auf ihrem Terrain ein gleiches Institut zu errichten. Auch in dem bedeutenden Zoologischen Garten zu Hamburg ist ein Aquarium vorhanden, welches dem Publikum gegen ein kleines Extra-Entree zugänglich ist.

Aber vorab wird, wie wir hoffen wollen, das Aquarium in der Stadt seinen Zwecken erhalten bleiben, und wir meinen sogar, daß es möglich ist, das Unternehmen auch finanziell sicherer zu stellen.

Es ist in dem Hause in der Schadowstraße allerdings nicht angängig, das Publikum durch Konzerte heranzulocken, wie dies im Zoologischen Garten geschieht, und es wird auch ausgeschlossen bleiben, daß sich die Öffentlichkeit dieser Seheuswürdigkeit mehr zuwende, wenn sie etwa in ähnlich prächtiger Weise renoviert worden ist, wie neuerdings der Zoologische Garten.

Zunehmend aber kann die Verkung des Aquariums durch Ermäßigung des Eintrittsgeldes den Besuch und damit die Einnahmen um ein beträchtliches heben. Gegenwärtig zahlt man dort an Wochentagen 1 M. und Sonntags 50 Pf. Nur am letzten Sonntag im Monat beträgt der Eintrittspreis 25 Pf. Der reguläre Eintrittspreis ist aber nach heutiger Auffassung zu hoch und könnte eine Herabsetzung zum mindesten um die Hälfte sehr gut vertragen. Außerdem wurden größere Konzeptionen an Vereine ebenfalls zum Besten des Instituts angeschlagen. Warum sollten Arbeiterorganisationen z. B. das Aquarium nicht ebenso wohl besuchen wie die Urania und die Dreptow-Eternwarte, zumal wenn die Geschäftsleitung für erhellende Vorträge und sachkundige Führung sorgte?

Wie uns scheint, ließe es die Direktion bisher an der nötigen Mäßigkeit fehlen. Die Zeitung des Aquariums hat es zum guten Teil selber in der Hand, etwas mehr „Leben in die Bude“ zu bringen.

Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergebniswahl in der I. Abteilung des 13. Gemeindewahlbezirks wurde an Stelle des zum Stadtrat gewählten Doppelrichters G. Schirde der Kaufmann Karl Wolff, in Firma Löfer u. Wolff, einstimmig mit 25 Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt worden. Bei der Ergebniswahl in der II. Abteilung des 5. Gemeindewahlbezirks wurde Doppelrichter Hugo Deutsch mit 506 von 717 abgegebenen Stimmen gewählt. Rechtsanwalt Ulrich (Antij.) erhielt 210 und Bezirksvorsteher Kolowski 1 Stimme. Bisher war dieser Bezirk durch den zum Stadtrat gewählten Schriftsteller Kästlich vertreten.

Die Eheschließungen haben sich in Berlin im letzten Jahr vermindert. In den fünf Jahren 1896, 1897, 1898, 1899, 1900 waren hier 18 642, 19 829, 19 580, 19 946, 20 756 Ehen geschlossen worden, das Jahr 1901 dagegen hat nur 19 988 Eheschließungen gebracht. Von diesen 19 988 Ehen wurden geschlossen: im Januar 1015, im Februar 901, im März 1823, im April 8257, im Mai 1543, im Juni 1059, im Juli 1282, im August 981, im September 1676, im Oktober 3785, im November 1920, im Dezember 1246.

Das Ende eines Waisentodes. Zu der Angelegenheit des Barbierlehrlings Emil Während, der sich in der vorigen Woche das Leben genommen hat, sendet uns der Lehrer des bedauernswerten Jungen, der Barbier und Heilgehilfe Heinrich Wagner, Willibald Alexist. 5, eine Zuschrift, in der er beklagt, seinen Lehrling schlecht behandelt zu haben; unser Urteil über die Persönlichkeit des Herrn Wagner ist durch diese Zuschrift, die zugleich den Vorwürfen zu verunglimpfen sucht, nicht im mindesten geändert worden. Im übrigen hätte der Herr besser, wenn er einer weiteren Erörterung der traurigen Angelegenheit möglichst aus dem Wege ginge; er kann dabei wirklich nichts gewinnen.

In der städtischen Parteideputation ist die Frage der Ausbildung der Parkwächter im Samowiterdienst wieder angeregt worden, damit sie bei Unfällen sofort sachgemäße Hilfe leisten können. Zunächst soll ein Versuch mit der Ausbildung einiger Wächter gemacht werden. Ferner beschließt sich die Deputation mit der Errichtung einer logenartigen Fernzündungs-Centrale für die öffentliche Straßenbeleuchtung mittels Gas. Diese Centrale soll am Wäscherplatz aufgestellt werden.

An der Mähendammstraße werden jetzt die Grundmauern von Tauchern auf ihre Durchlässigkeit untersucht. Diese Untersuchung hat schon ergeben, daß die Fundamente Grundwasser durchlassen. Die Taucher müssen nun im Wasser und zwar bei hohem Wasserstande das Mauerwerk dichten.

Ueber eine Verhaftung wegen Brandstiftung werden folgende Einzelheiten mitgeteilt. Der Goldwarenhändler Spiro, der mit seiner Frau in Scheidung lebt, richtete am 1. Oktober v. J. in dem Hause Weinbergsweg 6 ein Geschäft ein und schloß seitdem in einem kleinen Raum hinter dem Laden. Nachdem er sich gegen Einbruch und Feuer versichert hatte, meldete er kaum einige Tage nach der Eröffnung des Geschäfts einen Diebstahl an. Am Montagabend ging er nach Geschäftsschluß aus, gegen 11 Uhr nahmen Hausgenossen wahr, daß durch die Thürritzen aus dem Laden Rauch hervordrang. Die Feuerwehr, die sich gewaltsam Eingang verschaffen mußte, fand einen Brandheerd hinter dem Ladentisch. Die Warenvorräte waren nur gering, während die Versicherung nicht unbedeutend ist. Als Spiro um 3 Uhr morgens nach Hause kam, war er scheinbar sehr erschrocken. Er wurde jedoch sofort in Haft genommen.

29 Mitgliedsbücher vom Verband der Holzarbeiter sind am 11. Januar entweder im Säbringzug oder auf dem Wege vom Bahnhof Hermannstraße nach der Bonghstraße in Nizdorf verloren gegangen. Der Finder wolle die Bücher, die für ihn ohne Wert sind, im Verbandsbureau, Engelufer 13, I, abliefern.

Vermisst wird seit dem 15. d. M. der 61 Jahre alte Schmiedemeister Julius Inzell aus Adewegge bei Brandenburg a. S. Inzell begab sich am Montag, den 13. früh, nach der Königl. Klinik in der Fiegelstraße, wo er Behandlung von einem schweren Augenleiden zu finden hoffte; er verließ die Klinik in der Unfallstr. 4/5, Schönhauser Allee 106a, Eisenanstr. 7, Stephanstr. 27 und Schöneberg, Fenzigstraße 62/63. Die vortragenden Herren Doktoren Stulz, Ratowsky, Krann, Wat, Steinthal, Beginn 3 1/2 Uhr. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Öffentliche Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins. Heute abend werden die ersten Vorträge des neuen Cyklus gehalten über das Thema: „Wie sollen wir uns ernähren?“ Es braucht kaum darauf hingewiesen zu werden, wie wichtig eine sachgemäße und gleichzeitig ökonomische Ernährungsweise für jedermann und nicht zum mindesten für die Arbeiterschaft ist. Es gilt durch richtige Ernährung den Gesunden die Arbeitskraft zu erhalten, bei geschwächten Personen sie wieder zu erhöhen und Magenkrankungen vorzubeugen. Die Vorträge finden statt in den Sälen der Gemeindeschulen Lützowstr. 4/5, Schönhauser Allee 106a, Eisenanstr. 7, Stephanstr. 27 und Schöneberg, Fenzigstraße 62/63. Die vortragenden Herren Doktoren Stulz, Ratowsky, Krann, Wat, Steinthal, Beginn 3 1/2 Uhr. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Feuerbericht. Mittwochmittag wurde die Wehr nach Mariannen-Allee 1a gerufen, wo der Fußboden und die Balkenlage vor einem Ofen Feuer gefangen hatte. In der Nacht zum Mittwoch war in der Gleimstraße ohne Nummer jedenfalls böswillig an einen Schuppen Feuer gelegt, das indes von der schnell herbeigekommenen Wehr noch im Keime erstickt werden konnte. Dienstagabend 9 Uhr mußte in der Kaiser-Wilhelmstr. 18 ein Kellerbrand besichtigt werden. Kurz vorher gingen in der Postoderstr. 25 Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf. In der Gipsstr. 29 hatte sich nachmittags Petroleum entzündet und dadurch Lappen und Verpackungsmaterial in Brand gesetzt, der jedoch in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Kleinere Brände verursachten dann noch Alarmierungen nach Gerichtstr. 9 und Steinmühlstr. 44.

Aus den Nachbarorten.

In Schöneberg ist ein wackerer Parteigenosse, der Schneidermeister Leonhard Pfeiffer, Sonntag im Alter von 53 Jahren gestorben. Er war besonders unter dem Sozialistengesetz ein wackerer Kämpfer. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Auch die Allgemeine Ortskrankenkasse in Charlottenburg wird in den Monaten Januar, Februar und März einen Vortrag des C. L. L. über Arbeiter-Hygiene abhalten, für den sich Professoren, Gewerbe-Aufsichtsbeamte und Ärzte mit dankenswerter Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt haben. Die Vorträge behandeln die verschiedensten Krankheiten und sind unentgeltlich jedermann zugänglich. Der erste Vortrag findet morgen, Freitagabend 8 1/2 Uhr in der Aula der Gemeindeschule, Goethestr. 22 statt, und zwar behandelt er die ansteckenden Krankheiten. Ihm folgt am Dienstag ein Vortrag in der Ober-Realschule, Schloßstr. 27 über das Thema: „Wie sollen wir uns ernähren?“

Die Konsum- und Produktionsgenossenschaft Berlin-Nizdorf hat im IV. Quartal 1901 einen Umsatz von 163 202,33 M. gegen 51 880 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres erreicht. Dem Aufsichtsrat der Genossenschaft ist es gelungen, in der Person des gegenwärtigen Geschäftsführers des Konsumvereins in Bielefeld einen erprobten und erfahrenen Geschäftsführer zu gewinnen, wodurch der Genossenschaft eine gediegene sachverständige Leitung für die Zukunft gesichert ist.

Die Spandauer Stadtverordneten-Versammlung, so schreibt man uns, teile in der zum Dienstag anberaumten außerordentlichen Sitzung die infolge der sozialdemokratischen Obstruktion in voriger Sitzung unterbrochenen Wahlen für die einzelnen Deputationen etc. fort. In vier stündiger Arbeit (unser Genosse hatten ihre Taktik nicht geändert), gelang es der Mehrheit, die Wahlen endlich zu Ende zu führen. Selbstredend ist es der Mehrheit „glänzend“ gelungen, die Sozialdemokraten aus allen Ausschüssen, Deputationen zc. „anzuzimmeren“, um damit zu erreichen, daß dieser Kriegszustand auch in Zukunft fortdauern wird und die sozialdemokratische Kritik mit verdoppelter Kraft das öffentliche Gewissen wach zu halten suchen werde. Heute (Donnerstag) findet wiederum eine Sitzung der Stadtverordneten statt, in welcher u. a. auch zwei sozialdemokratische Entwürfe auf der Tagesordnung stehen, welche auf die be-rühmte Rohleinfuhr und auf die Wohnungsfrage Bezug haben.

Die Kolonie Dahlem. Aus Steglitz schreibt man uns: Als Hort der Frömmigkeit scheint die auf dem Gebiete der Domäne Dahlem projektierte Villenkolonie zunächst gedacht zu sein. Nach dem nunmehr endgültig festgestellten Bebauungsplan sind auf dem ca. 530 Hektar großen Terrain, auf welchem 56 Straßen, sowie 16 öffentliche Plätze projektiert sind, nicht weniger als fünf Kirchen vorgegeben. Daß der Kirchenreichtum durch besondere Bevölkerungsstärke notwendig würde, ist von vornherein ausgeschlossen, denn das ganze Projekt ist nur für sehr zahlungsfähige Leute geeignet, die sich ihre Wohnung etwas leisten lassen können. Darauf deutet auch die Anlage der Straßen hin, welche in drei Klassen zerfallen und folgende Einteilung zeigen. Klasse A: Vorgärten (7,50 Meter), Fußweg (4 Meter), Straßenbahn (3,50 Meter), Radfahrweg (3,25 Meter), Fahrweg (7 Meter), Reitweg (4,75 Meter), Straßenbahn (3,50 Meter), Fußweg (4 Meter), Vorgärten (7,50 Meter) = Gesamtbreite 45 Meter. Die Straßenbahn wird auf jeder Seite von einer Reihe Bäume flankiert. In Klasse B sind die Fußwege nur 3 Meter breit, der Reitweg dagegen 6 Meter, während Radfahrweg und Straßenbahn fehlen und nur zwei Reihen Bäume vorgegeben sind; die Gesamtbreite inkl. Vorgärten beträgt 33 Meter. Klasse C weist Vorgärten und Fußwege in derselben Breite wie Klasse B auf, nur der Fußweg ist auf 6 Meter reduziert, also im ganzen 27 Meter Breite. Die Anlage der Straßen ist also in einer Breite bestimmt, wie man sie auch den Arbeitervierteln, deren Bewohner tagsüber in staubigen Gassen angekränzt thätig sein müssen, wünschen möchte. Wie berichtet wird, sind die ersten Straßenbanten bereits vergeben; sie sollen bis Juli d. J. fertiggestellt sein, da zu diesem Zeitpunkt die Uebergabe der zunächst verkauften Villenstellen an die Käufer erfolgen soll. Zur Befriedigung der Wohnungsnot, die in dem Fehlen kleiner und billiger Wohnungen gipfelt, dürfte die Erschließung dieses Terrains nichts beitragen.

Ober-Schöneweide erinnert hinsichtlich der Zunahme seiner Bevölkerungszahl an amerikanische Verhältnisse. Gegen Ende 1901 hatte die Bevölkerungszahl bereits das siebente Tausend überschritten; zu diesem Zeitpunkt ergab die zu Steuerzwecken vorgenommene Personenaufnahme 7076 Einwohner. Bei den Volkszählungen von 1900, 1895, 1890 waren im Gemeindebezirk Ober-Schöneweide 5850, 626, 216 Einwohner ermittelt.

Die Bevölkerungszunahme des Kreises Niederbarnim beträgt nach der Personenaufnahme vom 28. Oktober 1901 gegenüber der am 1. Dezember 1900 stattgefundenen Volkszählung 9921 Personen. Der Kreis zählt gegenwärtig 302 946 Einwohner. Von den Städten des Kreises hat Bernau am 52 und Oranienburg am 410 Einwohner zugenommen. Ende 1901 zählte Bernau 8388 Einwohner (1900: 8340), Oranienburg 8264 (7854). Ueber 3000 Einwohner haben folgende Landgemeinden: Vogden-Annemilburg 1901: 17 600 (1900: 16 884), mehr 725; Französisch-Buchholz 3269 (3157), 112; Taldorf 6293 (5433), 860; Erxler 3031 (3119) 88 weniger; Friedrichsfelde 10 194 (9632), mehr 562; Friedrichshagen 11 358 (11 288), 100; Jernsdorf 3019 (2739), 280; Lichterberg 44 022

(43 871), 651; Pantow 22 511 (21 524), 897; Reinickendorf 15 640 (14 779), 861; Rahlbege-Rüdersdorf 3167 (3325), 158 weniger; Ober-Schöneweide 7076 (8850), mehr 1228; Nieder-Schönhausen 4425 (3950), 476; Eastorf 3240 (3935), weniger 125; Ziegel 7485 (7022), mehr 463; Neu-Weißensee 38 027 (31 946), 81.

Neu-Weißensee. Man schreibt uns: Die Einberufung von Weisenern in die Gemeinde Neu-Weißensee wird von den alt-eingesessenen „Vollbürgern“ des erstgenannten Ortes mit scharfen Augen angesehen, und es ist deshalb auch nicht zu verwundern, daß bei dem Einzug, den diese Leute im „Rat“ der Gemeinde haben, die Angelegenheit auch noch nicht einen Schritt weiter gekommen ist. Das beliebteste Argument der Hinterwälder gegen diese Eingemeindung ist die auf Neu-Weißensee ruhende Steuerlast. Dabei sind die Einrichtungen, die unser ziemlich 4000 Einwohner zählender Nachbarort besitzt, so „dorfmäßig“ wie nur irgend möglich. Vielleicht scheuen diese Leute den dann auch etwas festlicheren Wind und den modernen Zug, der ihnen um ihre Rassen wehen würde. Das heutige Stillleben soll nicht gestört werden von „Andererufen“, die dann auch in ihre Geschäfte mit hereinreden wollen.

Die Spandauer Entfestigungsfrage, deren Lösung auf Schwierigkeiten gestoßen war und die deshalb geraume Zeit hindurch nicht vom Fleck wollte, scheint jetzt eifriger gefördert werden zu sollen. Die Verhandlungen sind jetzt auf Veranlassung des Kriegsministeriums selbst wieder aufgenommen worden, und dieses möchte den Vorschlag, die bisher schon bestehende städtische Entfestigungsdeputation möge einen engeren Ausschuss einsehen, der mit den Kommissoren des Kriegsministeriums und des Reichs-Schatzkanzlers direkt unterhandeln soll. In diesen Ausschuss sind nun der Oberbürgermeister Köhler, der Stadtbaurat Paul, die Stadtverordneten Reinecke und Sturm gewählt worden.

Gerihts-Beitung.

Der zweite Fall, in welchem das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes gegen einen Naturheilkundigen zur Anwendung gebracht wurde, ereignete sich gestern vor dem Schöffengericht. Der § 4 des erwähnten Gesetzes bedroht denjenigen mit einer Geldstrafe bis zu 1500 M., der in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, in öffentlichen Bekanntmachungen über gewerbliche Leistungen wissenschaftlich unwahre Angaben macht. Der Naturheilkundige Lindeluh hatte in mehreren Blättern bekannt machen lassen, daß er Unterleibschmerzen, Blasen-, Harn- und Nierenleiden heile, selbst in solchen Fällen, wenn alle Hilfe vergeblich schien. Die Kammer der Provinz Brandenburg stellte, wie in einem früheren Falle, Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs. Der Angeklagte weigerte sich im Termin, das Ergebnis seiner Heilmethode preiszugeben und ebenso die Frage des als Sachverständigen geladenen Professors Dr. Cohnann zu beantworten, auf Grund welcher Erweichungen er seine Schlussfolgerungen mit Bezug auf eine vorliegende Krankheit ziehe. Er übe die Naturheilkunde seit etwa 20 Jahren aus und mit einem Erfolge, der ihm unzählige Dankschreiben seitens Bereiteter eingebracht habe; das sei der beste Beweis seiner Leistungsfähigkeit. Früher sei er Gärtner gewesen und habe bei diesem Berufe die Heilkräfte, welche in der Natur verborgen seien, kennen gelernt. Staatsanwalt Kay hielt den Tatbestand des unlauteren Wettbewerbs für erfüllt. Der Angeklagte, der das Wesen seiner Heilmethode in Dunkel hülle, könne unmöglich glauben, daß er Krankheiten, die nach dem Gutachten des Professors Cohnann nur durch schwere operative Eingriffe zu heilen seien, durch seine Heilmethode zu heilen vermöge. Durch seine Aufpreisungen erwerbe er beim Publikum den Glauben, daß seine gewerblichen Leistungen besonders hervorragender Natur seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark. Der Verteidiger bestritt, daß der Angeklagte nicht von der Heilkraft seiner Methode überzeugt sei. Es seien dies alle Naturheilkundigen, welche von dem Grundsatze ausgingen, daß jede Krankheit heilbar sei, wenn die Naturheilmethode nur rechtzeitig und rationell zur Anwendung gebracht werde. Aus diesen Gründen könne das Gesetz betr. den unlauteren Wettbewerb im vorliegenden Falle nicht zur Anwendung gebracht werden. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Staatsanwalts bei und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 Mark oder im Nichtzahlungsfalle zu 10 Tagen Gefängnis.

Der Raube-Att einer betrogenen Ehefrau lag der Anklage wegen schwerer Körperverletzung zu Grunde, welche gestern vor der zehnten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Aus der Untersuchungshaft wurde die 25jährige Arbeiter-Ehefrau Louise Steinicke vorgeführt, ein blaß und verärgert aussehendes Weib. Sie erzählte, daß sie bis vor zwei Jahren in glücklicher Ehe gelebt habe. Da habe sich die geschiedene Frau Marie Lehmann ihrem Namen genähert und ihn vollständig umgarnt. Es sei soweit gekommen, daß ihr Ehemann sie zeitweise verlassen habe, um mit der Lehmann zusammen zu leben. Er sei aber immer wieder zu ihr zurückgekehrt. Natürlich habe sie die Zerstörerin ihres Eheglücks tief gehaßt und es könne wohl sein, daß sie ihn und wieder zu anderen Personen gesagt habe, sie würde sich rächen. Am Abend des 20. September v. J. habe sie ihren Mann aus der Rosenow'schen Fabrik, in der er beschäftigt war, abholen wollen. Vor der Fabrik habe sie die Lehmann stehen sehen und angenommen, daß diese auch auf ihren Ehemann warte, um sich Geld von ihm geben zu lassen. Nachdem sie sich eine Zeitlang im Hintergrunde gehalten, habe sie gesehen, daß ihr Mann heraus kam und sich der Lehmann angeschlossen. Nun sei der Groll in ihr aufgefliegen. Sie sei dem Paar entgegengegangen und habe beiden Vorwürfe gemacht. Ihr Mann habe sich dann von ihnen getrennt, während sie Seite an Seite mit der Frau Lehmann durch die Innenstraße weitergegangen sei, wobei es gegenseitig an unliebsamen Auseinandersetzungen nicht gefehlt habe. Plötzlich sei die Lehmann auf sie zugefahren und ihr mit beiden Händen ins Gesicht gefahren. Die Angeklagte habe in die Tasche gegriffen, in der sie zufällig ihr offenes Messer barg, sie habe es zur Abwehr vor sich hingehalten und dabei das rechte Auge der Lehmann getroffen. Das Auge ist ausgelassen. Die Anklage nimmt das gegen an, daß die Frau Steinicke mit Vorbedacht das Attentat gegen ihre Lohndienerin beging. In diesem Ergebnisse kam auch der Staatsanwalt auf Grund der stattgehabten Beweisnahme. Der Staatsanwalt verurteilte nicht, daß vom moralischen Gesichtspunkte aus die Zeugin Lehmann auf die Anklagebank gehöre, die Folgen des begangenen Ueberfalles seien aber doch so schwer, daß er trotz der vorliegenden mildernden Umstände ein Jahr Gefängnis beantragen müsse. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Max Levy, plädierte für ein niedrigeres Strafmaß. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Vorsitzende, Landgerichtsrat Groditzke, ging bei der Urteilsverkündung mit den Zeugen, Frau Lehmann und dem Ehemann Steinicke, böse ins Gericht, deren Verhalten als schändlich und freivol bezeichnet wurde. Die Beurteilung wurde aus der Haft entlassen.

Aus Beweggründen niedrigster Art hatte der noch jugendliche Fischer Karl Wonde eine arme Almosenempfängerin, die Witwe B., aufs schwerste verleumdet. Er begab sich zum Armenkommissions-Vorsitzer seines Reviers und teilte ihm mit, daß die Witwe B., die aus städtischen Mitteln Unterstützung erhalte, solche nicht verdiene. Er habe früher bei ihr in Schließelle gelegen und wisse daher, daß sie einen liederlichen Lebenswandel führe. Sie habe auch ein Kind angenommen, um dadurch eine größere Unterstützung zu bekommen. Wenn der Armenkommissions-Vorsitzer nicht der Sache näher trete, so wolle er zum Stadtverordneten Jubel geben, damit dieser dann im „Vorwärts“ bekannt geben könne, in welcher ungerechter Weise die Stadt mit den Armengebern umgehe. Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Angaben Wondes in keinem Punkte der Wahrheit entsprachen. Die Witwe B. ist eine brustleidende Frau, die nach Ansicht des Armenkommissions-Vorsitzers

nach jedesmaligen überstandenen Krankenlager die Arbeit zu früh wieder aufnimmt. Ein Kind hat sie nicht angenommen. Frau B. hat bei ihrer Vernehmung angegeben, daß sie sich wohl dadurch den Hof des Angeklagten zugezogen, weil sie seine Annäherungsversuche scharf zurückgewiesen habe. Wonde, der gestern vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts stand, kam mit der äußerst gelinden Geldstrafe von 10 M. davon.

Veranstaltungen.

Der Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Südost) hielt am Dienstag bei Brüder, Waldemarstraße, eine außerordentliche Versammlung ab, in der Genosse Obst über: „Die sozialen Zustände der Gegenwart“ sprach. Der Vortrag wurde mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Diskussion sprachen die Genossen Förde und Winkowski im Sinne des Referenten. Ergreifend schilderte er die Verhältnisse, die den Arbeitlosen beschleichen, wenn er durch die Straßen wandert und überall Nahrungsmittel und Güter angehäuft und ausgestreut sieht, und führte mehrere Episoden an, die das jetzt herrschende Massenelend kennzeichnen. — Genosse Soigt gab bekannt, daß die Versammlung, in der Frau Zellin sprach, nicht am 28., sondern schon am 27. Januar stattfindet. — Der Vorsitzende forderte die Genossen auf, sich regen an der Arbeitslosen-Zählung zu beteiligen. Das Abtreten der Genossen: Hausdiner Otto Schulz und Zimmerer Padamohr ehrte die Versammlung in der üblichen Weise.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Dienstag eine Versammlung in den Anninshallen (Wobau) ab, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse Ledebour über „Die Aera Bülow“ referierte. Die etwa 20 Frauen, die sich eingefunden hatten, um auch etwas von der staatsmännischen Politik des Reichstagniers lernen zu können, mußten auf Grund eines famosen Vereinsgesetzes den Saal verlassen. Der 1 1/2-stündige Vortrag, in dem der Referent alle wichtigeren Vorlesungen der letzten Zeit und das Verhalten der Regierung zu den einzelnen Fragen behandelte, wurden von der gut besuchten Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. — Der Vorsitzende Genosse Frenthaler plädierte für den Anschluß an den Wahlverein sowie für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse und forderte zur regen Beteiligung an der ersten am nächsten Sonntag beginnenden Arbeitslosen-Zählung auf. Die Bezirksführer erhalten die Häufarten beim Genossen Pfarr. Die im Wahlverein organisierten Parteigenossen werden ersucht, die Einladung ihrer Bezirksführer Folge zu leisten und sich in den von diesen bestimmten Lokalen einzufinden.

Die Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend hielten am 21. Januar im Englischen Garten eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab. Genosse Wald Edmanne referierte über: „Ist das Elend der Händler noch nicht groß genug?“ Mehrmals von lebhaftem Beifall unterbrochen, ging Redner nach abgemessenen sozialpolitischen Ausführungen auf die Verhältnisse kritisch ein, die darauf abzielen, die Händler von der Straße zu vertreiben. Hierbei würdigte er die neue Rig-dorf'sche Straßen-Vollzeiverordnung, welche den Straßenhandel von Karren und Wagen herab gänzlich verbietet. Dieses Vorgehen gegen die in ihrer Masse elend genug gestellten Händler lasse sich weder aus wirtschaftlichen Gründen, noch aus solchen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit rechtfertigen. Andererseits würde aber mancher, der redlich bemüht sei, sich zu ernähren, der Armut entgegen anheim fallen. Redner kam zu dem Schluss, daß die Händler sich in ihrer Organisation zusammenschließen müßten, um durch sie ihre Interessen vertreten zu lassen. (Großer Beifall.) In der folgenden Debatte, die das Los der Händler als ein recht trauriges erscheinen ließ, wurde u. a. betont, daß ohne die Agitation des Händlervereins auch in Berlin bereits Bestimmungen Rechtskraft haben würden, die einem Verbot des Straßenhandels gleichkämen. — Nach einem zündenden Schlusswort Edmanne wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert ganz entschieden gegen jede weitere Einschränkung des Straßenhandels und fordert alle Händler auf, sich der bestehenden Organisation anzuschließen, damit eine solche Verordnungsmaßnahme, wie sie Rigdorf hat, in Berlin nicht möglich wird.“

Eine Versammlung der Delegierten des Berliner Gewerkschaftsartells tagte am 17. Januar bei Vait, Dragonerstraße. Aus den Darlegungen des Revisors Orivohl ging hervor, daß nach Abführung von 3089,88 M. an die Glasarbeiter, von 60 M. an die Nordhäuser Tabalarbeiter sowie der laufenden Ausgaben des Artells am 28. November inf. des alten Bestandes eine Summe von 518,75 M. in den Händen des Kassierers war. Bei der Frage der Arbeitslosen-Zählung empfiehlt der Referent Arndtles den Delegierten, dafür Sorge zu tragen, daß möglichst viele Organisationsangehörige sich an den betreffenden Tagen (26. Januar, 2. Februar) der Partei zur Hilfeleistung in den noch zu bezeichnenden Lokalen zur Verfügung stellen, welcher Vorschlag von den Delegierten acceptiert wurde. Beim dritten Punkt, Angelegenheit der Hirsener, erklärte Wald die Gründe, die das Einbreiten des Ausverkaufes bei den innerhalb der Hirsenerorganisation ausgebrochenen Streitigkeiten veranlaßten, und verließ einen zur Schlichtung dieser Streitigkeiten seitens des Ausschusses gefällten Schiedspruch, der in einer Hirsener-Versammlung zur Annahme gelangte. Nach längerer Diskussion erklärte man sich mit dem Verhalten des Ausschusses einverstanden. Zu der Kellnerangelegenheit verliest Viesler zwei Artikel aus dem Organ des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen, worin den Mitgliedern des dem Artell angeschlossenen Vereins der Kellner Berlins und der Umgegend schwere Vorwürfe betreffs ihrer Handlungsweise an den Arbeitsstätten gemacht werden. Die anwesenden Vertreter der Kellner bezeichnen die Darstellungen des „Gastwirtsgehilfen“ als unrichtig bezw. auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhend. Durch einstimmigen Beschluß wird der Ausschuss beauftragt, in gemeinsamer Sitzung mit den Artellschreibern sowie den Beschuldigten die notwendige Klärung dieser Angelegenheit herbeizuführen.

Gesell haben die Vertreter der Holz- und Bretterträger, der Ledertarbeiter und der Hölzerer und Rohrinthändler. Neu eingetreten sind die Bleigalater.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am 19. Januar in Coburg-Pfäßchen seine erste Generalversammlung ab, die sich eines zahlreichen Besuchs erfreute. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder Runtsche und Wolter wurde in der üblichen Weise gelehrt. Die Abrechnung vom IV. Quartal 1901 ergab mit dem Bestand vom III. Quartal eine Einnahme von 27458,30 M. und eine Ausgabe von 4917,46 M., verbleibt ein Bestand von 22540,84 M. Den Rechenschafts-Bericht des Vorstandes erstattete der Vorsitzende Hinrichsen. Aus demselben ging hervor, daß 21 Versammlungen, 18 Sitzungen und 121 Vorgesprächen im Laufe des Jahres stattgefunden haben. Die Raiffeisen-Versammlung fand trotz des Uas des Arbeitgeber-Verbandes unter reger Beteiligung statt, wodurch 317 Kameraden gemeldet und mit ca. 3000 Mark unterstützt wurden. Verstöße gegen die Vertragsbestimmungen wurden dem Bureau in 59 Fällen gemeldet, die ihre Erledigung durch Eingreifen der Kommissionsmitglieder fand. Die Erhöhung der wöchentlichen Beiträge von 35 auf 40 Pf. wurde vom 1. Juli ab durchgeführt und brachte für die Organisation eine Mehreinnahme von rund 1451,95 M. Der Ausfall von Beiträgen durch Krankheit und Arbeitslosigkeit belief sich auf 3260,80 M. Rechtsantrag wurde den Mitgliedern in 69 Fällen gewährt, deren Unkosten sich auf 42136 M. beliefen. Auch die Bibliothek wird immer mehr ausgebaut und repräsentiert einen Wert von 1800 M. Ferner teilte Redner das Resultat der Arbeitsvermittlung mit, dieselbe lief gegen das Vorjahr zurückgegangen. Auch das Ergebnis der Statistik, insoweit die Mitglieder politisch organisiert, Abkommen auf den „Vorwärts“, im Besitz der Mai-

Kontrollkarte, die Beiträge bis auf 6 Wochen entrichtet haben, hat sich mit Ausnahme der bei den letzteren Fragen im Verhältnis zum Anwachsen der Mitgliederzahl nicht verbessert. Dies könnte nur durch die Unklarheit der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erklären sein. Trotzdem könne mit Genugthuung konstatiert werden, daß der Ausbau der Organisation um ein gut Stück vorwärts geschritten sei. Eine Diskussion fand nicht statt, sondern man schritt zur Wahl des gesamten Vorstandes, die folgendes Resultat zeitigte:

Zum ersten Vorsitzenden wurde A. Juppelach, Paul Schäffer als zweiter gewählt. Erster Kassierer wurde G. Regner, B. Kephälager zweiter, E. Fiedler wurde zum ersten und G. Lagow zum zweiten Schriftführer gewählt. In Bibliothekaren wurden Seutech und Klinger gewählt, Juristowski und Ridel als Controlleure und Hinrichsen als Kartelldelegierter. In die Schlichter-Kommission wurden Fischer, Schäffer, Pähold und Rätens delegiert. In die Agitationskommission wurden Schimelpfennig, Labilke, Ridel, Winkel, G. Lagow und Waskulowitsch gewählt. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Vertichtigung. In dem gestrigen Bericht über die Generalversammlung des Sattlerverbandes muß es nicht heißen, daß Agitationskomitee hat 5 Proz., sondern es hat 50 Proz. der auf Berlin fallenden Einnahme zurück an die Filialen zu zahlen.

Adlershof. Der sozialdemokratische Wahlverein zu Adlershof hielt am Donnerstag voriger Woche seine Generalversammlung bei Scher in Köpenick ab. Dieselbe war eine Fortsetzung der Generalversammlung vom Dezember, welche nicht über die Berichte der Vorstandsmittglieder hinauskam. Die Mitgliederzahl beträgt 140. Die Einnahme betrug im letzten Vierteljahr 78,70 M. und die Ausgabe 72,35 M., blieb ein Bestand von 6,35 M. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: O. Wadepuhl wurde erster, W. Arndt zweiter Vorsitzender, P. Baumann, Weisiger, G. Tempel Schriftführer, W. Löwenthal erster, Kreisfänger zweiter Kassierer, Ernst Jänich, Gottfried Jänich und G. Eiche, Hilskaffierer, Lehmann und Rosinski, Bibliothekare. Die Lokalkommission besteht aus O. Driest, O. Fischer und G. Kaspar.

Friedrichshagen. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am 18. d. M. seine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Gemeindevorsteher Genosse Barch den Bericht der Tätigkeit in der Gemeindevertretung gab. Wie notwendig die Vertretung unserer Genossen ist, beweist schon die eine Tatsache, daß mit der hiesigen Genossenschaft ein Vertrag unter den ungünstigsten Bedingungen für die Gemeinde bis zum Jahre 1926 bestand und solcher Betrag jetzt bis 1960 abgeschlossen ist. Genosse Sonnenburg erläuterte das sozialdemokratische Gemeinde-Wahlprogramm und die Tätigkeit auf Grund desselben in der Gemeindevertretung. Die Versammlung beschloß in beiden zur Wahl stehenden Bezirken eigene Kandidaten aufzustellen und wurde im 1. Bezirk Genosse Kraum aufgestellt, im 2. Bezirk der bisherige Vertreter Genosse Sonnenburg; als Wahlkomitee wurde der Vorstand des Arbeiter-Bildungsvereins ernannt. Unter Vereinsangelegenheiten wurde an Stelle eines ausgeschiedenen Mitglieds Lanquidell gewählt.

Vermishtes.

Der Theaterbrand in Stuttgart. Bis in die Nacht zum Dienstag mußte die Feuerwehr noch einige Male mit den Dampf-Lyriken Wasser geben, da von neuem die Flammen aus den rauchenden Räumen des Hoftheaters emporzugeschlagen. Unter der Hilfe des Müllers schreiten die Räumungsarbeiten nunmehr rasch fort. Der eiserne Vorhang und der große Kronleuchter wurden, zu Anzeichen geschmolzen, im Schutt gefunden. Der Inventarhaken ist enorm, viele kostbare Kostüme sind verbrannt, und ein großer Teil der aus den Flammen geretteten Stücke ist durch Wasser verdorben. Die Brandstätte selbst macht einen schaurigen Eindruck. Vor 100 Jahren, im November 1802, war das damalige „Große Komödienhaus“ ebenfalls den Flammen zum Opfer gefallen. Das jetzt niedergebrannte Haus ist mit etwa zwei Millionen versichert; nach der Organisation hat der König aus seiner Cuvilliers die Subvention zu decken und die Neu-Anschaffungen der Materialien sowie nötige Umbauten zu bestreiten, im Fall das Theater aber durch einen Brand oder ein sonstiges Naturereignis zu Grunde geht, ist das Land zum Neubau verpflichtet. Den Kammern wird deshalb eine Vorlage betreffend Bau eines neuen Hoftheaters wohl in kürzester Frist zugehen.

Schriften-Eingang.

Von der neuen revidierten Jubiläum-Ausgabe des „Vordrucks“ ist der V. Band erschienen, der von besonderem Interesse ist durch die 500 Stellen füllenden Artikel über Deutschland, welche von 27 Lokalen und 4 Tabellen begleitet sind.

Grundbedingungen der gesellschaftlichen Wohlfahrt. Von Samuel R. v. A. Leipzig 1902 (Dunder u. Humblot). Preis 14 M.

Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse. Ein Wort zur Bekämpfung von Hyacinth Baeder. Berlin 1902. Verlag von Siemenroth und Troedel. Preis 60 Pf.

Fort mit den Schulprogrammen. Von Dr. Heinrich R. Müller, Oberlehrer am Eismarkt-Gymnasium zu Deutsch-Wilmersdorf. Berlin 1902 (Verlag von Otto Weidmann). — Preis 0,50 M.

Der unlautere Wettbewerb. erläutert durch die Vesperehung zum Reichsgesetz vom 27. Mai 1896. Von F. Birkenbihl, Landrichter in Frankfurt a. M. XII und 170 Seiten. Geb. 2,50 M. Hannover. Verlagsbuchhandlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

Mit-Warhan. Nicht es nicht, außer Rechnung: Gustav Wolf, ein Fürstentum, 30 Pf.

M. Herr. M. Rein.

Reichenbergerstr. 111, Blumenstraße 133, Charlottenburg 14. Ja. — C. R., Reichenwalderstraße. Widerspruch hätte wenig Aussicht auf Erfolg. — A. M. 78. 1. Rein. 2. Ja. — E. M. 1. Die können selbst fragen. Die Klage ist zu Protokoll oder schriftlich einzureichen, wenn der Streitgegenstand 300 Mark nicht übersteigt. Beträgt er mehr, so muß die Klage durch einen Rechtsanwalt angehängt werden. — A. P. Viel kein Testament vor, so hat der Ehemann das innerhalb 6 Wochen ausstehende Recht der Verfügung, noch nach wärtigem Recht zu erben. Ueber er dies Recht nicht aus, so steht ihm und jedem der drei Kinder in dem von ihnen mitgeteilten Fall 1/3 des Nachlasses seiner Frau zu. — A. 10. Rein. — A. 35. a) und b): Bis zum vollendeten 20. Jahre. — A. C. 30 Pf. — J. R. 1902. Dem Wirt steht ein Recht auf Miete bis zum 1. Juli zu. — C. R., Hegernstraße. Reiter stellt eine gesetzliche Beschränkung, die das Verfahren des Gemeindevorstandes hindert. — A. 15. 200 Dollar. — E. R. 16. Rein. — E. 2. 1. In der Regel nur mit Genehmigung des Jagdberechtigten und des Grundeigentümers: örtliche Vollziehungsanordnungen regeln diese Frage. 2. Dieselben sind nicht lustlos.

Witterungsübersicht vom 22. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer Hand min | Wind- richtung | Windstärke | Wetter | Stationen | Barometer Hand min | Wind- richtung | Windstärke | Wetter | | |
|------------|-----------------------|-------------------|------------|---------|-----------|-----------------------|-------------------|------------|--------|---------|-----|
| Swinemünde | 768,2 | SW | 2 | Rebel | 1 | Daprun | 760,0 | SW | 2 | moßlos | -36 |
| Hamburg | 767,5 | SW | 2 | Rebel | 5 | Petersburg | 755,9 | SW | 1 | bedeckt | -20 |
| Berlin | 769,2 | SW | 1 | Rebel | 1 | Tort | 772,3 | SW | 3 | Regen | 10 |
| Frankf./M. | 772,3 | SW | 3 | bedeckt | 6 | Köthen | — | — | — | — | — |
| Hannov. | 774,2 | SW | 4 | bedeckt | 3 | Paris | 775,5 | SW | 2 | bedeckt | 5 |
| Wien | 770,3 | — | 2 | bed. | 4 | — | — | — | — | — | |

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 23. Januar 1902.
Hemlich warm, vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.